Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

5.Dezember 1973 Jg.1 Nr.8 Preis 50 Pfennig

kommunistische volkszeitung

AUS DEM INHALT

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

In der Krise erst recht keine Gemeinsamkeit mit den Imperialisten

"Gefahr für die Arbeitsplätze" meldete Minister Schmidt. Die Knappheit an Öl werde.. "in den kommenden Monaten erhebliche, bisher nicht vorhergesehene wirtschaftliche Auswirkungen haben". Es gehe nun darum, "eine großangelegte, gemeinsame Kraftanstrengung" zu leisten. Doch die Krise hat bereits begonnen. Schon vor den Ölexportbeschränkungen durch die arabischen Staaten, mit Beginn der zweiten Hälfte dieses Jahres, ist der private Verbrauch absolut zurückgegangen. Das stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung fest. Aber die Lohnabhängigen haben es selbst auch ohne Statistik gemerkt. Die meisten konnten, obwohl sie mehr Geld auf den Tisch legen mußten, dennoch weniger kaufen als im vergangenen Jahr. Was der Appell an den "Gemeinschaftsgeist", den auch Bundeskanzler Brandt an das Volk richtete, bedeutet, ist offensichtlich: Die Lohnabhängigen sollen den Gürtel enger schnallen und den Karren aus dem Dreck ziehen. Doch der Karren, den sie nun wieder einmal aus dem Dreck ziehen sollen, ist der Karren der kapitalistischen Wirtschaft. Um den Profit ins Trockene zu bringen, werden die Kapitalisten und ihre Regierung "mit einer großen gemeinsamen Kraftanstrengung" versuchen, den Lohnverzicht durchzusetzen. Zugleich wird mit den Notverordnungen versucht, das Volk in eine Notgemeinschaft für die imperialistischen Interessen der Monopole und ihrer Regierung zu pressen. Der Arbeiterklasse und dem Volk wird verordnet, die Beschränkungen und die Folgen der Krise zu tragen, die Ölmonopole können ihre Profite sogar steigern – und beides zusammen ist die "Probe auf den Gemeinschaftsgeist" gegenüber "der Erpressung der Araber". Das ist die Konstruktion der Volksgemeinschaft, mit der die Bourgeoisie die selbständige Arbeiterbewegung zurückzerren will, um sie in eine Front mit den Monopolen gegen die für ihre Unabhängigkeit kämpfenden Völker zu zwingen. Die erzwungene Gemeinschaft von Ausbeutern und Ausgebeuteten, von Unterdrückern und Unterdrückten, die Aufhetzung der Lohnabhängigen gegen den gerechten Kampf der Völker, – das ist der Plan der Bourgeoisie, um sich aus ihrer Krise, aus der Krise des Imperialismus zu retten. Dieser Plan muß durch den unbeirrten Kampf der Lohnabhängigen für ihre materiellen Interessen und politischen Rechte durchkreuzt werden.



Während die Regierung mit weiteren Beschränkungen droht, warten die Supertanker des Ölkartells vor den Häfen darauf, daß die Preise für Benzin und Heizöl noch weiter steigen.

daß die Preise für Benzin und Heizöl noch weiter steigen.

Die Krise, die gegenwärtig zu wirken beginnt, ist umfassender als die vorangegangenen der Nachkriegszeit. Sie droht gleichzeitig in allen kapitalistischen Ländern. Deshalb ist auch der Ausweg in den Export, den das westdeutsche Kapital in der Krise von 1967 – unterstützt von der Einwilligung der Gewerkschaftsführer in den Lohnstopp – damals gehen konnte, heute schon bald versperrt.

DIE KRISE RÜTTELT AN DEN GRUNDLAGEN DER IMPERIALISTISCHEN WELTHERRSCHAFT

Umfassend ist diese Krise, weil die ausgebeuteten Völker immer weniger die Ausplünderung ihrer Rohstoffe und die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft für den Profit ausländischer Monopole hinnehmen. In allen Ländern, wo die Herrschaft des Imperialismus durch reaktionäre Regimes aufrechterhalten wird, hat der Aufruhr gegen den Imperialismus und seine Handlanger begonnen. Staaten, die noch vor kurzem ganz abhängig von den imperialistischen Mächten waren, kämpfen für ihre Unabhängigkeit. Staaten wollen die Unabhängigkeit, Nationen wollen die Befreiung, Völker wollen die Revolution, das ist bereits zu einer unwiderstehlichen Strömung der Geschichte geworden. Das bedeutet unweigerlich die Krise, den Anfang vom Ende des Imperialismus, der auf der Unterdrückung und Ausbeutung fremder Völker beruht. In dieser Entwicklung ist der teilweise Ölboykott der arabischen Staaten ein empfindlicher Schlag gegen den Imperialismus am entscheidenden Punkt der Energieausplünderung. Er hat das ganze imperialistische Weltsystem, in dem die Bundesrepublik ihren besten Platz hat, zum Tanzen gebracht. Auch wenn die ersten Auswirkungen dieser Maßnahmen zunächst von den internationalen Ölgesellschaften zur Durchsetzung enormer Preissteigerungen und riesiger Extraprofite ausgenutzt wurden, so ist doch ohne Zweifel, daß die imperialistische Wirtschaft empfindlich getroffen ist.

DER UNABHÄNGIGKEITSKAMPF DER VÖLKER TRIFFT DEN IMPERIALISMUS EMPFINDLICH

Die arabischen Regierungen sind durchaus schwankend in diesem antiimperialistischen Kampf. Sämtliche imperialistischen Mächte, ihnen voran die beiden Supermächte USA und Sowjetunion versuchen, sie als Statthalter des Imperialismus zurückzugewinnen. Aber die unmittelbare Bedrohung durch den imperialistischen Vorposten Israel und der Kampfwille der arabischen Völker für Freiheit und Unabhängigkeit haben selbst das Regime von Saudi-Arabien, das die US-Imperialisten als verläßlichen "Tankwart" ihrer Ölinteressen angesehen hatten, zu den Maßnahmen des Ölboykotts gezwungen. Diese Maßnahmen entsprechen dem Ziel aller unterdrückten und ausgebeuteten Völker, das Joch des Imperialismus abzuschütteln, die eigenen Rohstoffe für eine unabhängige wirtschaftliche Entwicklung zu gebrauchen und nur im wechselseitigen Vorteil auszutauschen.

Diese Entwicklung trifft den Imperialismus tödlich. Denn die imperialistische Wirtschaft beruht nicht nur auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse im eigenen Land, sondern auf der Ausbeutung und Unterdrückung ganzer Völker. **Für die Arbeiterklasse besteht der einzige Ausweg aus der Krise des Imperialismus, die sie am eigenen Leibe zu spüren bekommt, im Bündnis mit den unterdrückten und ausgebeuteten Völkern gegen den gemeinsamen Feind, das Kapital und seine imperialistische Herrschaft, die auch sie ausbeutet und unterdrückt.**

DIE IMPERIALISTEN WOLLEN DIE EMPÖRUNG DER ARBEITER ÜBER DIE FOLGEN DER KRISE DES IMPERIALISMUS GEGEN DEN KAMPF DER VÖLKER RICHTEN

Die Imperialisten sehen ihre Rettung darin, das Gegenteil zu erreichen. Sie wollen mit allen Mitteln des Betrugs und der Demagogie die Empörung der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen gegen die unterdrückten und den Imperialismus bekämpfenden Völker wenden. Wenn sie an den Gemeinschaftsgeist appellieren und die große gemeinsame Kraftanstrengung fordern, so zielen sie auf die Volksgemeinschaft mit den imperialistischen Interessen. Sie fordern Entbehrungen von der Arbeiterklasse und den breiten Volksmassen und versuchen zugleich, die Empörung darüber gegen die um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Völker zu richten. Dabei gehen sie zunächst in gezielten kleinen Schritten vor. Geschwindigkeitsbegrenzungen und

Fortsetzung Seite 2 oben

Kampf den Notstandsmaßnahmen der Bourgeoisie und ihres Staates

Unter dieser Parole ruft der Kommunistische Bund Westdeutschland in zahlreichen Städten der Bundesrepublik und in Westberlin für Samstag, den 8.Dezember 1973, zu Demonstrationen auf. Demonstrationen werden stattfinden in Hamburg, Bremen, Hannover, Göttingen, Wolfsburg, Kiel, Dortmund, Köln, Frankfurt, Wiesbaden, Mannheim, Heidelberg und Freiburg. In weiteren Städten werden Demonstrationen geplant. Der Kommunistische Bund Westdeutschland ist der Überzeugung, daß die gegenwärtigen ökonomischen und politischen Notstandsmaßnahmen der westdeutschen Kapitalistenklasse und ihres Staates mit aller Entschiedenheit bekämpft werden müssen und daß die westdeutsche Arbeiterklasse und das Volk keinen Fußbreit gegenüber diesen Notstandsmaßnahmen zurückweichen darf. Unter dem Vorwand der sogenannten Energiekrise versucht die Bourgeoisie und ihr Staat, eine Notgemeinschaft zu schmieden, in der Ausgebeutete und Ausbeuter, Unterdrückte und Unterdrücker, Arbeiter und Kapitalisten zusammengefaßt werden sollen, um die Interessen des westdeutschen Imperialismus zu verteidigen. Die Arbeiter, wie alle Ausgebeuteten und Unterdrückten, haben jedoch keinerlei Interesse daran, den westdeutschen Imperialismus zu verteidigen und die Folgen seiner Politik, seiner Krisen und seiner Niederlagen freiwillig auf ihren Rücken zu nehmen. Noch immer sind solche Notgemeinschaften auf Kosten der Arbeiterklasse und des Volkes geschmiedet worden. Sie haben zu Hunger, Entrechtung und zu Krieg geführt und unsagbares Elend über die Arbeiterklasse und das Volk gebracht. Es gibt keine Gemeinschaft zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern, zwischen Unterdrückten und Unterdrückern, zwischen Arbeitern und Kapitalisten, zwischen dem Volk und dem kapitalistischen Staat. Wo immer die Kapitalisten und der bürgerliche Staat eine solche Gemeinschaft vortäuschen, dient dies der Unterwerfung der Arbeiterklasse und des Volkes unter die Interessen des Imperialismus.

VORWÄRTS IM KAMPF FÜR DIE RECHTE DER ARBEITERKLASSE UND DES VOLKES!

Der Schrei nach Gemeinsamkeit aus dem Munde der Kapitalisten und der bürgerlichen Politiker zielt auf den Abbau und die Einschränkung der politischen Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes. In Köln hat der Polizeipräsident unter Hinweis auf die sogenannte Energiekrise eine zentrale Demonstration gegen das Schah-Regime und gegen die Hinrichtung von 12 iranischen Patrioten verboten. Die Solidarität mit dem kämpfenden iranischen Volk wird verboten, weil sie der Komplizenschaft der großen Ölkonzerne und der westdeutschen Regierung mit dem faschistischen Schah-Regime schadet. Dieser Angriff auf das Demonstrationsrecht unter Hinweis auf die sogenannte Energiekrise ist erst der Anfang. Es werden folgen Angriffe auf das Streikrecht und auf die Organisationsfreiheit. Gegenwärtig plant die Regierung die Verbote von Organisationen ausländischer Arbeiter und Studenten in der BRD und der iranischen Studenten. Die Organisationen der palästinensischen Arbeiter und Studenten (General-Union Palästinensischer Arbeiter und General-Union Palästinensischer Studenten) hat die Regierung schon verboten. Mit dem Verbot der Organisationen der ausländischen Arbeiter und Studenten beginnt die Regierung, um mit dem Verbot der Organisationen der deutschen Arbeiter und Studenten fortzufahren. Jetzt verbietet die Regierung die Einreise ausländischer Arbeiter. Von dort ist es kein weiter Schritt bis zur Einschränkung der Freizügigkeit der deutschen Arbeiter. Heute geht die Regierung mit Appellen gegen die Lohnforderungen der Arbeiter vor, morgen wird sie es mit Verboten und offener Einschränkung der Tariffreiheit tun. All dies unter dem Hinweis auf die Krisenlage und die Notwendigkeit, in der Krise zusammenzustehen. Heute läßt die Bundesregierung ihre Armee und ihren Bundesgrenzschutz den Angriff auf streikende Arbeiter und besetzte Fabriken üben, morgen wird sie ihn durchführen. Die gegenwärtigen Notstandsmaßnahmen dienen der Vorbereitung der zukünftigen Notstandsmaßnahmen. Wenn wir die gegenwärtigen Notstandsmaßnahmen nicht bekämpfen und zurückschlagen, werden uns die zukünftigen Notstandsmaßnahmen unvorbereitet und geschwächt treffen. Die deutsche Arbeiterklasse und das deutsche Volk haben eine lange Erfahrung mit den Notstandsmaßnahmen der Bourgeoisie. Noch allemal haben sie der völligen Entrechtung der Arbeiterklasse und des Volkes und der Vorbereitung des Krieges gedient: so im Kaiserreich, so in der Weimarer Republik, so unter dem Faschismus und so heute, wo der westdeutsche Imperialismus zunehmend in die Krise gerät. Der westdeutsche Imperialismus, die westdeutsche Bourgeoisie und die bürgerlichen Politiker kennen keinen anderen Ausweg aus dieser Krise als die verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes:

Uneingeschränkte Demonstrations-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit!
Uneingeschränktes Streikrecht!
Uneingeschränkte Freizügigkeit für Deutsche und Ausländer!
Völlige Gleichberechtigung der ausländischen Arbeiter und Studenten!

WEG MIT DEN WIRTSCHAFTLICHEN ZWANGSMASSNAHMEN DER KAPITALISTEN UND DER REGIERUNG

Unter dem Vorwand der sogenannten Energiekrise führt die Regierung gegenwärtig eine Reihe von wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen durch, die ausschließlich den Interessen der Kapitalisten dienen. Die bisher einschneidendste Maßnahme ist das Sonntagsfahrverbot. Während die Ölkonzerne die Preise treiben und Erdölvorräte horten, verbietet die Regierung jeglichen privaten Sonntagsverkehr. Diese Maßnahme trifft ausschließlich die breiten Volksmassen. Die wesentliche Absicht dieser Maßnahme ist: Das Volk soll sich an Opfer gewöhnen, damit ihm später größere Opfer abverlangt werden können. Weitere Zwangsmaßnahmen sind die Herabsetzung der Heizungskosten und die Drosselung der

Fortsetzung Seite 2

In der Krise... (Fortsetzung)

tagsfahrverbot sind die erste Probe auf den Gemeinschaftsgeist, wie Bundeskanzler Brandt sagte. Letzte Woche kündigte er den möglichen zweiten Schritt an: Fahrverbot auch an Samstagen und Beschränkungen des Heizölverbrauchs. An eine Verordnung von Höchstpreisen sei nicht gedacht. Jede Beschränkung wird mit der Mineralölindustrie abgesprochen, die auch den Plan für die Krisenverordnungen ausgearbeitet hat. Bundeswirtschaftsminister Friderichs rühmt die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Ölgesellschaften, die währenddessen "die Gunst der Stunde" nutzen.

Die offene Hetze gegen die arabischen Staaten überläßt die Bundesregierung der bürgerlichen Presse und dem Fernsehen. "Ölscheichs gegen Europa" schreibt der Spiegel, "Ölerpresser fügen unserer (!) Wirtschaft großen Schaden zu." ("Bild" am 13.11.) Öffentlich hat sich die Bundesregierung auf die Erklärung der EWG-Staaten gestellt, die die Anerkennung der UNO-Resolution, den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten und die Anerkennung der Rechte des palästinensischen Volkes von Israel fordert. Die BRD-Imperialisten wollen zunächst alles vermeiden, um das gerade aufgebaute Geschäft mit den arabischen Ländern nicht zu gefährden, schreibt ein Kapitalistenvertreter im "Handelsblatt".

DIE WESTDEUTSCHEN IMPERIALISTEN RÜSTEN ZUM KRIEG

Aber in den europäischen Spitzengesprächen werden noch andere Dinge besprochen. Als Bundesminister Friderichs auf bestehende NATO-Pläne zur militärischen Besetzung arabischer Erdölländer angesprochen wurde, meinte er kurz, das könne er sich nicht vorstellen. Beim Besuch Bundeskanzler Brandts bei Pompidou in der vergangenen Woche jedoch wurden die Grundsätze für eine gemeinsame europäische Militärmacht und die gemeinsame Verfügung und Ausweitung des europäischen Atompotentials besprochen. Unmittelbar nach Ausbruch des jüngsten Nahostkrieges hatte der vom Fernsehen bekannte Journalist Peter Scholl-Latour in der "Deutschen Zeitung" vom 9.11. eindeutig gefordert: Die Schlußfolgerung aus den Erfahrungen des Nahostkrieges müsse der Aufbau einer europäischen Streitmacht unter Einschluß von Atomwaffen sein. Der Arikel war überschrieben: "Europa braucht ein eigenes Schwert". Unmittelbar ist der westdeutsche Imperialismus nicht in der Lage, durch eine militärische Intervention seine Ausbeutungs- und Rohstoffinteressen wahrzunehmen. Aber solche Pläne sind keineswegs begraben. Die Krise des US-Imperialismus, die entscheidende Schläge vor allem durch den heldenhaften Kampf der Völker Indochinas beigebracht wurden, hat die westdeutschen Imperialisten nur ermutigt, die eigenen imperialistischen Interessen in Konkurrenz zu den Supermächten zu entfalten. Zusammen mit den europäischen imperialistischen Staaten sind sie dabei, auch militärisch ihre selbständige imperialistische Macht auszubauen.

"GEMEINSAME KRAFTANSTRENGUNG" STEUERT AUF KRIEG

Die Proben auf den Gemeinschaftsgeist und die schrittweise Disziplinierung, die die Bundesregierung derzeit dem Volk aufzuzwingen versucht, müssen in diesem Zusammenhang gesehen und bekämpft werden. Die große gemeinsame Kraftanstrengung, auf die die Bundesregierung das Volk verpflichten will, soll die imperialistische Volksgemeinschaft herstelle n, die notwendig auf den Krieg gegen den Befreiungskampf der Völker zusteuert. Das ist die Logik des Imperialismus, für den die Unabhängigkeit der Völker das Ende bedeutet. Diese Vernichtungslogik kann nur im Bündnis mit den unterdrückten Völkern durch den Kampf der Arbeiterklasse gegen den Imperialismus, gegen das Kapital und seine Staatsmacht durchbrochen werden.

DER KAMPF GEGEN DIE MONOPOLE MUSS ZUGLEICH GEGEN DEN IMPERIALISTISCHEN STAAT GEFÜHRT WERDEN

Die Einsicht im Volk wächst, daß der Kapitalismus, vor allem die großen Monopole für die Krise verantwortlich sind. Die Forderungen nach Enteignung, Kontrolle oder Verstaatlichung der Monopole, insbesondere der Ölgesellschaften ist unüberhörbar und hat schon die Bourgeoisie gezwungen, sich öffentlich mit diesen Forderungen in Presse, Fernsehen und Bundestag auseinanderzusetzen. Die Vertreter des Staates erklären mit gespielter Besonnenheit, die Verwirklichung dieser Forderungen sei ein untaugliches Mittel, um der Verknappung zu begegnen und die Preistreiberei auszuschalten. Solange diese Forderungen nur als Reform des Kapitalismus verstanden werden, können die Kapitalisten, die Imperialisten und ihre Staatsdiener auch ruhig bleiben. Hier ist es das besondere Geschäft der Revisionisten, an den richtigen Meinungen im Volk, das die Enteignung der Monopole fordert, anzuknüpfen, um falsche Vorstellungen über den Weg zur Brechung der Monopolmacht zu verbreiten und die Massen irrezuführen. "Demokratisch kontrolliertes Gemeineigentum", das die DKP fordert, wird die Staatsmacht der Monopole nicht gewähren, es ist auch nicht zu erreichen in Koexistenz mit der Staatsmacht der Bourgeoisie, sei sie von SPD, CDU oder auch unter Beteiligung der DKP geführt.

Der Kampf der Arbeiterklasse geht um die Verfügung über die Produktionsmittel, um Produktion und Verteilung selbst in die Hand zu nehmen.

Um die Ausbeuter zu enteignen, muß man ihnen die Staatsmacht aus der Hand schlagen, mit der sie ihre Ausbeuterherrschaft über die Lohnabhängigen im eigenen Land und über die ausgebeuteten Völker aufrechterhalten. Die Zerschlagung der doppelten Herrschaft der Imperialisten über die Arbeiterklasse und über die ausgebeuteten Völker macht allein den Weg frei für die Entwicklung der menschlichen Produktivkräfte und den friedlichen Austausch in Zusammenarbeit mit den Völkern zum gegenseitigen Vorteil aller Völker und zur Nutzung der natürlichen Reichtümer ohne Übervorteilung.

Nur der Kampf gegen die imperialistische Herrschaft im eigenen Land für die Herrschaft der Arbeiterklasse und die Volksdemokratie schafft die Voraussetzung für den freien Austausch zwischen den Völkern und den Aufbau sozialistischer Produktionsverhältnisse zum Nutzen und Wohlstand aller Völker der Welt.

Kampf den Notstandsmassnahmen

(FORTSETZUNG)

zungen in öffentlichen Arbeitsstätten, Behörden, Schulen usw., sowie willkürliche Eingriffe in die Arbeitszeit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst wie Viertagewoche, Überstunden und Zwangsurlaub. Die Kapitalisten schließen sich diesen Maßnahmen selbstverständlich mit großem Vergnügen an und drosseln mit den Heizungen in den Werkshallen und den Büros auch ihre Heizungskosten. All diese Schikanen und Zwangsmaßnahmen des kapitalistischen Staates und der einzelnen Kapitalisten dienen einzig und allein dazu, die Arbeiter und das Volk in eine Notgemeinschaft mit ihren schlimmsten Feinden zu pressen, um sie wehrlos zu machen. Gleichzeitig scheffeln die Erdölkonzerne Profite wie noch selten und steigert der kapitalistische Staat seine Einnahmen aus Mehrwert- und Mineralölsteuer ins Ungeheure. Den wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen der Kapitalisten und des bürgerlichen Staates stellen wir die Forderungen entgegen:

Weg mit dem Sonntagsfahrverbot!
Weg mit den staatlichen Sparmaßnahmen auf dem Rücken des Volkes!
Weg mit den Eingriffen in die Arbeitszeit! Weg mit dem Zwangsurlaub!
Weg mit der Mehrwertsteuer und den Sondersteuern auf Erdölprodukte!

VORWÄRTS IM KAMPF FÜR DEN SIEG DES SOZIALISMUS

Schon immer hat der Kapitalismus für die Arbeiterklasse drohende Arbeitslosigkeit und Unsicherheit der Existenz bedeutet. Schon immer hat der Kapitalismus Krisen hervorgebracht, für die er keine andere Lösung kannte als verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung. Die Ausbeutung und Unterdrückung der Kapitalistenklasse beschränkt sich nicht nur auf die Arbeiterklasse und das Volk im eigenen Land, sondern erstreckt sich auf die Ausbeutung und Unterdrückung fremder Völker, die der Ausbeutung durch die imperialistischen Staaten unterworfen sind. Gegenwärtig macht der Imperialismus nicht nur eine der regelmäßigen wirtschaftlichen Krisen durch, sondern er gerät durch den Kampf der unterdrückten Völker zunehmend in eine ernste politische Krise. Die sogenannte Energiekrise besteht ja in nichts anderem, als daß den Kapitalisten schmerzhaft bewußt wird, daß sich die unterdrückten Völker nicht länger widerstandslos zu Schleuderpreisen ihrer Bodenschätze berauben lassen, um damit die Erdölmonopole und die imperialistischen Staaten zu mästen. Ist diese Ausplünderung der unterdrückten Völker etwa im Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes in den unterdrückenden, imperialistischen Ländern? Das wollen die Imperialisten uns glauben machen. Es ist aber eine Lüge. Denn selbstverständlich bleiben die Profite aus der Ausplünderung der unterdrückten Länder in den Händen der imperialistischen Monopole und dienen dort der Ausbeutung der Arbeiter des eigenen Landes und der Unterdrückung des eigenen Volkes. Noch immer, wenn Teile der Arbeiterklasse und des Volkes auf die Lügen der Imperialisten hereingefallen sind, hat dies lediglich zur Entwaffnung der Arbeiterklasse und des Volkes im Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus geführt und die Arbeiterklasse und das Volk in widerstandslose Opfer der Ausbeutung und Unterdrückung verwandelt. Die gegenwärtige Hetze gegen die Araber ist ein neuer Versuch der Imperialisten, die Arbeiterklasse und das Volk zu verwirren, um es wehrlos gegen die verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung zu machen und einen Sündenbock für die unvermeidlichen Krisen des Kapitalismus und die gegenwärtige politische Krise des Imperialismus zu finden. All dieser verlogenen Hetze und den Versuchen, die Arbeiterklasse und das Volk auf die Seite der Unterdrücker zu ziehen, setzen wir die jahrhundertlange Erfahrung der Arbeiterklasse entgegen: Die Krisen des Kapitalismus und des Imperialismus können nur mit dem Kapitalismus und Imperialismus selber beseitigt werden. Den Kapitalismus zu beseitigen und den Imperialismus zu besiegen ist das gemeinsame Interesse der internationalen Arbeiterklasse und der ausgebeuteten und unterdrückten Völker. In jedem Land muß der Kampf gegen den Imperialismus geführt werden, muß die Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie gestürzt werden, damit die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker gemeinsam eine neue Welt aufbauen können, in der Schritt für Schritt alle Überreste der Ausbeutung und Unterdrückung überwunden werden und die vom Kapitalismus und Imperialismus geschürte Feindschaft zwischen den Nationen durch die Freundschaft und gegenseitige Hilfe zwischen den Völkern abgelöst wird.

Der nationalistischen Hetze der Kapitalistenklasse und der bürgerlichen Politiker stellen wir deshalb die Losung der internationalen Arbeiterklasse entgegen:

Proletarier aller Länder vereinigt euch!

Dem Versuch, die Arbeiterklasse und das Volk der imperialistischen Länder gegen die Arbeiterklasse und das Volk der unterdrückten Länder auszuspielen, stellen wir die Losung entgegen:

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch, besiegt den Imperialismus!

Zentrales Komitee des KBW
—Ständiger Ausschuß—

Trotz Verbot: Protestaktionen gegen das faschistische Schah-Regime

KÖLNER POLIZEIPRÄSIDENT VERBIETET ZENTRALE DEMONSTRATION

Für Samstag, den 1. Dezember, hatte die Föderation Iranischer Studenten zusammen mit anderen Organisationen, darunter dem Kommunistischen Bund Westdeutschland, zu einer zentralen Demonstration gegen das faschistische Schah-Regime und gegen die drohende Hinrichtung von weiteren 12 iranischen Patrioten durch die Terrorjustiz des Schahs aufgerufen. Am Freitag, dem 30. November, erließ der Polizeipräsident von Köln gegen diese Demonstration ein Verbot. Die Begründung dieser Verbotsverfügung wird in dem nebenstehend abgedruckten Flugblatt des Kommunistischen Bundes Westdeutschland referiert.

Auf Grundlage des Verbots der Demonstration war für die aufrufenden Organisationen eine neue Lage entstanden. Für die Föderation Iranischer Studenten in Westdeutschland und die CISNU (Konföderation Iranischer Studenten – Dachverband der Föderationen in den einzelnen Ländern), die unter ständiger Verbotsdrohung des westdeutschen Staatsapparates stehen, war eine weitere offizielle Teilnahme an der Demonstration nicht mehr möglich. Eine Teilnahme der in der Bundesrepublik lebenden Iraner war durch das Demonstrationsverbot zu einem sehr großen Risiko geworden, da jeder Iraner mit einer Festnahme und einer sofortigen Abschiebung und damit der Auslieferung an das faschistische Schah-Regime rechnen mußte. Klar war, daß die Demonstration in der ursprünglich geplanten Form nicht mehr durchgeführt werden konnte. Ausgehend von der konkreten Einschätzung der Situation machte der Kommunistische Bund Westdeutschland unter diesen Umständen folgenden Aktionsvorschlag:

Durchführung einer breiten Agitation in Köln, Durchführung von Kundgebungen und Protestaktionen und -demonstrationen in der Kölner Innenstadt, die sich im wesentlichen auf die örtlichen Kräfte stützen.

Sofortige Einleitung einer breiten Agitation in möglichst zahlreichen Städten zur Entlarvung des Demonstrationsverbotes in Köln. Einordnung des Demonstrationsverbotes in die gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Notstandsmaßnahmen der Bourgeoisie. Sofortige Einleitung der Vorbereitung von Demonstrationen gegen die Notstandsmaßnahmen der Bourgeoisie in möglichst zahlreichen Städten der Bundesrepublik für Samstag, den 8. Dezember. Einsatz der örtlich für die zentrale Demonstration mobiliserten Kräfte für diese Agitation und die sofortige Vorbereitung der Demonstrationen für Samstag, den 8. Dezember.

Diesen Vorschlag machten die Vertreter des KBW den anderen Organisationen, die zu der Demonstration in Köln aufgerufen hatten. Demgegenüber bestand die Gruppe Rote Fahne (KPD) auf der Durchführung der ursprünglich geplanten zentralen Demonstration.

Mit Vertretern der Föderation Iranischer Studenten waren keine offiziellen Verhandlungen mehr möglich. Jedoch wurde im Verlauf der Verhandlungen bekannt, daß die CISNU ihren Mitgliedern eine Teilnahme an der verbotenen Demonstration untersagt hatte, da sie zu Recht die Gefahr für die teilnehmenden Iraner unter den gegebenen Umständen für untragbar hielt.

Zwischen dem Kommunistischen Bund Westdeutschland und der Gruppe Rote Fahne (KPD) kam es zu keiner Übereinstimmung. Die Gruppe Rote Fahne (KPD) erwies sich als unfähig, auf eine veränderte Lage mit einer Änderung des bisherigen Plans zu reagieren und wußte keine andere Antwort auf die Maßnahmen der Bourgeoisie, als den vorherigen Plan schlecht und recht durchzuführen. Da es zu keiner Einigung kam, gingen die beteiligten Organisationen im weiteren Verlauf nach verschiedenen Plänen vor, wobei sich sehr schnell zeigte, daß der Vorschlag des KBW richtig war und der Plan der Gruppe Rote Fahne (KPD) undurchführbar, zumal sie ihre eigenen Kräfte wie gewöhnlich überschätzt hatte. Ab 10 Uhr waren in der Kölner Innenstadt zahlreiche Agitationsgruppen tätig, die trotz mehrmaligem Polizeieinsatz die Flugblattverteilung fortsetzten. Im Verlauf des Vormittags wurden mehrere Genossen festgenommen, doch konnten diese Festnahmen die weitere Flugblattverteilung nicht verhindern. Die Gruppe Rote Fahne (KPD), die zu diesem Zeitpunkt immer noch am alten Plan festhielt, die zentrale Demonstration ausgehend vom alten Sammelplatz durchzuführen, war weder mit Agitationstrupps noch mit Flugblättern zur Stelle. Der alte Sammelplatz für die geplante Demonstration war zu diesem Zeitpunkt schon mit starken Polizeikräften besetzt, wie auch die ganze Innenstadt mit ihrem Einkaufszentrum und ihren Fußgängerzonen.

Um halb drei Uhr begann der KBW in der Innenstadt unter den Augen der zahlreichen Polizeikräfte mit einer Kundgebung, die zur Sammlung der an verschiedenen Orten der Kölner Innenstadt verteilten Demonstranten führte. Aus der Kundgebung heraus, auf der das Flugblatt des KBW verlesen wurde, entwickelte sich dann eine mehrstündige Demonstration im Kölner Einkaufszentrum, die trotz heftigen Polizeieinsatzes nicht zerschlagen werden konnte. Die Demonstranten vereinigten sich immer wieder und vertraten in zahlreichen Sprechchören die Ziele der Demonstration: "Nieder mit dem Schah-Regime", "Freiheit für die politischen Gefangenen im Iran!", "Schah Mörder! Brandt Komplize!", "Hoch die internationale Solidarität".

Zu diesem Zeitpunkt beteiligte sich auch die Gruppe Rote Fahne an diesen Aktionen, die vollkommen den Plänen und Vorbereitungen des KBW entsprachen. Ihren ursprünglichen Plan, vom alten Sammelpunkt aus eine Demonstration durchzuführen, hatte sie sang- und klanglos aufgegeben. Auch die Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) beteiligte sich an diesen Aktionen im Kölner Einkaufszentrum.

Der Verlauf dieser Demonstration zeigte auch, daß es richtig war, sich in der gegebenen Situation im wesentlichen auf die örtlichen Kräfte zu stützen und daß der Effekt der Demonstration keineswegs dadurch vergrößert worden wäre, wenn der KBW versucht hätte, die außerhalb Nordrhein-Westfalens mobilisierten Kräfte in Köln zusammenzuziehen.

Es hat sich freilich gezeigt, daß bei der Durchführung des Planes mehrere Fehler gemacht wurden. Einerseits gelang es nur ungenügend, die Genossen, die aus anderen Städten Nordrhein-Westfalens nach Köln gekommen waren, und die Genossen, die von der Änderung des ursprünglichen Planes nicht mehr rechtzeitig hatten unterrichtet werden können, organisiert in die Aktion einzubeziehen. Andererseits gelang es nach den verschiedenen Polizeiangriffen zwar immer wieder, Demonstrantengruppen zu bilden und die Aktion fortzusetzen, es gelang aber nicht, die Demonstration noch einmal in einer Kundgebung zusammenzufassen und organisiert zu Ende zu bringen.

Diese Fehler waren durchaus vermeidbar. Aus diesen Fehlern werden wir lernen. Als richtig hat sich die grundsätzliche Entscheidung erwiesen, auf das Verbot der Demonstration in Köln mit einem neuen Plan zu antworten. In der Woche zwischen dem 1. und dem 8. Dezember werden die Ortsgruppen des KBW alle Kräfte darauf konzentrieren, diesen Plan gut durchzuführen:

Vorwärts zu den Demonstrationen am 8. Dezember gegen die Notstandsmaßnahmen der Bourgeoisie und ihres Staates!

Die Forderungen der arabischen Staaten sind gerecht

DIE ERGEBNISSE DER KONFERENZ VON ALGIER / SCHUTZ DER NATIONALEN NATURREICHTÜMER / ÖL EXPORTBESCHRÄNKUNG ALS POLITISCHE WAFFE

Die Forderungen der arabischen Staaten begründete der Libysche Regierungschef Dschallud gegenüber dem "Spiegel" am 12.11.:
"Wenn wir ernsthaft glauben sollen, daß die Europäer wirklich neutral sind und nicht auf Seiten der israelischen Aggressoren stehen, dann fordern wir von ihnen zwei Dinge, die erfüllt werden müssen. Sie müssen zunächst einmal sämtliche Hilfeleistungen für Israel einstellen, bis sich Israel aus den besetzten Gebieten zurückzieht, also keine Ersatzteile mehr liefern, keine Wirtschafts- und Finanzhilfe mehr leisten ... Wir erwarten, daß Europa aus denselben Prinzipien, aus denen es den Hitlerismus bekämpft hat, auch diesen neuen Hitlerismus und Faschismus in Israel bekämft, einem Land, das fremde Gebiete besetzt und andere Völker unterjocht ... Wenn die Europäer wirklich nach den Gesetzen von Moral, Völkerrecht und Gerechtigkeit objektiv urteilen, müssen sie einsehen, daß das Recht auf Seiten der Araber ist."

Der beständige Wertverlust des Dollars und die Verträge zugunsten der Ölmonopole haben dazu geführt, "daß diese Länder ihr Öl bis Anfang Oktober 1973, an der Kaufkraft des US-Dollar oder des britischen Pfundes gemessen, billiger abgegeben haben als 1958." ("Süddeutsche Zeitung" vom 3.11.73)
Seit Jahren war für die arabischen Länder "die hemmungslose Ausbeutung ihrer Energiequellen gegen inflationsbedrohte Geldscheine ... ein Verlustgeschäft." ("Frankfurter Rundeschau" vom 12.11.73)
"Sie könnten in wenigen Jahrzehnten vor versiegten Ölquellen und ohne Ersatzeinkommen darstehen, wenn es ihnen nicht gelingt, bis dahin eine eigene Industrie aufzubauen." ("Frankfurter Rundschau" vom 12.11.73)

Die Regierungen von 16 arabischen Staaten haben in Algier beschlossen:
- Nur die Räumung aller von Israel besetzten arabischen Territorien, besonders Jerusalem, und die vollständige Wiederherstellung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes können zu einem Frieden im Nahen Osten führen.
- Abbruch sämtlicher Beziehungen aller arabischen Staaten mit Südafrika, Rhodesien und Portugal, vollständiger Ölboykott gegen diese Staaten.
- Anerkennung der Haltung der Länder der Europäischen Gemeinschaft (EG).
- Dank und Anerkennung für die Unterstützung der sozialistischen Länder, mit besonderer Erwähnung der Volksrepublik China.
- Appell an alle blockfreien Staaten, die solidarische Unterstützung des Kampfes gegen die israelischen Besatzer fortzusetzen.
- Die PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation) ist der einzige rechtmäßige Vertreter der Interessen des palästinensischen Volkes.

Dieser letzte Beschluß ist ein schwerer Schlag gegen den reaktionären jordanischen König Hussein, der sich selbst als Vertreter der Interessen des palästinensischen Volkes auf der Konferenz präsentieren wollte. (In Jordanien sind 50 % der Bevölkerung palästinensische Flüchtlinge. 1970 hat Hussein mit brutalem Terror versucht, die Widerstandsbewegung in Jordanien zu zerschlagen.)

Die Maßnahmen gegen die afrikanischen Kolonistenstaaten und die verstärkte Zusammenarbeit mit den anderen Ländern Afrikas verstärken die internationale Isolierung Israels und das Scheitern seines Versuchs, sich in Afrika wirtschaftliches Hinterland und politische Unterstützung zu erwerben. Die Fronten sind klarer geworden: Die Kolonistenstaaten stehen den zur Selbständigkeit gelangten Staaten gegenüber.
Die für eine Friedensregelung gestellten Bedingungn sind eindeutig und gerecht. Sie gehen über die Kompromißvorstellungen des ägyptischen Präsidenten Sadat klar hinaus.

Über die Fortsetzung der Ölexportbeschränkungen gegenüber den europäischen Staaten und den USA wurden keine Beschlüsse veröffentlicht. Die sogenannte Ölkrise ist nicht vorbei.

DIE ARABISCHEN STAATEN ORGANISIEREN DEN SCHUTZ IHRER NATURREICHTÜMER

Die derzeitige Ölkrise ist alles andere als ein unvorhersehbarer Schlag der arabischen Staaten. Mit der Gründung der Organisation der erdölexportierenden Ländern (OPEC) war der erste Schritt gegen die Ausplünderung durch die großen Ölgesellschaften getan. Seit 1970 konnten die arabischen OPEC-Länder Schritt für Schritt gegen das Kartell der großen Ölgesellschaften vorgehen. Zunächst befahl der Libysche Staatschef Ghadafi den Ölgesellschaften, die Produktion zu drosseln und höhere Abgaben zu zahlen. Im Dezember einigten sich die OPEC-Länder auf die Forderungen nach Erhöhung des Steuersatzes, eine Erhöhung des Verrechnungspreises und einen Inflationsausgleich. Im Januar 1971 wurden in Teheran in einer Verhandlung der sechs OPEC-Länder vom arabischen Golf mit den Ölgesellschaften weitere Abgabenerhöhungen durchgesetzt. Immer noch sind diese Beträge nur Bruchteile der Profite der Ölgesellschaften.

Entscheidend für die Unabhängigkeit der ölproduzierenden Länder von den Ölgesellschaften ist jedoch der Entzug der langjährigen Ölkonzessionen, um die direkte Verfügung über die nationalen Ölvorkommen zu erreichen. Den ersten Schritt in diese Richtung tat die algerische Regierung, die im Februar 1971 51 % der französischen Ölanlagen verstaatlichte. Die französische Regierung war schließlich gezwungen, nachdem sie erfolglos versucht hatte, Druck auszuüben, die Verstaatlichung anzuerkennen. Im Dezember 1971 enteignete Libyen den gesamten Besitz der britischen Petroleumgesellschaft BP. Anfang Juni vergangenen Jahres gelang dann der irakischen Regierung der größte Schlag, indem sie die Anlagen von vier großen Gesellschaften, der BP (britisch), der Shell (holländisch/britisch), der Compagnie francaise des Petroles (französisch) und der weltgrößten US-Ölgesellschaft ESSO sowie der Mobiloil (USA) verstaatlichte. Im vergangenen Jahr handelten fünf Erdölstaaten am Golf, unter ihnen Saudi-Arabien, den Ölgesellschaften einen Vertrag ab, der die schrittweise Verstaatlichung von zunächst 25 % im Verlauf des Jahres 1973 bis 51 % im Jahre 1981 vorsieht.

Als Anfang der 50er Jahre die republikanische iranische Regierung das iranische Erdöl verstaatlichen wollte, konnte das Ölkartell noch einen Boykott durchsetzen und schließlich mit Hilfe des CIA (amerikanischer Geheimdienst) die Macht über den Iran zurückerobern. Der wiedereingesetzte Schah beseitigte alle errungenen demokratischen Verhältnisse und gab den Ölkonzernen die Konzessionen wiederum zur freien Ausbeutung zurück. Die Nationalisierung der Ölanlagen, die der Schah jetzt verkündet hat, **ist keine Verstaatlichung, sondern die Zusammenfassung aller ausländischen Konzessionen in einer Gesellschaft**, an der die britische BP und die niederländisch/britische Shell 54 % der Anteile haben, den Rest teilen sich eine französische und vier US-Gesellschaften sowie eine iranische Gesellschaft unter sich auf. Aber auch das reaktionäre Schah-Regime im Iran kann nicht verhindern, daß die OPEC-Länder ihren Kurs der Unabhängigkeit von den großen Ölmonopolen fortschreiten. Der Nahost-Krieg hat diese Front entscheidend gestärkt. Erstmals wurde das Mittel der Ölexportbeschränkung auch als politische Waffe von den arabischen OPEC-Ländern gegen den Aggressor Israel und den US-Imperialismus benutzt. Um vor den arabischen Volksmassen bestehen zu können, war sogar das Regime von Saudi-Arabien gezwungen, sich als das Land mit den größten Ölreserven und der größten Förderung an die Spitze des Boykotts zu stellen, ein Regime, das die US-Imperialisten glaubten, fest in der Hand zu haben.

Die seit Anfang dieses Jahrhunderts von den imperialistischen Mächten unterdrückten und ausgebeuteten Völker sind nicht länger bereit, diesen Zustand hinzunehmen. Ein halbes Jahrhundert haben die Ölgesellschaften an dem Ölreichtum dieser Völker ihre Profite gemästet, die so groß sind, daß die Standard Oil (Esso) quasi aus dem Nichts zur zweitgrößten Kapitalgesellschaft der Welt wurde.
Die offene Bedrohung durch den imperialistischen Staat Israel, der seit seiner Gründung immer neue arabische Territorien besetzte, schweißt die arabischen Völker immer stärker zusammen, und die Völker werden sich bewußt, daß diese Bedrohung nur beseitigt werden kann, wenn der Kampf gegen den US-Imperialismus, der hinter Israel steht, und gegen das imperialistische Ölkartell geführt wird. Keine arabische Regierung kann sich diesem Kampf heute mehr entziehen.

Am 1. Oktober dieses Jahres, kaum mehr als zwei Wochen vor den Beschlüssen der arabischen OPEC-Staaten, erklärte der Generalsekretär der OPEC, Dr. Khene: "Die Industrienationen laufen mit offenen Augen in die Ölkatastrophe." Er wies auf die knappen Ölreserven hin und erläuterte das Interesse der Erdölländer, ihre Ölquellen zu schonen, denn auch die Ölförderländer brauchen Öl, um ihre industrielle Entwicklung voranzubringen. Die Verschwendung der nur noch begrenzt vorrätigen Ölreserven müsse eingestellt und größere Anstrengungen in der Entwicklung anderer und umweltfreundlicherer Energieträger unternommen werden. Mit ihren Erlösen planen die OPEC-Länder eine Entwicklungsbank zu gründen, die günstige Kredite an die unterentwickelt gehaltenen Länder vergeben soll. "Man ist nicht reich, wenn man auf vielen Dollars sitzt, sondern erst dann, wenn mit diesen Dollars neuer Reichtum geschaffen werden kann", sagte der Generalsekretär Dr. Khene.

Die politische Waffe der Ölexportbeschränkung unterstützt die Ziele der unterdrückten und ausgebeuteten Völker an einer unabhängigen wirtschaftlichen Entwicklung und des Schutzes ihrer natürlichen Reichtümer vor der rücksichtslosen Ausplünderung durch die Imperialisten. Sie ist zugleich eine scharfe Waffe gegen den Imperialismus, denn es geht den Imperialisten nicht um eine Regelung der Energieversorgung unter Wahrung der berechtigten Interessen aller Völker, sondern um den Fortbestand von Ausbeutung und Unterdrückung – um den Profit.

– B.B.U.T.–

Flugblatt des KBW

VERTEILT AN DIE BEVÖLKERUNG IN KÖLN AM 1.12.

IRANDEMONSTRATION VERBOTEN – KOMPLOTT VON SCHAH UND BUNDESREGIERUNG

Der Polizeipräsident von Köln hat die für heute geplante zentrale Demonstration gegen das faschistische Schahregime und gegen die drohenden Todesurteile gegen 12 iranische Patrioten verboten. Als Begründung für dieses Demonstrationsverbot wird unter anderem angeführt, "daß der Iran zu den wenigen Staaten zählt, die der Bundesrepublik Deutschland und damit ihrer Bevölkerung angesichts der drohenden Energiekrise durch die uneingeschränkte Weiterlieferung von Erdöl behilflich sind." Außerdem wird ausgeführt: "Neben der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung durch die beabsichtige Veranstaltung ist in Anbetracht der angekündigten Parolen auch noch eine Belastung der außenpolitischen Beziehungen der BRD zu dem Iran zu befürchten. Dies umso mehr, als der Aufruf zu der Versammlung vom 1.12.73 in den Flugblättern auch von der Foederation Iranischer Studenten in der BRD und Westberlin (FIS) mit verantwortet wird. Die politische Betätigung einer iranischen Studentenvereinigung ist geeignet, die Beziehungen zwischen dem Iran und der BRD zu belasten. Eine Belastung der Beziehungen der BRD und dem Iran wäre angesichts der drohenden Energiekrise mit ihren Folgen für die Arbeitsplätze im existentiellen Interesse der Gesamtbevölkerung nicht zu vertreten."
Diese Begründung stammt zweifellos direkt von der Bundesregierung. Es wird behauptet, der Kampf gegen das faschistische Schahregime und gegen seine Terrorurteile schade dem westdeutschen Volk. Unter Hinweis auf die sogenannte Energiekrise wird versucht, die westdeutsche Arbeiterklasse und das Volk für das faschistische Schahregime und gegen das iranische Volk einzunehmen, das seit 20 Jahren einen heldenhaften Kampf gegen dieses Regime führt.

WORIN BESTEHT DIE SOGENANNTE ENERGIEKRISE?

Sie besteht darin, daß die Erdölländer und die arabischen Länder an ihrer Spitze die großen Ölkonzerne und die Imperialisten nicht länger beliebig über ihr Erdöl und ihr Schicksal verfügen lassen. Es handelt sich also nicht um eine "Energiekrise", sondern um eine politische Krise des Imperialismus, dessen Ausbeuter- und Unterdrückerherrschaft durch die unterdrückten Völker nicht länger geduldet wird. Die westdeutsche Arbeiterklasse und das westdeutsche Volk haben nichts mit den Interessen der großen Erdölkonzerne und der Imperialisten gemein. Vielmehr haben sie ein Interesse daran, daß sie im gemeinsamen Kampf mit den unterdrückten Völkern den Imperialismus und die Monopole besiegen, damit die internationale Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker gemeinsam über die Schätze der Natur und die Produkte ihrer Arbeit verfügen können. Dann wird es auch keine sogenannte Energiekrise mehr geben.

Je mehr der Kampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus an Kraft und Stärke gewinnt, umso wichtiger werden für die Imperialisten und die großen Monopole solche Regimes wie das Schahregime im Iran. In diesem Regime haben die Imperialisten nach wie vor vollständig das Heft in der Hand und der Schah nimmt mit Todesurteilen und Verfolgungsmaßnahmen deren Interessen wahr. Deshalb hassen die Imperialisten und ihre Politiker das kämpfende iranische Volk und lieben den Schah.

SOLIDARITÄT MIT DEM KÄMPFENDEN IRANISCHEN VOLK! SOLIDARITÄT MIT DER FÖDERATION IRANISCHER STUDENTEN!

Das Verbot der heutigen Demonstration, die Verbotsdrohungen gegen die Föderation Iranischer Studenten in Westdeutschland reihen sich ein in die volksfeindlichen Notstandsmaßnahmen der westdeutschen Kapitalistenklasse und ihrer Regierung. Mit diesen Notstandsmaßnahmen will der BRD-Imperialismus das westdeutsche Volk für die Niederlagen und Folgen seiner Politik bluten lassen und sicherstellen, daß sich die großen Ölkonzerne durch rücksichtslose Ausplünderung des westdeutschen Volkes schadlos halten für die Verluste, die ihnen durch den Kampf der arabischen Völker drohen. Diese Notstandsmaßnahmen wie Sonntagsfahrverbot und Drosselung der Heizungen in den Arbeitsstätten sowie das ganze Gerede von Gemeinsamkeit zwischen dem Volk und den Kapitalisten dient ausschließlich der Unterwerfung des Volkes unter die Interessen des BRD-Imperialismus.

Die westdeutsche Arbeiterklasse und das westdeutsche Volk müssen gegen die Notstandsmaßnahmen der BRD-Regierung den entschiedenen Kampf aufnehmen und gemeinsam mit den Völkern der Welt den Kampf gegen den Imperialismus führen.
Der Kommunistische Bund Westdeutschland wendet sich gegen das Verbot der heutigen Demonstration und führt heute in Köln wie in zahlreichen anderen Städten der BRD eine breite Aufklärungskampagne und Protestaktionen gegen dieses Verbot durch. Er ruft auf, am Samstag, den 8.Dezember, in Hamburg, Bremen, Hannover, Göttingen, Dortmund, Köln, Frankfurt, Wiesbaden, Mannheim, Heidelberg, Freiburg und in anderen Städten Demonstrationen durchzuführen:
KAMPF DEN NOTSTANDSMASSNAHMEN DER KAPITALISTENKLASSE UND IHRER REGIERUNG!

SPENDENKONTO FÜR DIE VERHAFTETEN

Im Verlauf der Protestaktionen in Köln wurden zahlreiche Demonstranten festgenommen und zum Teil über zehn Stunden im Gefängnis gehalten. Bisher wurden über 50 Festnahmen bekannt. Unter den Festgenommenen befinden sich auch mehrere Mitglieder des KBW und seiner Massenorganisationen. Es ist damit zu rechnen, daß gegen die Festgenommenen Verfahren eingeleitet werden. Um diese Verfahren zu finanzieren, ist es notwendig, Geldmittel zu sammeln. Der KBW fordert deshalb auf, zur Finanzierung dieser Verfahren sofort mit Spendenaktionen zu beginnen und die Spenden auf folgendes Konto zu überweisen: **Rechtshilfefonds, Bank für Gemeinwirtschaft (Heidelberg), Kto Nr. 20 736 009, Stichwort "Köln".**

SOLIDARITÄTSVERANSTALTUNG MIT DEM IRANISCHEN VOLK

Am Samstagabend, 1.12., wurde in der Mensa der Kölner Universität eine Solidaritätsveranstaltung mit dem kämpfenden iranischen Volk durchgeführt. Auf der Veranstaltung in der überfüllten Mensa waren rund 500 Menschen anwesend. In Referaten nahmen iranische und deutsche Genossen zu den Kämpfen des iranischen Volkes Stellung.
Im Verlauf der Veranstaltung kam es auch zu einer politischen Auseinandersetzung zwischen den Vertretern des Kommunistischen Bundes Westdeutschland und der Gruppe Rote Fahne (KPD) über die verschiedenen taktischen Vorgehensweisen angesichts des Verbots der Demonstration in Köln und die diesen verschiedenen Vorgehensweisen zugrundeliegenden politischen Differenzen. Solche Auseinandersetzungen sind unumgänglich. Sie dienen letzten Endes der Einheit der Kommunisten und schaden ihr keineswegs. In solchen Debatten ist es möglich, den Unterschied zwischen richtig und falsch vor den Mitgliedern der verschiedenen Organisationen herauszuarbeiten und so dazu beizutragen, daß sich die Kommunisten auf der richtigen politischen Linie zusammenschließen und gemeinsam eine richtige Taktik entwickeln für die beginnenden scharfen Klassenauseinandersetzungen.

WIE DIE BOURGEOISIE SPART:

"Der Gewerkschaftsbankier Hesselbach (Direktor der Bank für Gemeinswirtschaft) ließ verkünden, er habe die Temperatur in seinem Swimming-pool auf 14 Grad gesenkt, die Junge Union Hof sagte eine Autorallye ab, und der nordrhein-westfälische Finanziminister Wertz hält sich einiges auf seine Verlautbarung zugute, daß seine Beamten künftig auf den Klos des Ministeriums frieren müßten."

TROTZ ENERGIEKRISE GROSSES MANÖVER

Leserzuschrift

Trotz Protesten aus der Bevölkerung findet in diesen Tagen in Niedersachsen die große Gefechtsübung "Bellende Meute" mit 12 000 Soldaten und über 3 400 Fahrzeugen statt. Wurde die "Energiekrise" in den letzten Tagen und Wochen dazu benutzt, die Bevölkerung zu solidarischem Handeln gegen die sogenannte "arabische Erpressung" und zu persönlichen Opfern für das "Gemeinwohl" aufzufordern, so zeigt dieses Manöver ganz deutlich: Die Einsparungen an Erdöl, Benzin usw. werden auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung ausgetragen, während für die Bundeswehr kein Treibstoff zu knapp oder zu teuer ist, um ihren gegen das Volk gerichteten Auftrag zu proben. Wenn man bedenkt, daß ein Panzer 600 l Treibstoff auf 100 km verbraucht, sieht man, daß die Einsparungen durch das Sonntagsfahrverbot schnell wieder verpulvert sind.

VERKEHRSGEFÄHRDUNG ALS SPARMASSNAHME

Schon am Donnerstag, 29.11., bei den starken Schneefällen hat die Heidelberger Stadtverwaltung den Städtischen Räumungs- und Streudienst eingestellt. Begründung: Die Leute sollen nicht autofahren, sondern Benzin sparen!

Ein Energiemonopol für die Monopole

DAS ENERGIEKONZEPT DER BUNDESREGIERUNG DIENT NUR DEN MONOPOLEN

"Für die Energiepolitik der Bundesregierung bleibt der Leitsatz auch weiterhinwahr, daß solidarisches Handeln mit den großen internationalen Erdölkonzernen, von denen Westdeutschland den Löwenanteil seiner Importe bezieht, den wirksamsten Schutz vor Erpressungen bietet." Das schreibt am 23.11. die Frankfurter Allgemeine Zeitung, das Blatt der Großbourgeoisie. Folgerichtig tätigte die Bundesregierung vor einigen Wochen Verhandlungen mit dem Schah von Persien über die Ausweitung der Erdöl und Erdgaslieferungen für die nächsten Jahre im Austausch mit dem Bau einer Großraffinerie im Iran. Abgewickelt wird das Geschäft über die westdeutschen Mineralölgesellschaften und die NIOC (National Iran Oil Company). Doch wer glaubt, hier handelè s sich um eine iranische Gesellschaft, hat sich getäuscht. 54 % der Anteile dieser Gesellschaft gehören BP und Shell (britische und niederländisch britische Unternehmen), der Rest gehört der französischen Compagnie Francaise und den grossen US-Ölgesellschaften und ein ganz kleiner Rest dem Iran. Das Geschäft mit dem Iran ist ein Geschäft mit den internationalen Ölgesellschaften. Und die iranische Regierung ist die einzige im Nahen Osten, die auch während der Ölexportbeschränkungen die Interessen der internationalen Ölgesellschaften hoch hielt und einer wachsenden Ausplünderung der iranischen Erdölvorkommen durch diese Gesellschaften Unterstützung gewährt.

Nicht nur die Kapitalinteressen der internationalen Ölgesellschaften, sondern auch die Interessen der größten westdeutschen Konzerne, die im Iran Niederlassungen haben, sichert der Schah mit einem blutigen Terrorregime. Die Sicherung der Energieinteressen der westdeutschen Monopole durch die Bundesregierung ist imperialistische Politik gegenüber den Völkern.

Ausdehnung der immer noch wesentlich billiger von den ausgebeuteten Völkern erpreßten Ölenergie vor bei gleichzeitiger Verringerung des Anteils der heimischen Steinkohleenergie. Weitere Zechen sollen stillgelegt, mehr Bergarbeiter entlassen und von den übrigen Bergleuten mehr Schindereien abgepreßt werden.

Diese Stillegungen sind zudem ein gewaltiges Geschäft für die Monopole, das sich alle acht Jahre wiederholen läßt. Ein Beispiel dafür ist die Zeche Bismarck.

Die Zeche Bismarck wurde 1966 stillgelegt. 6 100 Bergleute wurden entlassen. Es war die Zeche mit der größten Förderleistung an der hochwertigsten Kohle. Dementsprechend hoch war die Stillegungsprämie 92 Millionen DM und 46 Millionen DM für den Quotenverkauf. Die Prämien erhielt die Deutsche Erdöl AG, bei der der US-Ölkonzern Texaco Großaktionär ist. Sie verkaufte die Zeche an den mit ebenfalls großen Subventionen aufgebauten Kohle-Konzern Ruhrkohle AG. Die Ruhrkohle AG läßt nun 7 Jahre nach der Stillegung die Flöze der Bismarck-Zeche wieder abbauen.

Die Ruhrkohle AG wird subventioniert von der Bundesregierung, aber nur um den Stahlmonopolen billige Kohle liefern zu können. Für den Verbraucher ist die Kohle alles andere als billig. Erdöl- und Erdgaslieferungen für die nächsten Jahre im Austausch mit dem Bau einer Großraffinerie im Iran. Wer glaubt, daß mit dem großen Energieplan der jetzigen Bundesregierung die Verschleuderung der riesigen Steuergelder vorbei ist, irrt. Auf die jetzige Erdölkrise reagierte die Bundesregierung zunächst einmal mit dem Erlaß der Investitionssteuer für alle Energiekapitalisten, natürlich auch für die Ölmonopole. Zum Aufbau einer westdeutschen Tankerflotte subventioniert sie die Werftkapitalisten mit 10 % der Schiffsbaukosten. Für den Bau von Atomkraftwerken gibt sie 3,6 Milliarden DM Subventionen aus. Zum Aufbau eines westdeutschen Erdölkonzerns kauft sie 48 % der Aktien der Gelsenberg AG, die vorher im Besitz der RWE (Rheinisch-westfälische Elektrizitätswerke AG) war, wobei die RWE wiederum mehrheitlich im Besitz von Bund und Ländern ist. Der Kauf der Gelsenberg AG verschlingt 641 Millionen DM an Steuergeldern. Die Gelsenberg AG soll der VEBA, die ebenfalls im Erdölgeschäft drinsteckt, angegliedert werden. Die VEBA gehörte ehemals ganz dem Bund. 60 % wurden aber reprivatisiert und heute von den Banken und Monopolen kontrolliert. Der STaat baut einen westdeutschen Erdölkonzern auf mit Hilfe von riesigen Steuermitteln, aber nicht um die Erdölversorgung selbst in die Hand zu bekommen, sondern um den westdeutschen Monopolen ein Erdölmonopol aufzubauen, das in Konkurrenz zu den US-Konzernen treten kann, und mit absamen kann im Ölgeschäft. Ausdehnung der immer noch wesentlich billiger von den ausgebeuteten Völkern erpressten Ölenergie vor bei Erdölversorgung für Westdeutschland sicherzustellen.

Dem Volk sollen diese teuren Manipulationen verkauft werden als Maßnahme, um eine unabhängige Erdölversorgung für Westdeutschalnd sicherzustellen. Daß die Arbeiterklasse und das Volk kein Interesse haben kann, daß mit seinen Steuermitteln ein solches Monopol errichtet wird, zeigt schon die folgende Tatsache: 28 % der Versorgung mit Heizöl, Benzin usw. ist in Händen dieser westdeutschen Mineralölgesellschaften, die mit Hilfe von Steuermitteln zum westdeutschen Erdölmonopol zusammengeschlossen werden sollen. Dazu gehören das Tankstellennetz der ARAL (Mehrheitsaktionär Gelsenberg AG), der FINA (im Besitz der VEBA) und der Heizölhändler Raab Karcher. Sie alle beteiligen sich an der großen Erpressung, genauso wie ESSO oder Texaco. Gegenüber dem Verbraucher, der jeden Preis zahlen muß, bilden sie alle zusammen ein Monopol



Antwort auf Energiepolitik: Demonstration der Bergarbeiter in Kamen.

Monopole und Staat machen das Ölgeschäft

WIE HOCH SIND DIE ERLÖSE DER ARABISCHEN STAATEN? WIE HOCH SIND DIE PROFITE DER ÖLGESELLSCHAFTEN?

Ergaunert haben die Ölgesellschaften die Bohrrechte von den arabischen Staaten für einen Apfel und ein Ei. So ist es kein Zufall, daß von den 15 größten Kapitalgesellschaften der Welt 7 Ölgesellschaften sind, und die Standard Oil of New Jersey ((Esso) der zweitgrößte Konzern der Welt ist. Denn sie machen ihren Profit mit einem minimalen Kapitaleinsatz und nur wenigen Arbeitskräften, die zudem mit Ausnahme der Techniker einen Minimallohn erhalten. Eine geringe Beteiligung an den Erlösen konnten die Erdölstaaten erst durchsetzen, seitdem sie sich in der OPEC (Organisation der Erdöl exportierenden Staaten) zusammengeschlossen haben, um ihren einzigen natürlichen Reichtum vor der totalen Ausplünderung durch die Ölgesellschaften zu schützen. An den Preiserhöhungen, die wir für Benzin und Heizöl derzeit bezahlen müssen, haben jedoch die Abgaben an die Erdölstaaten den allergeringsten Anteil. Daß uns die geldgierigen Scheichs die Preiserhöhungen bescheren, ist ein Märchen, das gezielt von allen bürgerlichen Zeitungen, vom Fernsehen und vom Rundfunk verbreitet wird.

Als am 16. Oktober die arabischen Erdöl exportierenden Staaten die Abgaben (Steuern) der Ölgesellschaften um 70 % und die Preise für das Öl, das sie selbst besitzen, um 17 % erhöhten, da meldeten Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen, die Araber hätten die Ölpreise fast verdoppelt. Und sie versuchten uns weiszumachen, die Preise für Heizöl und Benzin würden nur deshalb nicht sofort um 87 % steigen, weil die Ölgesellschaften diese Erhöhung nicht voll im Preis weitergeben würden. Daß aber die Abgaben an die arabsichen Staaten nur einen Bruchteil der von den Ölgesellschaften erzielten Öl- und Benzinpreise ausmachen, verschwiegen sie, und sie verschwiegen auch, daß die Araberstaaten am Golf, von wo die Hauptmenge des Öls kommt, nur ca. 3 % des Öls selbst besitzen. Nur Lybien, Algerien und Irak besitzen größere Anteile ihres Erdöls selbst.

In keiner Zeitung fanden wir eine ehrliche Zusammenstellung darüber, wer wieviel am Öl verdient. Aus vielen einzelnen Meldungen haben wir die folgende Rechnung aufgestellt, berechnet auf einen Liter und Kosten in DM.

Kosten der Erdölgewinnung und -verarbeitung vor der Abgabenerhöhung der arabischen Staaten und danach.

	vor 16.10.	nach 16.10.
Förderkosten pro Liter 0,15–0,226 Pfg	0,2 Pfg	0,2 Pfg
Abgaben an die Erdölstaaten	2,5 Pfg	4,2 Pfg
Rückkaufpreisanteil für 3% der Förderung	0,14 Pfg	0,17 Pfg
Frachtkosten 0,6–2,1 Pfg	2,1 Pfg	2,1 Pfg
Raffineriekosten für Benzin	8,0 Pfg	8,0 Pfg
Summe	12,94 Pfg	14,67 Pfg
aufgerundet	13,0 Pfg	15,0 Pfg

Die arabischen Staaten erhalten durch ihre Abgabenerhöhung 1,7 Pfennig mehr pro Liter. Seit ihren Beschlüssen am 16.10. aber sind die Benzinpreise schon um 3 Pfennig gestiegen und steigen weiter. Die Mineralölgesellschaften hatten aber schon vorher im Verlauf dieses Jahres ihre Benzinpreise um über 12 Pfennig erhöht (nach Angaben der Mineralölindustrie, Süddte. Ztg. 25.11.). Ganz zu schweigen von den Heizölpreisen, die schon im Sommer verdoppelt wurden und inzwischen das Vierfache des Vorjahrspreises erreichen.

Dabei verdient der Staat kräftig mit durch die Benzinsteuer, die nach der Erhöhung im Juli 45 Pfennig pro Liter Normalbenzin ausmacht, durch 10 % Heizölsteuer und 11 % Mehrwertsteuer. Je höher die Preise, desto mehr sahnt auch der Staat mit ab. **Am Benzin bleiben den Ölgesellschaften nach Abzug der Steuern derzeit pro Liter mindestens 12 Pfennig, am Heizöl bis zu mehr als 30 Pfennig je Liter.**

Wie kommt unsere Rechnung zustande?

Förderkosten betragen laut "Wirtschaftswoche" vom 26.10.73 10–15 Cents für Barrel (159 Liter), umgerechnet auf DM pro Liter ergibt 0,0015–0,00226 DM.

Abgaben an Erdölstaaten sind 55 % vom 'posted price', der am 16.10. von ca. 3 Dollar um 70 % auf 5,11 Dollar pro Barrel erhöht wurde, macht umgerechnet in DM pro Liter vor der Erhöhung 0,025 DM, nach der Erhöhung 0,0424 DM.

Der Anteil der Erdölstaaten an der Fördermenge wird von den Erdölstaaten an die Ölgesellschaften zu einem Preis verkauft, der vor der Erhöhung am 16.10. ca. 3,12 Dollar je Barrel betrug, umgerechnet auf DM pro Liter 0,047 DM. Zu diesem Preis kaufen die Ölgesellschaften die 3 % der Fördermenge, die den arabischen Staaten gehören, zurück. Das erhöht die Kosten der Ölgesellschaften auf die Gesamtfördermenge anteilig um 3 % dieses Rückkaufpreises. (Nach "Wirtschaftswoche" vom 26.10.) Das machte 0,0014 DM pro Liter. Nach der Erhöhung dieses Preises um 17 % am 16.10. durch die Erdölstaaten auf 3,65 Dollar je Barrel macht das pro Liter und 3 % 0,00165 DM aus. Wenn die Erdölstaaten, wie sie es vorhaben, ihren Förderanteil auf 25 % erhöhen, würde das pro Liter 1,4 Pfennige ausmachen, bei 51 % 2,8 Pfennige. Dazu müssen sie aber erst diese Anteile von den Erdölgesellschaften zurückkaufen. Lybien hat dies bereits getan, ebenso der Irak.

Frachtkosten. Die Frachtkosten der Supertanker betragen laut "Süddeutsche Zeitung" vom 25.10. 3 Dollar pro Tonne (ca. 1 110 Liter). Für kleinere Tanker betragen sie bis zu 10 Dollar je Tonne. Unserer Rechnung liegen diese Höchstkosten zugrunde. In unserer Rechnung sind also noch große Profite enthalten, die den Erdölgesellschaften zufließen. Wir haben daher die Vertriebskosten nicht mitgerechnet, die laut "Wirtschaftswoche" vom 26.10. umgerechnet 0,0024 Pfennig pro Liter ausmachen, worin aber auch der Profit aus dem Vertrieb steckt.

Raffineriekosten. Darüber sind die Angaben in den Zeitungen am spärlichsten. Laut WIRTSCHAFTSWOCHE vom 23.11. betragen die Herstellkosten für Benzin 8Pfennig pro Liter. Es ist anzunehmen, daß in diesem Preis auch noch die Profite aus dem Raffineriegeschäft stecken.

Mehr als 1/3

EXTRAPROFIT DER ÖLMONOPOLE FRISST MEHR ALS 1/3 DER NETTOLOHNERHÖHUNG

Nach Berechnungen in der Süddeutschen Zeitung vom 25.11. von E. Berens haben die Ölmonopole 1973 zusätzlich 18 Mrd. DM Profit durch Preissteigerungen allein in der BRD gemacht. Dieser zusätzliche **Mehrprofit** der Ölmonopole allein aus dem Geschäft in der Bundesrepublik beträgt schon soviel wie die Jahresgesamteinnahmen aller arabischen Staaten, die 11 bis 12 Mrd. US-Dollar betragen (nach Handelsblatt vom 22.11.73). 12 Pfennig Benzinpreiserhöhung bei 26.6 Mrd. Liter Jahresverbrauch macht ca. 3 Mrd DM. Preissteigerung für Dieselöl 11 Pfennig pro Liter bei 11 Millionen Tonnen (1 Tonne = 1 180 Liter) macht 1,4 Mrd. DM. Preissteigerungen bei Heizöl 22 Pfennig je Liter machen bei einem Verbrauch von 50 Millionen Tonnen 13 Mrd. DM Mehrprofit für die Monopole und Mehrausgaben für die Verbraucher; wobei dies ein niedrig angenommener Durchschnittswert ist, wie der Autor schreibt.

Der Preis für schweres Heizöl ist demgegenüber nur um 10 DM pro Tonne gestiegen. Schweres Heizöl wird hauptsächlich von der Industrie verbraucht. Immerhin kommt hier auch noch ein Mehraufwand von 290 Millionen DM zustande. Zusammen macht das rund 18 Mrd. DM, das sind allein mehr als ein Drittel der Nettolohnerhöhung aller Lohnabhängigen in einem Jahr. Soviel geht also allein durch die gestiegenen Profite der Ölmonopole von der Lohnerhöhung ab, denn die Lohnabhängigen bezahlen diesen Extraprofit in Form von steigenden Preisen. b.b.

Ruinöser Konkurrenzkampf

GEGEN FREIE TANKSTELLEN UND REEDEREIEN

Die großen Ölmonopole nutzen die Exportbeschränkungen der arabischen Staaten nicht nur zum Vorwand einer unerhört gesteigerten Ausplünderung der lohnabhängigen Verbraucher durch die enormen Preissteigerungen für Benzin und Heizöl. Vielmehr führen sie zugleich einen gnadenlosen Konkurrenzkampf, um alle Stationen des Ölgeschäfts lückenlos zu beherrschen. Sie sind dabei, die freien Tankstellen ebenso fertig zu machen wie auch die Tankerflotten, die noch nicht unter ihrer Kontrolle stehen.

Schon im Juli dieses Jahres waren die Antitrustgerichte in den USA gezwungen gegen die Mineralölkonzerne vorzugehen, weil sie eine beachtliche künstliche Verknappung des Öls herbeigeführt hatten, um ihre Preise in die Höhe zu treiben und um die freien Tankstellen zum Bankrott zu zwingen. Da sie die Ölzufuhr völlig in der Hand haben, konnten sie die Lieferungen der freien Tankstellen rigoros kürzen. Insgesamt 1 020 freie Tankstellen mußten schließen, wie aus einer Untersuchung des Congressional Research Service in Washington hervorgeht. Angeklagt waren sämtliche großen US-Ölgesellschaften. Das gleiche versuchen sie nun auch in der Bundesrepublik. Allein die US-Ölgesellschaften haben in der Bundesrepublik einen Marktanteil von über 60 %. **Zusammen mit den britischen und holländischen Gesellschaften BP und Shell können sie nun den freien Tankstellen den Hahn abstellen, da die nicht von ihnen kontrollierten Importe aus Rotterdam wegen des Exportboykotts gegen den Ölhafen Rotterdam derzeit ausbleiben.** Die freien Tankstellen hatten bisher einen Marktanteil von 20 % in der Bundesrepublik. Gegen die Lieferschwierigkeiten wehren sich die vormals billigeren freien Tan kstellen **durch noch höhere Preise, wodurch** sie zwar vor dem Austrocknen sich schützen, aber **ihre Kunden an die Ölmonopole verlieren.**

Ähnlich geht es derzeit in der Schiffahrt zu. **Die großen Ölmonopole drehen gezielt den freien Reedereien den Hahn ab. Sowohl die Binnen- als auch die Seeschiffahrt klagen, daß sie zu 60 % mit dem nötigen Treibstoff unterversorgt würden. Der Grund liegt auf der Hand. Die Ölgesellschaften besitzen selbst ca. 60 % der Öltankerflotte.** Es ist offensichtlich, **daß sie einen noch größeren Anteil erobern wollen und in diesem ruinösen Konkurrenzkampf auch die restliche Schiffahrt in Mitleidenschaft ziehen.** In der Süddeutschen Zeitung vom 21.11. **stand zu lesen: "Eine ganze Reihe von Schiffen ist bereits** stillgelegt worden. **Die großen Ölfirmen** versorgen nur noch Vertragskunden, und auch deren Belieferung wird rationiert."

Stahltarifabschluss

STAHLABSCHLUß SOLL REALLOHNABBAU EINLEITEN

In der vergangenen Woche wurde für die Stahlarbeiter in Nordrhein/Westfalen ein neuer Tarifvertrag mit 11 % und einer Laufzeit von 10,5 Monaten abgeschlossen. Dieser Abschluß ist politisch wichtig, weil er ganz klar zeigt, in welche Richtung die Gewerkschaftsfürsten die Arbeiter führen wollen und weil für etwa 8,7 Millionen Arbeiter in der BRD Tarifverhandlungen unmittelbar bevorstehen.

Bis zum 31. Dezember sind Tarifverträge gekündigt für 4,3 Millionen Metallarbeiter und 3,3 Millionen im öffentlichen Dienst, bei der Bundesbahn und Bundespost; 500 000 im Groß- und Außenhandel, 160 000 in der Holzindustrie, 150 000 in der Schuhindustrie, 150 000 in der Landwirtschaft, 130 000 in der Papierindustrie.
Im Februar folgen 120 000 Bankangestellte und Ende März laufen die Tarifverträge aus für 500 000 Chemiewerker, 210 000 Drucker, 170 000 Versicherungsangestellte.

Nach den Erfahrungen mit dem 8,5 %-Abschluß bei der IGM in der letzten Tarifrunde, den spontanen Streiks von über 150 000 Arbeitern das Jahr über, den großen Worten von IGM-Chef Loderer und ÖTV-Chef Kluncker in den letzten Monaten, nach den enormen Preissteigerungen, die im kommenden Jahr noch weiter anwachsen werden, ist ein Abschluß von 11 % eine Verarschung der gesamten Arbeiterklasse.
Zunächst wurden lineare Forderungen abgewürgt, dann wurde die Einheit gespalten: Dampfablassen in Nordwürttemberg/Nordbaden, die Stahlarbeiter in Nordrhein-Westfalen vorziehen. Hier drückte man die Forderung nach mehreren Sitzungen der großen Tarifkommission bei einem Abstimmungsergebnis von 50 : 48 auf 15 %. Als die Mannesmann-Arbeiter am 1. Verhandlungstag in den Streik traten, blieb ihnen die Unterstützung der IGM-Führung versagt. Obwohl die Stahlindustrie ihre höchste Produktivitätssteigerung erwartet, 15 % höher als im vergangenen Jahr ("Handelsblatt", 29.11.), kam mit dem Abschluß von 11 % der größte reale Lohnabbau nach dem Krieg heraus.

Nach dem letzten Abschluß von 8,5 % wird die SPD-Gewerkschaftsführung nicht einmal ihren SPD-getreuen Mitgliedern diesen Abschluß als ein "notwendiges Opfer an die Stabilität" verkaufen können. Was sie im Auge hatte, waren die SPD-Lohnleitlinien zur Sicherung der Profite und nicht die Interessen der Arbeiter. Die Arbeiter, die zum Teil noch gehofft hatten, sie würden diesmal die Gewerkschaftsführung kampfstark erleben, sehen ganz klar, daß diese SPD-Führung den Kampf nicht führen will. Sie werden den begonnenen Kurs der eigenständigen Streiks durch die gewonnenen Erkenntnisse der letzten Jahre weiterführen.

DIE ARBEITER HABEN KEINE GEMEINSAMEN INTERESSEN MIT IHREN AUSBEUTERN

Den Arbeitern soll nun das Ganze verkauft werden mit der Ölkrise. Es wird mit Arbeitslosigkeit gedroht. Wiederum ist die Rede von "Gesamtwohl und Gemeinschaft". Unsere Existenz würde bedroht. In der Not müsse man zusammenhalten gegen den Feind von außen.
Kapitalistenvertreter van Hüllen: "Für die Lohnpolitik brauchen wir jetzt einen Krisenstab der Tarifpartner" ("Frankfurter Allgemeine Zeitung", 29.11.). Der IG-Chemie-Chef Hauenschild redet von einer Investitionslenkung der Wirtschaft, für die ein gemeinsamer Ausschuß von Gewerkschaften, Kapitalisten und Regierung gefordert wird. ("Handelsblatt", 29.11.)

Hier will man die Arbeiter auf eine Arbeitsgemeinschaftspolitik mit den Kapitalisten und ihrem Staat einschwören. Sie sollen sich die Köpfe der Kapitalisten zerbrechen und dabei über ihre eigene Haut zu Rate sitzen (die Investitionen sind größer, je niedriger der Verdienst. Der Gewinn des Unternehmens ist höher, je billiger es Rohstoffe einkauft, wenn man sie ihnen nicht gibt, wird der Staat sich wiederum nicht scheuen, das Volk in einen Krieg zu schicken.). Für die Arbeiter darf es niemals eine Gemeinschaft mit ihren Ausbeutern geben. Je früher sie beginnen, ihre Geschicke in die eigene Hand zu nehmen, umso besser werden sie in der Lage sein, ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen zu erkennen und zu vertreten.

Die älteren Arbeiter, die schon öfter Krisen erlebt haben, sagen sehr oft, daß es ja mal so kommen mußte, es konnte so nicht weitergehen. Richtig daran ist: Solange es den Kapitalismus gibt, gibt es Krisen; sie verschärfen sich, und die größte ist dann jeweils ein Krieg. Die kapitalistische Krise ist eben nicht eine einmalige Notlage, die wie eine Sturmflut oder ein Götterfluch über uns hereinbricht. Sie sind die Regel, die Gezeiten, die Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus. Nach dem Zusammenbruch des 2. Weltkrieges waren die Krisen für die Zeit des Aufbaus kurze Zeit außer Kraft gesetzt, doch treten sie dann trotz "Bremsen und Gasgeben" wieder ein, zerstören gesellschaftliche Werte und vernichten die Existenzgrundlagen vieler Arbeiterfamilien. Gleichzeitig werden die Monopole in ihrer Profitgier mächtiger und unmenschlicher. Die Arbeiterklasse drängt immer mehr danach, diese Verhältnisse zu ändern. Je mehr Widerstand sie leistet, umso mehr tritt der Staat gegen sie auf den Plan. Er ist daran interessiert, die Form der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten, obwohl das Innere des Staates immer mehr verwest. Die Arbeiter werden die Form dieses Staates sprengen, einen Staat aufbauen, der die Produktion für die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes organisiert. Unzählige heute unterdrückte Fähigkeiten und Qualitäten der Menschen werden zur Entfaltung kommen dadurch. Die Herrschaft von Menschen über Menschen wird beseitigt. Rohstoffe und Waren werden sinnvoll eingesetzt und eine unvorstellbare Entwicklung der Wirtschaft im Interesse des Volkes wird sich entfalten können.

Unterdrückung, Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Umweltschutz, Ausbildungsprobleme, Krankenversorgung, aber auch Rohstoffmängel sind keine Probleme mehr, sobald die Arbeiterklasse die Verfügungsgewalt darüber hat, sobald sie ihren sozialistischen Staat errichtet hat. Die Arbeiterklasse beginnt heute schon in den selbständigen Kämpfen die notwendigen Fähigkeiten herauszubilden. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben immer wieder sehr offensichtlich bewiesen, daß sie diese Kämpfe im Interesse der Arbeiterklasse nicht führen können. Sie werden nicht konsequent kämpfen, weil sie mit ihren Betriebsrats- und Gewerkschaftsposten am System kleben.

WAS HEISST DAS FÜR DIE KOMMENDEN TARIFAUSEINANDERSETZUNGEN?

Einige Tarifkommissionen haben inzwischen Forderungen aufgestellt:
Metall: Hessen 17 %, Nordrhein-Westfalen 15 % bei 9 Monate Laufzeit und 3 % Vorweganhebung, Nordwürttemberg-Nordbaden 15 %, 150 DM für untere Lohngruppen, 80 DM für jedes Lehrjahr.
ÖTV: 15 %, 300 DM Urlaubsgeld, 50 DM für jedes Kind.

Die Gewerkschaftsspitze wird auf das Ergebnis von 11 % runterwollen, dabei wird viel von der Krise die Rede sein. Die Arbeiter müssen von ihrer Lage ausgehen und werden umso höhere Forderungen durchbringen, je mehr es ihnen gelingt, selbständig Kämpfe zu organisieren, ihre Entschlossenheit in die Waagschale zu werfen, das heißt auch sich durchsetzen gegen die Taktiken der Gewerkschaftsführung. Dies wird umso besser gelingen, je mehr es der Arbeiterklasse gelingt, in allen Kämpfen die sozialdemokratische Linie innerhalb der Gewerkschaften zu bekämpfen.

–E.R.–

Lineare Forderungen

AUS STREIKS GELERNT

Göttingen. Auf der Konferenz der Vertrauensleute aus den Metallbetrieben am 28.11. (etwa 100–120 Vertrauensleute) wurden die Forderungen der Vertrauensleutekörper zur Lohntarifrunde zusammengefaßt. Die Mehrheit der Kollegen forderte eine klare Erhöhung in Mark und Pfennig. Gerade in den Betrieben, wo dieses Jahr für Teuerungszulagen gestreikt worden war, Feinprüf, Zeiss, Isco und wo die Belegschaften für Teuerungszulagen eingetreten waren, Phywe und Sartorius, hatten die Göttinger Metaller aus der Streikbewegung gelernt. Auch sonst konnten die sozialdemokratischen Betriebsratsfürsten nur in harten Auseinandersetzungen in den Vertrauensleutekörpern die Mark- und Pfennig-Forderungen niederringen. Bei Zeiss, Feinprüf, Sartorius wurden 240 DM mehr für Arbeiter und Angestellte gefordert.
Auf der Vertrauensleutekonferenz wurden einstimmig angenommen:
- 9 Monate Laufzeit;
- Erhöhung der Leistungszulage bei Zeitlöhnern und Angestellten;
- Wegfall der Lohngruppe I–IV.

Über Art und Höhe der Lohnforderungen wurde aber keine Einigkeit erzielt. Obwohl mehrere Kollegen betonten, daß gerade die Mark- und Pfennig-Forderung die Einheit im Kampf gegen die Kapitalisten schafft und damit die beste Voraussetzung ist, das durchzusetzen, was die Kollegen brauchen, wandten die Vertreter der Prozent-Forderung ein, die Forderung in Mark und Pfennig sei utopisch und nicht durchsetzbar. Eine positive Begründung der Prozentforderung wußten sie nicht.

Jugendvertreter fordern

JUGENDVERTRETER : 250 DM MEHR FÜR ALLE!

Heidelberg. Jugendvertreter und Auszubildende der Metallfirmen Schmitthelm, Mecano-Bundy, Daimler-Benz und Schnellpresse trafen sich am 19.11., um die Forderungen der Auszubildenden für die anstehende Lohnrunde zu beraten. Die Kolleginnen und Kollegen einigten sich auf die Forderungen: Angleichung der Vergütung der Auszubildenden an das 4. Lehrjahr, 250 DM mehr für alle Auszubildenden.

Die Kollegen beschlossen, ihre Forderungen dem Ortsjugendausschuß (OJA) der IG Metall Heidelberg vorzulegen. Die Mehrheit des OJA Heidelberg lehnte ab, wurde aber gezwungen, die Forderung von 170 DM aufzustellen.
Mittlerweile hat die Große Tarifkommission der IG Metall Nordbaden/Nordwürttemberg die Forderungen für die Tarifrunde aufgestellt. Ganze 80 DM fordert sie für die Auszubildenden. Das ist ein Schlag ins Gesicht aller Kollegen.

Jetzt kommt es darauf an, in den Betrieben den Protest gegen das Vorgehen der Großen Tarifkommission zu organisieren.

–Betriebszelle Mecano des KBW
Ortsgruppe Heidelberg–

DGB-JUGENDGRUPPEN FÜR LINEARE FORDERUNGEN

Resolution der DGB-Jugendgruppen Öhringen und Schwäbisch Hall auf der DGB-Jugendschulung in Döttingen am 17. und 18.11.1973
Resolution der DGB-Jugendgruppe Öhringen vom 12. November 1973

"Die anwesenden gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen sind der Meinung, daß bei den anstehenden Lohnrunden lineare Forderungen in Mark und Pfennig für alle gleich gestellt werden müssen, daß in den Betrieben Mitgliederversammlungen einberufen werden sollen, um die Forderungen breit zu diskutieren und daß für den Raum Hohenlohe überbetriebliche Gewerkschaftsversammlungen notwendig sind, um über die Forderungen zu diskutieren (z.B. IG Metall am 6. Dezember).

Um die Einheit aller Arbeiter im Tarifkampf zu erreichen, sind gemeinsame Tarifverhandlungen für Arbeiter, Lehrlinge und Angestellte erforderlich.
In Anbetracht der Preissteigerungen in der letzten Zeit halten wir eine Forderung in Höhe von 1,20 DM pro Stunde für Arbeiter, 150 DM pro Monat für Lehrlinge und 250 DM pro Monat für Angestellte für angebracht.

Zudem sollte die Laufzeit des Tarifvertrages verändert werden, und zwar erstens Kürzung der Laufzeit von 12 auf 9 Monate, und zweitens Möglichkeit der Kündigung bei einer 6 %-igen Preissteigerung.

Wo es möglich ist, werden wir uns im Rahmen der gewerkschaftlichen Aktivität einsetzen für Mitgliederversammlungen und dafür, auch Unterschriften in den Betrieben zu sammeln."

IGM-Donnerblech

Bremen. Georg Benz, Vorstandsmitglied der IGM in Frankfurt, sprach am 7.11. in der Bremer Stadthalle vor IGM-Funktionären über "die gegenwärtige Tarifsituation in der BRD". Georg Benz holte aus und schlug kräftig drauf: "Karl Marx schrieb die Leitsätze zur Theorie des Mehrwerts, wir müssen den Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit bekämpfen, bis er beseitigt ist!"
Wollen die bürgerlichen Führer in der IGM jetzt den Kampf führen gegen das Kapital, es tatsächlich bekämpfen, "bis es beseitigt ist"? So kräftig die IGM-Führer auch draufhauen, sie bewahren ruhig Blut. G. Benz meinte, auf jeden Fall darf der Kampf nicht zu viel kosten. G. Benz forderte, daß nur "Schwerpunktstreiks durchgeführt werden, um nicht zu viel Geld zu verlieren". Ja, das Donnerblechschlagen, das können Benz und die anderen IGM-Führer. Wenn die Arbeiter den Kampf für Teuerungszulagen aufnehmen, schreien sie "Illegal! Gewerkschaftsfeindlich!"

Wozu brauchen die Arbeiter solche wortradikalen IGM-Führer, die den tatsächlichen Kampf verhindern? Sie sind für die Arbeiter zu nichts nütze. Um so kräftiger müssen die IGM-Führer tönen, damit den Arbeitern die Ohren dröhnen. Der tatsächliche Kampf der Arbeiterklasse für die Herrschaft wird ihnen die gutbezahlten Posten nehmen. Die IGM-Führer werden zusammen mit dem Kapital, an denen ihre Gedanken und ihr Arsch klebt, beseitigt werden. Das wissen sie. Deshalb schreien Benz und die anderen jetzt so wortradikal. Es wird ihnen nichts nützen.

»ÖTV-Kollegen verschaukelt«

ÖTV-TARIFKOMMISSION STELLT SPALTERISCHE PROZENTFORDERUNGEN AUF
INTERVIEW MIT ÖTV-BETRIEBSRÄTEN AUS DEM KREIS HEIDELBERG

In seiner Regierungserklärung vom 29. November stellte Brandt fest, eine Erhöhung über 10 % sei nicht realisierbar. Zur Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst drucken wir das folgende Interview ab.
Am 28. November stellte die große Tarifkommission der ÖTV Tarifforderungen auf: 15 % Lohn- und Gehaltserhöhung, dabei mindestens 185 DM; 300 DM Urlaubsgeld; Laufzeit 12 Monate.

KVZ: Die Große Tarifkommission der ÖTV hat für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst 15 % Lohnerhöhung gefordert. Was bedeutet diese Forderung für die Kollegen?
Antwort: Diese Prozentforderung benachteiligt die Kollegen in den unteren und mittleren Lohngruppen – und das ist die Mehrheit. Sie entspricht nicht den Forderungen in unseren Betrieben. Wir haben einheitliche Festgeldforderungen aufgestellt, um ein einheitliches Vorgehen aller Kollegen zu erreichen.

KVZ: Seit wann werden bei euch die Lohnforderungen für 1974 diskutiert?
Antwort: Im Grunde genommen seit dem letzten Tarifabschluß und der war reiner Lohnraub. Auf einer Kreismitgliederversammlung im März haben über 400 Kollegen dem anwesenden Kluncker ihre Forderung von 100 DM mehr für jeden (auch Lehrlinge und Praktikanten) pro Monat auf den Tisch gelegt.

KVZ: Wie habt ihr jetzt eure Forderungen vorbereitet und beschlossen?
Antwort: Die Vertrauensleute und eine Reihe von Kollegen haben sich mit der Preis- und Steuertreiberei der Unternehmer und des Staates genau beschäftigt und Forderungen ausgearbeitet. Diese Forderungen sind den Mitgliederversammlungen vorgelegt worden. Allein in Heidelberg haben die Mitgliederversammlungen von sieben Betrieben im öffentlichen Dienst Festgeldforderungen mit der Vertretung dieser Forderungen beauftragt.

KVZ: Wie sehen diese Forderungen aus?
Antwort: Wir haben folgende Forderungen aufgestellt:
- 250 DM mehr für jeden
- 50 DM mehr pro Kind
- 500 DM Urlaubsgeld
- 800 DM Nachzahlung für 73 (Teuerungsausgleich)
- Beseitigung der beiden untersten Lohn- und Gehaltsgruppen aus den Manteltarifverträgen
- Verkürzung der Laufzeit.

KVZ: Wie haben sich die hauptamtlichen Funktionäre der ÖTV in der Vorbereitung der Tarifrunde verhalten?
Antwort: Die Initiative zum Aufstellen der Forderungen ging selbständig von den Kollegen in den Betrieben aus. Da mußten die Funktionäre Mitgliederversammlungen zulassen. In den Betrieben, wo es keine selbständige Bewegung gab, gab es auch keine Versammlungen. Wo Versammlungen stattfanden, wurde versucht, sie möglichst klein und schwach zu halten. Die Information über die dort aufgestellten Forderungen wurde nicht verbreitet.
KVZ: Welche Forderung wurde nun in eurem Kreis verabschiedet?
Antwort: Weil in sehr vielen Betrieben die selbständige Aufstellung der Forderungen verhindert wurde, konnte sich dieses Mal noch eine spalterische Mischforderung durchsetzen, obwohl im letzten Jahr spontan eine Festgeldforderung auf der Kreisdelegiertenkonferenz verabschiedet worden war.

KVZ: Wieso konnte sich in diesem Jahr die Forderung nach Lohnerhöhung in Mark und Pfennig nicht durchsetzen?
Antwort: Das liegt in erster Linie daran, daß die Mehrheit der ÖTV-Funktionäre Mitglieder in der SPD sind. Sie treten in den Gewerkschaften verstärkt für die kapitalistenfreundliche Stabilitätspolitik dieser Partei ein. Sie stellen sich direkt gegen die Interessen der Lohnabhängigen, indem sie

Fortsetzung nächste Seite oben

Interview (Fortsetzung)

mit Tricks und organisatorischen Gewaltmitteln – Satzungsmanipulationen, Ausschlüssen und Auflösung von ganzen Abteilungen – verhindern, daß die Kollegen aus vielen Betrieben sich zusammenschließen und ihre Forderungen gemeinsam vertreten.

KVZ: Kluncker hatte noch vor dem Beschluß der großen Tarifkommission versucht, die Prozentforderung als richtige Forderung den Kollegen einzureden. Wie haben die Kollegen darauf reagiert?
Antwort: Die Kollegen waren aufrichtig empört über die Dreistigkeit dieses SPD-Fürsten. Sie merkten sofort, daß sie dieses Mal wieder verschaukelt werden sollen.

KVZ: Sehen die Kollegen einen direkten Zusammenhang der Kluncker--Prozente mit dem Beschluß der großen Tarifkommission?
Antwort: Die Forderung der Tarifkommission und Klunckers richtet sich nach den Interessen der Regierungsparteien und nicht nach den Interessen der Kollegen.

KVZ: Was schätzt ihr, wird von der Forderung übrigbleiben?
Antwort: Wie gesagt, wir sind ziemlich sicher, daß wir verschaukelt werden. Deutlich wurde uns das, als Kluncker im Fersehen "zu den Kollegen" sprach, und gewiß wurde es uns, als die Metaller in Nordrhein/Westfalen ihren 11 %-Abschluß unter Dach hatten. Jetzt ist sicher, daß es auch für uns keine 11 % mehr werden.
Angesichts dessen, daß Brandt in seiner Regierungserklärung vom Donnerstag, 29.11. klar unterstrich, daß Lohn- und Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst über 10, gar zu 15 Prozent nicht realisierbar seien, wird besonders deutlich, daß die Kollegen einer Koalition von Regierung, Unternehmern und SPD-Gewerkschaftsführung gegenüberstehen.
Aber ebenso sicher sind wir, daß noch weniger Kollegen als im letzten Jahr sich mit diesem Abschluß zufrieden geben werden. Zweifellos wird es schon bald nach den Abschluß in der Mitgliederschaft der ÖTV wieder zu Nachforderungen kommen. Unsere Aufgabe ist es jetzt, den Kollegen klarzumachen, unter welchen politischen Bedingungen solche Lohnleitlinienabschlüsse immer wieder zustandekommen. Nur so können wir den Kampf gegen Kräfte in unserer Gewerkschaft führen, die den bürgerlichen Parteien verpflichtet sind, aber nicht den Gewerkschaftsmitgliedern. Als erstes muß deshalb die Gewerkschaftsführung gezwungen werden, zu veröffentlichen, welche Forderungen sind an die große Tarifkommission aus den Kreisen gekommen und was hat die große Tarifkommission daraus gemacht.

Selbstverständlich werden wir auf Sitzungen der Vertrauensleute, auf Mitglieder- und Betriebsratsversammlungen dieses Vorgehen der genannten Kräfte scharf verurteilen.
Unser Wunsch wäre es, über die einzelnen Protestmaßnahmen im Kampf für einen besseren Lohn in der KVZ zu erfahren, damit wir alle den Lügenkampagnen der Gewerkschaftsfunktionäre begegnen können, daß der Kampf nur von einzelnen Kollegen geführt wird und es somit bisher gelungen ist, die Isolation einzelner Kollegen und Betriebe zu betreiben.

Kluncker im Fersehen "zu den Kollegen" sprach, und gewiß wurde es uns, als die Metaller in Nordrhein/Westfalen ihren 11 %-Abschluß unter Dach hatten. Jetzt ist sicher, daß es auch für uns keine 11 % mehr werden.
Angesichts dessen, daß Brandt in seiner Regierungserklärung vom Donnerstag, 29.11. klar unterstrich, daß Lohn- und Gehaltserhöhungen im
Unser Wunsch wäre es, über die einzelnen Protestmaßnahmen im Kampf für einen besseren Lohn in der KVZ zu erfahren, damit wir alle den Lügenkampagnen der Gewerkschaftsfunktionäre begegnen können, daß der Kampf nur von einzelnen Kollegen geführt wird und es somit bisher gelungen ist, die Isolation einzelner Kollegen und Betriebe zu betreiben.

Sofortiger Protest

Hamburg. Wenige Stunden nach der Tagung der Großen Tarifkommission der ÖTV trafen sich erstmals Schwestern, Pfleger und Ärzte in der ÖTV Hamburg gemeinsam im Ar-

Sofortiger Protest
Hamburg. Wenige Stunden nach der Tagung der Großen Tarifkommission der ÖTV trafen sich erstmals Schwestern, Pfleger und Ärzte in der ÖTV Hamburg gemeinsam im Ar-
beitskreis Gesundheitswesen. Der gegen die Mitgliedereschlüsse gefaßte Forderungskatalog der Großen Tarifkommission stieß auf allgemeine Empörung: Während aber die DKP-Vertreter jetzt dafür eintraten, die volle Durchsetzung der 15 % zu fordern, verabschiedete der Arbeitskreis mit 21 gegen 16 Stimmen folgendes Telegramm an die Große Tarifkommission:
"Der AKG in der Abteilung Gesundheit der ÖTV Hamburg hat beschlossen, Euch zur Revision der von Euch aufgestellten Forderung aufzufordern. Diese Forderung spaltet erstens den Kampf der Kollegen und reicht zweitens nicht aus für die Erhaltung unseres Lebensniveaus. Wir fordern dagegen die Aufstellung eines festen Netto-Betrages von 250–300 DM monatlich, der nicht nur unser aller Auskommen sichert, sondern auch die zu seiner Durchsetzung notwendige Einheit der Kollegen herstellt (angenommen mit 21 gegen 16 Stimmen)."

Als sich die ÖTV-Sekretärin Betti Lübke weigerte, dieses Telegramm zu tippen oder gar abzuschicken – und darüberhinaus finstere Drohungen ausstieß wie 'das wird Folgen für den Arbeitskreis haben' – sammelten die Kollegen spontan 33,20 DM und ein Kollege gab das Telegramm noch am gleichen Abend auf.

–Berufstätige in der SSG, Zelle Gesundheitswesen–

Kritik an ÖTV-Führung

Wolfsburg/Gifhorn, 14.11.73. Auf der ÖTV-Mitgliederversammlung sprachen sich die anwesenden 150 Kolleginnen und Kollegen einstimmig für einen einheitlichen Festbetrag von

Kritik an ÖTV-Führung
Wolfsburg/Gifhorn, 14.11.73. Auf der ÖTV-Mitgliederversammlung sprachen sich die anwesenden 150 Kolleginnen und Kollegen einstimmig für einen einheitlichen Festbetrag von
300 DM, für Lehrlinge und Erwachsene gleich, aus.
Der 1. Vorsitzende der Kreisverwaltung Gifhorn/Wolfsburg Hampel meinte "Die Wolfsburger stellen immer so hohe Forderungen auf, womit sie aus dem Rahmen fallen. Aus anderen Gebieten sind wesentlich niedrigere Forderungen bekannt und es ist illusorisch, eine solche Forderung aufzustellen, da diese niemals durchkommen wird."
Heftig kritisiert wurde von der Mitgliederversammlung der ÖTV-Vorsitzende Klunker, der sich kürzlich für eine prozentuale Anhebung der Löhne und Gehälter "von weit mehr als zehn Prozent" ausgesprochen hatte. Alle anwesenden Kolleginnen und Kollegen waren sich darüber einig, daß eine prozentuale Forderung überhaupt nicht in Frage kommt, da dabei "die niedrigen Lohngruppen immer am schlechtesten bei wegkommen und sich die Schere zwischen den niedrig und höher Verdienenden noch stärker öffne".
Um ihre Forderung auch durchsetzen zu können, beschlossen die Kollegen sofort wieder eine Mitgliederversammlung einzuberufen, sobald das Ergebnis der Forderung der großen Tarifkommission vorliegt. Sollte diese Forderung unter 250 Mark liegen oder gar eine Prozentforderung sein, so wird die Mitgliederversammlung über weitere Maßnahmen zur Durchsetzung ihrer Forderung diskutieren.
Aufbauzelle Stadtkr.haus Wolfsburg

HAMBURG

Abbau von Sozialleistungen

GRUNER & JAHR: KEINE WOCHENENDZUSCHLÄGE MEHR

Hamburg/Itzehoe. Seit Mitte Oktober diskutieren die Kollegen bei Gruner & Jahr über ein Thema: den Abbau der innerbetrieblichen Sozialleistungen, den die Geschäftsleitung für den ab 1977 geplanten Druck des Spiegels durchführen will. Diesen Auftrag wollen die Gruner-Kapitalisten mit dem Argument, dadurch sei die Auftragslage und auch die Arbeitsplätze 'auf Jahre' gesichert, zu einer besonders profitbringenden Sache machen. Deshalb wird die gesamte Produktion durchrationalisiert, um das nötige Arbeitstempo und die richtige "Arbeitsmoral" für den rentablen Einsatz geplanter Investitionen im Umfang von 60 Millionen zu schaffen.

Nachdem in den letzten Monaten systematisch Personal eingespart wird und die Maschinen schneller laufen, soll jetzt mit dem Vorwand, der Spiegel müsse wegen seiner Erscheinungsweise am Montag am Wochenende gedruckt werden, das freie Wochenende und die übertariflichen Wochenendzuschläge gestrichen werden. Und das heißt noch weitere Zerstörung des Familienlebens als schon durch die 3 Schichtenarbeit und weniger Geld.
Nachdem durch ein Flugblatt des KBW, Ortsgruppe Hamburg die Pläne der Unternehmensleitung aufgedeckt wurden, versuchte dieser, den Kollegen auf Betriebsversammlungen in Hamburg (20.10.) und Itzehoe (am 28.10.) den "Schwarzen Peter" in dieser Angelegenheit zuzuschieben, indem sie sagt, daß die Kollegen über das Ja oder Nein zum Spiegelauftrag selbst auf einer Betriebsversammlung im Dezember enscheiden müßten. Dadurch sollen die Kollegen für das 'Wohl' des Betriebes verantwortlich gemacht, und ihnen die Schuld an der Verschlechterung ihrer eigenen Lebenslage in die Schuhe geschoben werden.
Stimmen sie mit Ja, dann soll es heißen, wer A sagt, muß auch B sagen, nämlich Ja zum Abbau der betrieblichen Sozialleistungen. Stimmen sie dagegen, soll es heißen, ihr müßt dann auch in Kauf nehmen, daß ihr mehr schaffen müßt, und die Arbeitsplätze gefährdet sind.

Daran zeigt sich: Mitbestimmung im Kapitalismus ist immer nur Mitbestimmung an der Methode der eigenen Ausbeutung und Unterdrückung – nicht mehr. Darüber hinaus sollen die Kollegen zusätzlich beschissen werden, denn daß der Spiegel gedruckt wird, haben die Gruner-Kapitalisten schon entschieden, als sie 1971 25 % der Spiegel-Aktien kauften – die Abstimmung ist also nur Theaterspiel. Da die Kollegen schon einmal die Wochenendarbeit abgelehnt hatten, versuchte die Geschäftsleitung es mit einem Bonbon. 312 DM zusätzlich zu den schon gezahlten 312 DM im Rahmen des 624 DM-Sparens sollen die Kollegen einseifen, genau wie die 200 DM Netto, die zur Zeit der selbständigen Streiks im August "freiwillig" bezahlt wurden, um die Kollegen ruhig zu halten.
Aber die Kollegen haben sich auf die Frage der Geschäftsleitung gar nicht eingelassen. Ein Kollege aus Hamburg sagte auf der Betriebsversammlung "Tatsache ist, die machen mehr Profite und bauen Leistungen ab. Uns interessieren nicht betriebswirtschaftliche Fakten, sondern unsere eigene Ökonomie."
Auf die Frage eines Kollegen, ob die Kollegen der Firma ein Wochenende opfern wollten, erscholl ein einmütiges N e i n !

Die Forderung der Kollegen von Gruner & Jahr muß heißen "Wir wollen nicht Abbau, sondern Verbesserung der Sozialleistungen." Dafür zu kämpfen und eine Abstimmung über den Spiegel zu verhindern, ist die Aufgabe der nächsten Wochen.

Schichtenarbeit und weniger Geld.
Nachdem durch ein Flugblatt des KBW, Ortsgruppe Hamburg die Pläne der Unternehmensleitung aufgedeckt wurden, versuchte dieser, den Kollegen auf Betriebsversammlungen in Hamburg (20.10.) und Itzehoe (am 28.10.) den "Schwarzen Peter" in dieser Angelegenheit zuzuschieben, indem sie sagt, daß die Kollegen über das Ja oder Nein zum Spiegelauftrag selbst auf einer Betriebsversammlung im Dezember enscheiden müßten. Dadurch sollen die Kollegen für das 'Wohl' des Betriebes verantwortlich gemacht, und ihnen die Schuld an der Verschlechterung ihrer eigenen Lebenslage in die Schuhe geschoben werden.
Stimmen sie mit Ja, dann soll es heißen, wer A sagt, muß auch B sagen,
halten.
Aber die Kollegen haben sich auf die Frage der Geschäftsleitung gar nicht eingelassen. Ein Kollege aus Hamburg sagte auf der Betriebsversammlung "Tatsache ist, die machen mehr Profite und bauen Leistungen ab. Uns interessieren nicht betriebswirtschaftliche Fakten, sondern unsere eigene Ökonomie."
Auf die Frage eines Kollegen, ob die Kollegen der Firma ein Wochenende opfern wollten, erscholl ein einmütiges N e i n !
Die Forderung der Kollegen von Gruner & Jahr muß heißen "Wir wollen nicht Abbau, sondern Verbesserung der Sozialleistungen." Dafür zu kämpfen und eine Abstimmung über den Spiegel zu verhindern, ist die Aufgabe der nächsten Wochen.

Postingenieure protestieren

FERNMELDEAMT MANNHEIM

Am 5.11. fand eine Protestveranstaltung der Amtsgruppe des Fernmeldeamts Mannheim statt. Etwa 70 bis 80 Kollegen, hauptsächlich Techniker und Ingenieure, forderten die Gleichbehandlung der Ingenieure. Ein Teil der Ingenieure im öffentlichen Dienst soll ab 1.1.74 nicht mehr nach A 9 (Inspektor), sondern nach A 10 (Oberinspektor) angestellt werden. Im Sommer des vergangenen Jahres wurden die Ingenieur-Akademien in Fachhochschulen umgetauft. Der vor der Umbenennung mit dem Studium fertigwar, soll weiterhin als Inspektor bezahlt werden.
Die Politik der Deutschen Postgewerkschaft wurde kritisiert: "Die DPG wird sich Konzeptions- und Ideenlosigkeit vorwerfen lassen müssen, wenn sie diese gesetzliche Diskriminierung der technischen Dienste nicht zu verhindern weiß."
Mehrere Kollegen betonten, wenn Proteste nichts helfen würden, müßten Kampfmaßnahmen eingeleitet werden. Die Fluglotsen hätten es richtig gemacht.
(nach einem Bericht der Zelle Sparkasse/Justiz/Post, Ortsgruppe Heidelberg)

Gewerkschaft Leder

55 Pfg SIND EIN HOHN

Während die großen Industriegewerkschaften und die ÖTV Forderungen in Mark und Pfennig dadurch zu unterlaufen suchen, daß sie Prozentforderungen stellen, die auf den ersten Blick ziemlich hoch erscheinen, aber dann doch nicht durchgesetzt werden, hat die Gewerkschaft Leder eine Mark- und Pfennig-Forderung aufgestellt: 55 Pfennig mehr Stundenlohn. Selbst wenn diese Forderung voll durchkommen sollte, ist sie doch völlig ungenügend, weil der Nachholbedarf der Schuharbeiter groß ist. Ihr Tariflohn liegt in Lohn-

Gewerkschaft Leder
55 Pfg SIND EIN HOHN
Während die großen Industriegewerkschaften und die ÖTV Forderungen in Mark und Pfennig dadurch zu unterlaufen suchen, daß sie Prozentforderungen stellen, die auf den ersten Blick ziemlich hoch erscheinen, aber dann doch nicht durchgesetzt werden, hat die Gewerkschaft Leder eine Mark- und Pfennig-Forderung aufgestellt: 55 Pfennig mehr Stundenlohn. Selbst wenn diese Forderung voll durchkommen sollte, ist sie doch völlig ungenügend, weil der Nachholbedarf der Schuharbeiter groß ist. Ihr Tariflohn liegt in Lohn-
gruppe 1 bei 4,47 DM und in Lohngruppe 10 bei 5,28 DM.
1973 hatte es eine Lohnerhöhung von 38 Pfennigen gegeben. Schon dieser Abschluß hatte zu einer spürbaren Verschlechterung der Lebensverhältnisse der Schuharbeiter geführt. Sie sind der Preistreiberei der Kapitalisten schutzlos ausgeliefert. Durch die jetzige Forderung wird diese Lage noch verschärft.

Bauer Druck 250 DM Zulage

Hamburg. 250 DM brutto für alle ist das Ergebnis der Lohnauseinandersetzung bei Bauer Hamburg. Zu diesem Ergebnis ist es gekommen, nachdem die Kollegen, die anfänglich 504 DM einmalig und dann 50 Pfennig mehr in der Stunde für alle gefordert hatten, sich auf den Betriebsrat verlassen und damit die selbständige Kraft aufgegeben haben. Der Betriebsrat, der sowieso, wie auch den Kollegen bekannt war, eng mit der Geschäftsleitung zusammenarbeitet, hat der Verzögerungs- und Hinhaltetaktik der Geschäftsleitung zugestimmt. So konnte die anfängliche Kampfbereitschaft überlagert werden.
Aber dennoch: Das Ergebnis, selbst wenn es nicht das ist, was die Kollegen gefordert haben, ist nicht durch das Verhandlungsgeschick des Betriebsrates erreicht worden, sondern weil es für die Geschäftsleitung günstiger war, etwas zu zahlen, als eine noch größere Unruhe in Kauf zu nehmen.

Berichtigung

In der KVZ Nr.4 wurde berichtet, daß bei Sülter-Druck Hamburg 100 Kollegen gestreikt hätten. Das ist nicht richtig. Im Betrieb wurde eine Teuerungszulage gefordert und eine Unterschriftensammlung dazu gemacht. Die vorhandene Kampfbereitschaft wurde irrtümlich an die Redaktion bei der telefonischen Benachrichtigung als schon stattgefundener Streik weitergegeben.

Manteltarif

IG DRUCK OSNABRÜCK

Osnabrück: Am 24. November hat die Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier in Osnabrück folgendes Telegramm an die Tarifkommission zur Manteltarifrunde gesandt: "... Wir sehen als wichtigste Forderung den Schutz der gewerkschaftlichen Vertrauensleute an. Die Forderung ist unnachgiebig und vorrangig zu vertreten."

Papier und Pappe

BEZIRKSVERSAMMLUNG SPEYER: 1.30 DM MEHR

Speyer. Zum ersten Mal fand für die Mitglieder der IG Druck und Papier, die in dem Bereich der Papierverarbeitung beschäftigt sind, eine Bezirksmitgliederversammlung am 10.11. statt. Thema dieser Veranstaltung war die kommende Lohnrunde, da der Tarifvertrag am 31. Dezember ausläuft. Anwesend waren interessierte Kollegen, Vertrauensleute und Betriebsräte sowie der Landesvorsitzende der IG Druck, Schrinner.
Entschieden lehnten die Kollegen ab, noch einmal zugunsten der Stabilitätspolitik der SPD/FDP-Regierung Lohneinbußen hinzunehmen. Um einer solchen Tariflohnpolitik der Gewerkschaftsführung keine Handlangerdienste zu leisten, wurde trotz des Hinweises des Bezirksvorsitzenden einstimmig der Beschluß gefaßt, eine Forderung in Mark und Pfennig aufzustellen. Darin kam zum Ausdruck, daß die Kollegen mehr Vertrauen in die eigenen Beschlüsse setzen, als in das Versprechen der Druck und Papier Gewerkschaftsführung, diesmal eine "neue Tarifstruktur" zu erreichen.
Bei der Abstimmung um die Höhe der Forderung bekam 1,30 DM die Mehrheit. Zusätzlich wurde die Abschaffung der untersten Lohngruppe gefordert.

K.F.
Ortsaufbaugruppe Speyer

Streik gegen Landtag

Ludwigshafen. Am 28.11. streikten die Kollegen des Ludwigshafener Fuhrparks. Der Grund: am nächsten Tag sollte im Rheinland-Pfälzischen Landtag eine neue Gemeindeordnung verabschiedet werden, in der es den Gemeinden verboten wird, außertarifliche Zulagen zu zahlen.

Die Kollegen wehrten sich gegen den geplanten Abbau von Teilen ihres Lohnes (Urlaubsgeld, 50 Pfennig mehr Essensgeld, verbilligte Straßenbahnfahrkarten und billiges Benzin) mit dem Streik. Die Personalversammlung des Städtischen Krankenhauses Ludwigshafen und eine Tagung pfälzischer Betriebsräte erklärten sich solidarisch mit den Kollegen vom Fuhrpark. Nach einer zweistündigen Diskussion gingen die Kollegen auf den Vorschlag der rasch herbeigeeilten Gewerkschaftsfunktionäre ein, weiterzuarbeiten und eine Delegation zum Landtag zu schicken. Schließlich sei das ein politischer Streik und sowas sei nicht erlaubt, erklärte einer der Funktionäre.

kommunistische volkszeitung

HERAUSGEBER:
Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

für die REDAKTION verantwortlich:
Wilfried Maier

Erscheint im Verlag:
Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf
68 Mannheim
Sandhofer Straße 29
Telefon: 0621/37 92 21

DRUCK:
CARO-Druck
69 Heidelberg, Lutherstr. 44a

Die Kommunistische Volkszeitung erscheint regelmäßig 14-tägig mittwochs, Auflage: 35 000

Diese Nummer erscheint am Mittwoch, 5.12.1973

Zuschriften an die Redaktion der KVZ
68 Mannheim
Sandhofer Straße 29
Die Redaktion ist telefonisch zu erreichen unter der Nr. 0621 / 37 91 21

JAHRESABONNEMENT:
24 Nummern incl. Porto 18,00 DM
FÖRDERABONNEMENT:
24 Nummern 20,00 DM und mehr
Abonnement-Einzelbestellungen auf Konto
Ernst Ehlert
Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18

Die Zeitung wurde am Sonntag, 2.12.1973, fertiggestellt.

7 Metaller von Ausschluss bedroht

Freiburg. Vor einer Woche flatterten 7 Kollegen Briefe der Ortsverwaltung Freiburg der IG Metall ins Haus. Darin hieß es unter anderem: "Der Ortsverwaltung ist Deine Zugehörigkeit zum Kommunistischen Bund Westdeutschland in Verbindung mit der Zeitschrift 'Klassenkampf' (Betriebszeitung der Ortsgruppe Freiburg, d.Red.) bekannt. Wir teilen Dir mit, daß der Beirat der IG Metall . . . die linksextremen Gruppen und die von ihnen getragenen Publikationen zu gegnerischen Organisationen erklärt hat. Wir bitten Dich deshalb, uns durch Unterzeichnung der beiliegenden Erklärung verbindlich mitzuteilen, daß Du dem KBW **nicht mehr** angehörst und für die Zeitung Klassenkampf **nicht mehr** tätig sein wirst. Für den Fall, daß innerhalb von 14 Tagen Deine Erklärung nicht vorliegt, mußt Du mit einem Ausschluß ohne Verfahren rechnen."

Um was für Kollegen handelt es sich, die die Ortsverwaltung aus der Gewerkschaft hinaussäbeln will?

Kollege Franz Keldermann wurde vor wenigen Wochen vom Ortsjugendausschuß der IG Metall einstimmig für weitere 2 Jahre zum OJA-Vorsitzenden gewählt. Bis April 1973 war er Jugendvertreter bei der Firma Kromer, wo er nach der Lehre auf die Straße gesetzt wurde. Bei Intermetall Freiburg wurde er am letzten Tag seiner Probezeit, am 26. September, wegen seiner gewerkschaftlichen und politischen Einstellung entlassen und "ab sofort von seiner Arbeit freigestellt". Keine 2 Monate danach kommt jetzt die Ausschlußdrohung der Gewerkschaft, deren aktives Mitglied er seit Jahren ist.

Die 6 anderen Kollegen, die ebenfalls unterschreiben sollen, sind Vertrauensleute in der Uhrenfabrik Blessing in Waldkirch bei Freiburg. Die Kollegen bei Blessing hatten im Frühjahr einen Vertrauensleutekörper gebildet, damit die gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb vorankommt. Im "Roten Wecker", der Betriebszeitung des Kommunistischen Jugendbundes Waldkirch/Freiburg, wurde mehrfach gefordert, daß dieser Vertrauensleutekörper auch wirklich aktiv werden muß. Das meinten auch die 6 Kollegen und schickten einen Brief an den ersten Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle, in dem sie eine Vertrauensleutesitzung forderten und dies mit ihrer Unterschrift bekräftigten. Die Antwort: jene 6 Briefe mit der Ausschlußdrohung.



BLICK IN DIE IGM-VERWALTUNGSSTELLE FREIBURG

Die Ortsverwaltung der IGM ist damit die erste Einzelgewerkschaft in Freiburg, die die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in Freiburg anwendet, um unliebsamen Kollegen das Maul zu verbieten. In einer Situation, in der die Tarifrunde ansteht und die ersten Mitgliederversammlungen zur Aufstellung der Forderungen stattfinden, weiß sich die Gewerkschaftsführung nicht anders zu helfen, als jeden Kollegen mit Ausschluß zu bedrohen, der sich unter aktiver Interessenvertretung der Arbeiter etwas anderes vorstellt als die Gewerkschaftsführung. Sieben sollen stellvertretend für alle fortschrittlichen Gewerkschafter gemaßregelt werden.

Aber diese Kollegen stehen nicht allein. Inzwischen hat sich die Postjugend, die DGB-Jugend Waldkirch, die Jugend der Bau-Steine-Erden solidarisiert. Auf einer Veranstaltung der IG-Druck-Jugend wurden 200 Unterschriften gesammelt. Auf der IGM-Mitgliederversammlung in Emmendingen wurde ebenfalls über den Fall aufgeklärt.

Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!

–B.H.–

Ausschlussverfahren gegen 13 IG Chemie-Mitglieder

Der Verwaltungsstellenvorstand der IG Chemie Hamburg hat am Donnerstag, den 22. November, gegen 13 Gewerkschaftsmitglieder der Reichhold-Albert-Chemie AG ein Ausschlußverfahren eröffnet.

Damit soll die Kandidatur aktiver Kollegen zur gerade angelaufenen Vertrauensleutekörper-Neuwahl verhindert werden.

WARUM GREIFT DER VERWALTUNGSSTELLENVORSTAND IMMER OFFENER ZU ZWANGSMASSNAHMEN?

Schon der alte Vertrauensleutekörper war ihm ein Dorn im Auge, weil er sich nicht auf die Spielregeln einer "realistischen Tarifpolitik" festlegen ließ.

Statt der spalterischen 12 %-Forderung stellte er in der Tarifrunde 200 DM mehr für alle auf. Das war der Anlaß für den Verwaltungsstellenvorstand, den Vertrauensleutekörper am 6. März 73 wegen "kommunistischer Unterwanderung" kurzerhand aufzulösen.

Auf gewerkschaftlichen Versammlungen und Vertrauensleutesitzungen protestierten zahlreiche Kollegen gegen das Vorgehen des Verwaltungsstellenvorstandes und forderten ihn auf, unverzüglich Neuwahlen einzuleiten. Als die Neuwahl ständig verschleppt wurde, begann ein Reihe von Kollegen bei Reichhold auf eigenen Versammlungen, die brennenden Probleme im Betrieb anzupacken. Denn es gab niemand sonst, der das gemacht hätte.

Der Protest gegen ungerechte Zulagenvergaben in der Produktion und die Forderung nach Einstufung aller Handwerker in Lohngruppe 5 stieß bei der Betriebsratsmehrheit auf taube Ohren. Und der Verwaltungsstellenvorstand erklärte sich für nicht zuständig, als von Kollegen aus verschiedenen Abteilungen die Forderung nach einer Teuerungszulage erhoben wurde.

Angesichts der selbständigen Aktivität der Kollegen konnte der Vorstand nicht mehr umhin, endlich Vertrauensleutekörperneuwahlen anzusetzen, um im Betrieb nicht völlig das Heft aus der Hand zu verlieren.

Dies ist ein unbestreitbarer Erfolg der Kollegen bei Reichhold, die in den letzten Wochen an Versammlungen und Aktionen teilgenommen haben. Aber nur ein Teilerfolg! Denn von Demokratie bei der Wahl will der Vorstand nichts wissen; über Nacht wurde ein "Wahlvorstand" eingesetzt, der nur aus Befürwortern der Auflösung des alten Vertrauensleutekörpers besteht. Die Anzahl der Vertrauensleute für 750 Kollegen bei RACAG wurde auf nur 13 festgelegt. Davon stehen nur 5 wirklich zur Wahl, da 8 Plätze für Betriebsratsmitglieder und Jugendvertreter automatisch reserviert sind.

Daraufhin forderten die 13 Kollegen, die jetzt vom Ausschluß bedroht sind, daß die Zahl der Vertrauensleutemitglieder erhöht und eine Mitgliederversammlung zur Vorbereitung der Wahl durchgeführt wird.

Zwar kam der Vorstand an der geforderten Mitgliederversammlung nicht vorbei, aber gleichzeitig veröffentlichte er die Namen der Kollegen im Betrieb. Dies kommt praktisch einer Aufforderung an die Geschäftsleitung gleich, die betreffenden Kollegen rauszufeuern.

Das Ausschlußverfahren folgte prompt 7 Tage später. Die Begründung des Verwaltungsstellenvorstandes lautet:

- Teilnahme an "außergewerkschaftlichen Versammlungen";
- aktive Unterstützung "antidemokratischer Bestrebungen";
- "nachweisliche" Unterstützung "griechischer Organisationen".

Richtig ist dagegen: auf ihren Versammlunge haben die Kollegen ihre Interessen gegenüber der RACAG-Geschäftsleitung zur Sprache gebracht. Das liegt im Interesse unserer Gewerkschaft; "außen vor" steht ein Verwaltungsstellenvorstand, der die Forderungen der Kollegen ignoriert. Die Kollegen haben auch keine antidemokratischen Bestrebungen unterstützt. Oder ist es antidemokratisch, sich für die Interessen seiner Kollegen einzusetzen und die nötigen Schritte zur Gewährleistung demokratischer Neuwahlen zu diskutieren?

Die Kollegen haben keine gegnerische Organisation unterstützt. Oder haben sie sich etwa für Unternehmerinteressen eingesetzt? Sie haben sich, ohne auf die politische Richtung zu sehen – egal, ob parteilos, Sozialdemokrat oder Kommunist – zusammengetan, um im Sinne der Einheitsgewerkschaft die Interessen der Arbeiter gemeinsam zu vertreten.

Der SPD-Gewerkschaftsvorstand versucht jetzt mit dem Ausschlußverfahren für seine politischen Anhänger im Betrieb die Mehrheit im neuen Vertrauensleutekörper zu retten. Das ist ein Versuch, unsere Einheitsgewerkschaft zu zerstören.

Immer mehr Kollegen lehnen solche "Interessenvertreter", die Denunziation und Ausschlüsse unterstützen, ab. Es werden bereits Unterschriften für die Zurücknahme aller Ausschlußverfahren gesammelt.

Zelle Reichhold des KBW
Ortsgruppe Hamburg

Jugendgruppen aufgelöst

REAKTIONÄRE GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG SCHLÄGT ZU

Wiesbaden, 29.11.73. Nach Beschluß des Kreisvorstandes der ÖTV Wiesbaden vom 12.11. sollten die Betriebsgruppenvorstände der Stadtverwaltung eine Empfehlung aussprechen bezüglich der Auflösung der Betriebsjugendgruppen. Dieser Empfehlung wollte sich der Kreisvorstand anschließen.

Am 28.11. fand diese Versammlung der Betriebsgruppen-Vorstände statt, ca. 75 Anwesende. Der Antrag der Betriebsgruppe Schulamt war: die Betriebsjugendgruppe Stadtverwaltung wird aufgelöst und in die bestehenden Betriebsjugendgruppen "integriert" (Betriebsjugendgruppen-Mitglieder sind automatisch Mitglieder der Betriebsgruppe, wo sie arbeiten). In der Begründung wurde die Betriebsjugendgruppe, die sich entschieden für die Interessen der Kollegen eingesetzt hatte, diffamiert: Teile der Betriebsjugendgruppe seien linksfaschistisch und linksfaschistische Gruppen dürfen nicht in der Gewerkschaft geduldet werden. Die Beschlüsse des DGB zum Ausschluß von Kommunisten in den Gewerkschaften müßten Anwendung finden.

Die Betriebsgruppe Jugendamt stellte den Antrag, daß vor der Abstimmung über diesen Antrag eine Betriebsgruppen-Versammlung stattfinden müsse. Aber der Antrag auf Auflösung wurde mehrheitlich angenommen.

Der Arbeitskreis junger Gewerkschafter der IG Chemie, der sich aus Kollegen von Kalle und Albert zusammensetzt, wurde am 29.11. aufgelöst. Er hatte sich schon am 22.11. in einer Resolution mit der ÖTV-Betriebsjugendgruppe solidarisch erklärt, die Beschlüsse des ÖTV-Kreisvorstandes gegen die Betriebsjugendgruppe aufs Schärfste verurteilt und eine Resolution an die Veranstaltung der KBW-Ortsaufbaugruppe Wiesbaden "Solidarität mit dem griechischen Volk" geschickt.

Am 26.11. hat der Ortsverwaltungsvorstand den Ortsjugendausschuß der Deutschen Postgewerkschaft mit sofortiger Wirkung aufgelöst. Auch dieser Ortsjugendausschuß stand dem Ortsvorstand quer im Hals. Auf der letzten Jahreshauptversammlung Postamt hatten Kollegen des OJA 300 DM Festbetrag für die Tarifrunde gefordert, was dann auch beschlossen wurde.

Schickt Protestresolutionen an den Ortsverwaltungsvorstand der DPG Wiesbaden!

Zelle Post der Ortsaufb.gr.Wiesbaden

Ausschluss abgelehnt

Hamburg. Die Vertrauensleuteversammlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) am 28.11. hat den vom geschäftsführenden Ausschuß der GEW beantragten Gewerkschaftsausschluß gegen Marita Hindemith und Peter Altenburg mit 216 zu 207 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt! M. Hindemith und P. Altenburg waren im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Protokolls einer geheimen Sitzung von Behördenvertretern und Studienseminarleitern vom Dienst suspendiert worden. Ohne die beiden auch nur anzuhören, ohne Rücksicht auf die Meinung der GEW-Mitglieder, hatte der geschäftsführende Ausschuß als treuer Gehilfe der Berufsverbotepolitik des Hamburger Senats gegen M. Hindemith und P. Altenburg wegen "Grundgesetzfeindlichkeit und gewerkschaftsschädigendem Verhalten" den Antrag auf Ausschluß gestellt.

Welchen Erfolg dieses Ereignis für den Schulkampf und für die Isolierung der Vorstandslinie in der GEW bedeutet, wird noch deutlicher, wenn man überlegt, daß die Vertrauensleutevollversammlung bisher ein Gremium war, das fest in der Hand des Vorstands lag, und daß der Vorstand selbst und eine Reihe von Schulräten dort mit über 30 Stimmen für den Ausschluß vertreten waren. 40 Kollegen ergriffen auf der Sitzung das Wort: Fast alle, die für Marita Hindemith und Peter Altenburg Partei ergriffen, konnten sich dabei auf ein Votum ihrer Dienststelle stützen, hingegen niemand von denjenipen, die für den Ausschluß eintraten.

Der Vorsitzende der GEW Hamburg, Wunder, zitierte ständig aus der Gewerkschaftsresolution des KBW. Wenn er versuchte, daraus ein Schreickgespenst zu machen, daß die Kommunisten für die **Einheitsgewerkschaften** sind und anstreben, diese als Instrument im Klassenkampf zu nutzen und für den Kommunismus zu erobern, so zeigt die Wirklichkeit doch nur, daß diese Politik richtig und erfolgreich ist.

ITT verklagt Arbeiter auf 50 000 DM

Die Arbeiter des Zweigwerkes Gifhorn (ca. 4 000 Beschäftigte) der Alfred-Teves-GmbH, einer Tochtergesellschaft der ITT, haben Ende August einen selbständigen Streik geführt (siehe dazu KVZ Nr.2).

Der Streik endete zwar äußerlich mit einer Niederlage für die Arbeiter, da er nach kurzer Zeit zerschlagen wurde. Er hat jedoch die Verhältnisse in einem bedeutenden Maß in Bewegung gebracht. Eine Unterschriftensammlung für die Einberufung einer außerordentlichen Betriebsversammlung kurze Zeit nach dem Streik brachte z. B. innerhalb kürzester Zeit weit über Tausend Unterschriften. Fast allen war klar, daß eine Betriebsversammlung zu diesem Zeitpunkt eine Wiederaufnahme des Streiks bedeutet hätte. Durch eine gezielte Verzögerung der Einberufung der Betriebsversammlung und die Zahlung einer Teuerungszulage von 50 Mark monatlich gelang es der Geschäftsleitung jedoch, ein erneutes Aufflammen des Kampfes zu verhindern.

Da man gegenüber der Gesamtbelegschaft keine großen Druckmöglichkeiten hat, verlegt man sich auf eine andere Methode der Einschüchterung: Herausgreifen von einzelnen und exemplarische Bestrafung.

Direkt nach dem Streik wurden zwei Maschinenarbeiter aus der Abteilung Trommelbremsen "beurlaubt" und erhielten Hausverbot. Einer der beiden legte Klage ein, als er fristlos gekündigt wurde. Am 16. November erhielt er daraufhin von der Firma Teves ein Schreiben folgenden Inhalts:

"Sehr geehrter Herr Schuleit,
Sie sind wegen Ihrer aktiven Beteiligung an den Arbeitsniederlegungen vom 29.8.1973 und den folgenden Tagen von uns fristlos entlassen worden.
Wie im Kündigungsschreiben bereits angekündigt, machen wir Sie hiermit für den uns aus diesen Arbeitsniederlegungen entstandenen Schaden haftbar. Der uns entstandene Produktionsausfall mußte durch Überstunden mit den entsprechenden Zuschlägen nachgeholt werden. Außerdem entstanden weitere Aufwendungen durch zusätzliche Stunden des Werkschutzes sowie durch Lohnzahlungen an arbeitswillige Arbeitnehmer, die wir zur Vermeidung einer Ausweitung der Unruhen vornehmen mußten.
Insgesamt ergibt sich hieraus eine Summe von 74 694,20 DM, von der wir hiermit 50 000 – DM geltend machen."

Die Klage wird im wesentlichen damit begründet, daß der Kollege S. "Anführer jenes Streiks" gewesen sei. Die "Beweise" für diese Behauptung sind jedoch in den meisten Punkten frei erfunden.

Was für ein Einfall – von einem Arbeiter die Bezahlung des Werkschutzes und der Streikbrecher zu verlangen!

Doch wenn man genau nachdenkt, dann kommt einem diese Forderung gar nicht mehr so absonderlich vor. Müssen wir Arbeiter denn nicht immer den Werkschutz bezahlen, werden nicht die Bestechungsgelder für Meister und Vorarbeiter immer aus unseren Taschen geholt?

Die Forderung ist kein besonders makabrer Einfall von Juristen-Hirnen, sie ist tägliche kapitalistische Realität.

Bisher hatte die reaktionäre Rechtssprechung der Arbeitsgerichte für den einzelnen Arbeiter schlimmstenfalls die Folge, daß er mit einer Klage auf Wiedereinstellung vor dem Gericht abgewiesen wurde. ITT begnügt sich damit nicht mehr, der Konzern will, daß die Beteiligung an Streiks in Zukunft als eine Art Schwerverbrechen geahndet wird. Der Arbeiter, der einmal gegen die Kapitalisten aufbegehrt hat, soll lebenslänglich für den Konzern zahlen. **Der Angriff auf das Streikrecht muß zurückgewiesen werden, die Verurteilung des Kollegen Schuleit verhindert werden!**

–Betriebszelle Teves–



Kampf der Mieter

KAMPF DEN MIETERHÖHUNGEN DER STÄDTISCHEN WOHNUNGSBAUGESELLSCHAFTEN / DER KAMPF DER MIETER WIRD WEITERGEFÜHRT

Vor fast einem Jahr kündigten zwei Frankfurter Wohnungsbaugesellschaften – die "Aktienbaugesellschaft für Kleine Wohnungen" (ABG) und die "Hellerhof AG" – ihren ungefähr 10 000 Mietparteien enorme Mieterhöhungen zum 1.1.1974 an: Durchschnittlich sollen die Mieten um 30 % erhöht werden, in vielen Fällen über 50 %!

Diese Gesellschaften befinden sich zu fast 100 % in städtischem Eigentum und damit in den Händen der Sozialdemokraten. Besonders betroffen von dieser sozialdemokratischen Preistreiberei sind viele ältere Menschen und Rentner, die wegen ihrer kleinen Einkommen sehr auf billige Wohnungen angewiesen sind.

Die Ankündigung der Mieterhöhung und deren Begründung löste bei den Mietern große Empörung aus. Die Mieterhöhung sei notwendig, um Reparaturen durchzuführen und steigende Reparaturkosten zu bewältigen. Dabei ist es in den vergangenen Jahren immer so gewesen: Einmal haben die Gesellschaften überhaupt nur sehr selten reagiert, wenn die Mieter dringende Reparaturen anmeldeten. Viele Mieter haben deshalb die Reparaturen selbst durchgeführt, weil sie nicht mit kaputten Fenstern und defekten Badeöfen leben wollten. Oder es wurden Reparaturen durchgeführt in solchen Häusern, die dann ein halbes Jahr später abgerissen wurden.

So konnte die Mieterhöhung nur bedeuten, daß diese beiden Gesellschaften ihren bürokratischen Verwaltungsapparat – Posten für die SPD – munter weiter füttern und daß der schon bestehende Verwaltungskostenaufwand von über 30 % wohl noch nicht groß genug war.

WIE SETZTEN SICH DIE MIETER ZUR WEHR?

Den Mietern aber ist die Mieterhöhung und die dadurch gespeiste weitere Vergrößerung und Aufblähung des Apparates entschieden zu groß. Zwar versuchten die sozialdemokratischen Vorstände bei ABG und Hellerhof AG und die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion ihr Bestes, um die Empörung zu beschwichtigen und die Kampfmaßnahmen abzuwiegeln. Das gelang aber nicht.
Auf mehreren großen Mieterversammlungen mit teilweise über 1 500 Menschen beschlossen die Mieter die Wahl von Mieterräten und die bedingungslose Zurückweisung der Mieterhöhungen. In Protestversammlungen in den Stadtteilen wurden gemeinsame Erklärungen gegen die Mieterhöhung abgegeben und ausführlich besprochen, wie bereits gegebene Zustimmungserklärungen zur Mieterhöhung gemeinsam zurückgenommen werden könnten.

Über 1 500 Mietparteien haben die Zustimmung gar nicht erst gegeben! Neben den Versammlungen im Stadtteil organisierten die Mieterräte auch eine Demonstration durch Frankfurt. Mit ihren Parolen:
- Weg mit den Mieterhöhungen!
- Schluß mit Bodenspekulation und Mietwucher!
- Mieterhöhung ist Lohnraub!
- Preiserhöhungen sind die sozialen Reformen der SPD!

gaben sie Ziel und Richtung ihres Kampfes an. Dieser Kampf richtet sich gegen die Sozialdemokraten in Stadtverwaltung und Vorständen der ABG und Hellerhof AG und deren Angriffe auf das Lebensniveau der arbeitenden Bevölkerung und ihre Versuche, die demokratischen Rechte der Mieter einzuschränken: Die Wohnungsbaugesellschaften erkannten die gewählten Mieterräte nicht an. Im Gegenteil, sie setzten sich mit den etablierten Mietervereinen in Verbindung, die prompt einen Kuhhandel anfangen wollten und 15 % Mieterhöhung zustimmten! Diese Mietervereine, in denen sich die DKP stark macht, lehnten auch damit die Zusammenarbeit mit den gewählten Mieterräten ab und stellten sich so eindeutig auf die Seite der Gesellschaften und der Politik der Sozialdemokraten.

Als im Sommer die Wohnungsbaugesellschaften angefangen hatten, ca. 1 500 ABG- und ungefähr 200 Hellerhof-Mieter auf Zahlung der Mieterhöhung zu verklagen, waren sie damit selbst vor den bürgerlichen Gerichten auf den Bauch gefallen Allerdings hat das Gericht nicht die Mieterhöhung für die werktätige Bevölkerung als untragbar erklärt, sondern den Gesellschaften lediglich formale Verfahrensfehler bei der Erhöhung nachgewiesen. Mit Hilfe der Gerichte kann man auf die Dauer die Mieterhöhungen nicht abwehren.
Seit Anfang des Herbstes versucht nun der Zentrale Mieterrat mit der Kampagne "Keiner zahlt die Mieterhöhung" auch diejenigen Mieter, die bereits Anfang des Jahres – meistens aus Angst vor Kündigung – unterschrieben hatten, zu mobilisieren und für den gemeinsamen Kampf zu gewinnen. Ab 1.Januar sollen alle nur die bisherige Miete weiterzahlen.
Ebenfalls sollen auf Listen alle Mängel der Wohnungen und Häuser zusammengestellt werden. Bei großen Mängeln und nicht gemachten Reparaturen werden die Mieter von sich aus die Miete herabsetzen. Doch trotz der immer schlechteren Lage der arbeitenden Bevölkerung angesichts von Lohnraub und Preistreiberei warten noch viele Mieter ab, weil sie zur Zeit nicht sehen, wie der Kampf weitergeführt werden kann. Die meisten beteiligen sich nicht mehr tätig an der Kampagne, sondern halten sich zurück.
Woher kommt das? Die Mieter haben wieder einmal sehr schlechte Erfahrungen gemacht mit großsprecherischen Solidaritätserklärungen der Jusos und so mancher Sozialdemokraten, die dann klammheimlich die Mieterhöhung selber unterschrieben haben. Viele der Mieter sind auch unsicher geworden durch die geschickte Taktiererei der Vorstände der Gesellschaften.
Nachdem die ABG im Sommer die ersten Prozesse verloren hatte, schickte sie allen Mietern einen Brief, in dem sie von sich aus darauf verzichtete, vor dem Ausgang der Prozesse Anfang nächsten Jahres die höhere Miete schon ab 1.1.1974 einzuziehen. Damit wollte die ABG zweierlei erreichen. Einmal sollte verhindert werden, daß die Mieter, die Anfang dieses Jahres schon ihre Zustimmungserklärung zur Mieterhöhung gegeben hatten, diese in der Weise zurückziehen, daß sie die Einzugsermächtigung von ihrem Bankkonto zurückziehen.

Demonstration gegen Mieterhöhungen in Frankfurt

Auf so eine juristisch unverbindliche Zusicherung können sich die Mieter aber auf gar keinen Fall einlassen. Denn zum Beispiel in Hamburg ist eine **gewerkschaftseigene** Wohnungsbaugesellschaft, die SAGA, genauso vorgegangen und hat prompt die **höhere** Miete von den Bankkonten abgebucht!

Genauso wichtig war dem ABG-Vorstand mit diesem Brief jedoch auch der Versuch, die Mieter auf die Anerkennung der Gerichtsurteile zu verpflichten.
Noch ein weiterer Grund, warum viele Mieter sich zur Zeit sehr abwartend verhalten, liegt darin, daß dies die erste große Widerstandsaktion war und deshalb kaum einer der Beteiligten vorher Erfahrungen hat sammeln können, wie so ein Kampf gegen die Mieterhöhung zweier großer Wohnungsbaugesellschaften geführt werden kann.

Trotz dieser augenblicklichen Situation bestehen aber die **Gründe** für die Unzufriedenheit und Kampfbereitschaft der Mieter weiterhin. Deshalb wird es den Wohnungsbaugesellschaften und den Sozialdemokraten in ihren Vorständen auch nicht gelingen, den Kampf einzuschläfern und in Vergessenheit geraten zu lassen. Im Gegenteil. Die Mieter werden aus den Erfahrungen, die sie gemacht haben, lernen:
Niemand wird sich von den Sozialdemokraten mehr Versprechungen machen lassen. Die Mieter haben erfahren, daß nur das Vertrauen in die eigene Kraft Erfolge schafft. Niemand wird sich mehr auf Zusicherungen und Lügenmärchen der Wohnungsbaugesellschaften einlassen, denn denen liegt nichts an der Lebenslage der werktätigen Bevölkerung. Und niemand darf sich mit den Urteilen der bürgerlichen Gerichte zufrieden geben, die in der nächsten Instanz unter Umständen keinen "Formfehler" der Gesellschaften mehr entdecken und dann nur noch auf "rechtlichem" Weg die Interessen der Wohnungsbaugesellschaften durchsetzen werden.

Auch wenn die Mieterhöhung doch noch durchgedrückt wird, besteht für die ABG- und Hellerhof-AG kein Grund zum Jubel. Bei der nächsten Mieterhöhung, die so sicher ist wie der nächste Winter, werden die Mieter dank ihrer Erfahrungen bessere Ausgangsbedingungen haben.
Die Mieter werden sich einreihen in die breite Bewegung der selbständig streikenden Arbeiter in der ganzen Bundesrepublik, die auch nicht mehr auf Tariffrieden und Interessenvertretung der Gewerkschaftsführer bauen, sondern sich selber holen, was sie brauchen. Dazu hat der Zentrale Mieterrat der ABG- und Hellerhof-AG Mieter ein Beispiel gegeben, indem er Solidaritätsadressen an die selbständig streikenden Arbeiter an Rhein und Ruhr im Sommer schickte und ebenso den Kampf der Hausbesetzer im Frankfurter Westend gegen Wohnraumzerstörung in einer Grußadresse unterstützte.

KBW - Ortsgruppe Frankfurt, Aufbauzelle
Stadtteile Nordend/Bornheim

NEUE HEIMAT, das kapitalistische Geschäft mit Gewerkschaftsgeldern

In der Funktionärskonferenz der IG Metall Nordwürttemberg/Nordbaden am 29.September in Heilbronn ist dem Bezirksleiter Steinkühler klar gesagt worden, daß das Gerede, für einen Streik würden die Gelder nicht reichen, bei den Kollegen nicht mehr ankommt: "Wenn es heißt, daß das Geld nicht langt für den Streik, man kann auch mal die Gelder der größten Wohnungsbaugesellschaft der Welt – gemeint: Neue Heimat – anzapfen!"
Der Umsatz der 'Neue Heimat – Gemeinnützige Wohungs- und Siedlungsgesellschaft' betrug 1971 2,44 Milliarden, das bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 27,3 %, der Umsatz der 'Neue Heimat Städtebau' lag im gleichen Jahr bei 1 Milliarde DM, bei einer Steigerung von 58 % gegenüber dem Vorjahr!

Die Neue Heimat wurde 1924 als "Deutsche Wohnungsfürsorge" von den Gewerkschaften aus Mitgliedsbeiträgen gegründet. Während des Faschismus wurde sie der "Arbeitsfront" eingegliedert und seit 1950 ist sie wieder im Besitz der Gewerkschaften. Das Stammkapital gehört dem DGB und den Einzelgewerkschaften. Heute ist die Neue Heimat eine der mächtigsten Unternehmensgruppen auf dem Bausektor, bestehend aus:
- Neue Heimat, Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft m.b.H.;
- Neue Heimat Städtebau GmbH, mit den Tochtergesellschaften: Neu e Heimat International, Neue Heimat Kommunal, Neue Heimat Interconsult

Die Vorstände beider Gesellschaften sind identisch, Vorstandsvorsitzender ist A.Vietor.

EXTRAPROFITE DURCH KOMMUNALE AUFTRÄGE UND BODENSPEKULATION

In den jeweiligen Aufsichtsräten sitzen außer Vorstandsmitgliedern der Gesamtunternehmensgruppe Direktoren der Bank für Gemeinwirtschaft, die ebenfalls den Gewerkschaften gehört und die viertgrößte Bank der BRD ist. Dann Vertreter des DGB und der Einzelgewerkschaften vom Bezirksleiter aufwärts. Schließlich Vertreter der Stadtbürokratien, in deren Stadt gebaut wird. Viele Oberbürgermeister und Oberbaudirektoren machen mit der Neuen Heimat gemeinsame Sache. So sitzt zum Beispiel Heidelbergs Oberbürgermeister Zundel im Aufsichtsrat der Neuen Heimat Baden-Württemberg, deren größtes Projekt derzeit der Bau der Heidelberger Trabantenstadt Emmertsgrund ist. Und wenn sich das Gewerkschaftsunternehmen seiner "guten Beziehungen zur Kommunalpolitik" rühmt, heißt das: Bevor andere Firmen von lokalen Bebauungsplänen Wind bekommen, sind ihre Kollegen von der Neuen Heimat schon an der Arbeit! Oder, was gerade in Mannheim passiert: Bevor überhaupt ein Gebiet zum Baugebiet erklärt wird, sind die Strohmänner von der Neuen Heimat da, kaufen von Landwirten und Kleingärtnern zu Spottpreisen das Land auf. Die Neue **Heimat weiß, daß sie, ist sie erst mal** im Besitz großer Flächen Land, dessen Umwidmung in Bauerwartungsland jederzeit durchsetzen kann.

WAS HEISST "GEMEINNÜTZIG"?

Der gemeinnützige Charakter von Wohnungsunternehmen heißt nichts weiter, als daß sie bestimmte Steuervorteile genießen, d.h. keine Körperschafts- und keine Gewerbesteuer zu zahlen haben und einen jährlichen Gewinn von nur 4 % des Stammkapitals an die Aktionäre ausschütten dürfen. Den Rest der jährlichen Riesengewinne müssen sie also wieder investieren. Diese Gelder können also auf keinen Fall den Streikkassen zugute kommen. Die Neue Heimat darf außerdem nur solche Mieten von ihren Mietern verlangen, die der Staat für den sozialen Wohnungsbau vorschreibt. Aber was heißt das? Die kapitalistische Kalkulation ist für diese Sozialmieten genauso Grundlage wie für die Berechnung jeder anderen Miete. Der Vorteil liegt daher auf der Seite des Vermieters, also der Neuen Heimat, der nämlich die Profite gesetzlich vorgeschrieben werden. Das ist der ganze Witz bei den Sozialmieten. Für die Entwicklung der Neuen Heimat zum Weltkonzern bildet dieses Verfahren die Grundlage.

So hat sich der Wohnungsbestand der Neuen Heimat von 200 000 im Jahr 1963 auf 400 000 Ende 1971 entwickelt, d. h., daß heute über 1,5 Millionen Menschen in Mietwohnungen der Neuen Heimat wohnen. Die Bautätigkeit ist aber weitaus höher und hat ihren Schwerpunkt im Bau von Eigentumswohnungen und kommunalen Einrichtungen, weil hier höhere Gewinne erzielt, die Preise diktiert werden können.

EXPANSION AUF DEM WELTMARKT – DAS GESCHÄFT MIT DEM STÄDTEBAU

Für die Neue Heimat bedeutete der Zwang zur Investition auch die Schaffung neuer Märkte, zunächst im Ausland. 1962 wurde die Neue Heimat International gegründet, als Beteiligungsgesellschaft für ausländische Unternehmen. Die Beteiligung am Grundkapital liegt von 50 % aufwärts. Aufgaben sind: Wohnungsbau, von Kleinsiedlungen zu ganzen Stadtteilen, Verwaltungs-, Ferien-, Einkaufs- und Kongresszentren, Bürohäuser usw. Heute gibt es Beteiligungsgesellschaften in 10 Ländern: Frankreich, USA, Italien, Luxemburg, Belgien, Großbritannien, Kanada, Israel, Mexiko und Venzuela. Verhandlungen mit weiteren Ländern sind im Gange. Mittler und Verhandlungspartner sind meist die Gewerkschaften.

In der BRD wurde 1969 die Neue Heimat Städtebau gegründet. Sie übernimmt die Sanierung ganzer Städte und den Neubau von Städten. In Hamburg wird jetzt eine Trabantenstadt für 80 000 Einwohner von der Neuen Heimat aus dem Boden gestampft. Die Verfilzung mit den Kommunal- und Landesbehörden wird noch enger. Und die Manager der Neuen Heimat erklären dazu: "Die Neue Heimat sieht sich als großes Dienstleistungsunternehmen, das dem öffentlichen Bauherrn mit Rat und Tat, mit Planung und Durchführung, und, wenn notwendig, auch mit Finanzierung zur Seite steht." Das Städtebauförderungsgesetz liefert dafür den gesetzlichen Rahmen.

Das letzte Glied in der Kette ist die Neue Heimat Interconsult. Die Aufgaben dieser Gesellschaft sind umfassende Beratungs- und Planungstätigkeit in Entwicklungsländern, zum Beispiel im Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung oder des Im- und Exports. Als Weltkonzern nimmt die Neue Heimat somit Teil an der Ausbeutung und Ausplünderung der Völker der Dritten Welt.

Wir sehen: Das einzige Prinzip dieses gewerkschaftseigenen Konzerns ist der Profit. Je höher der Profit, desto besser, erklären die Gewerkschaftsfunktionäre in den verschiedenen Aufsichtsräten und den Direktionsetagen dieses Weltkonzerns. Wir sehen, wie dieser Profit erwirtschaftet wird. durch staatliche Aufträge, durch immense Bodenspekulation und durch ein rücksichtsloses Diktat der Mieten. Das Unternehmen, das mit den Beiträgen der Gewerkschaftsmitglieder geschaffen wurde, steht jetzt als Vermieter den Kollegen gegenüber und verlangt von ihnen Mieten, die sie immer weniger zahlen können! Die Neue Heimat nützt die gespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt rücksichtslos aus und trägt damit direkt zur Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage vieler Arbeiterfamilien bei.
Wurden am Anfang der Gewerkschaftsbewegung noch Unterstützungs- und Sterbekassen, Spar- und Darlehensvereine, Bau- und Konsumgenossenschaften mit dem Anspruch der Solidarität und Selbsthilfe gegründet, so nehmen die gewerkschaftseigenen Konzerne wie die Neue Heimat oder die Bank für Gemeinwirtschaft heute Teil an der weltweiten Ausbeutung und Ausplünderung des Proletariats und der unterdrückten Völker.

–R.N./D.T.–

BASF-Kernkraftwerk

LESERBRIEF / ATOMARE UMWELTVERGIFTUNG

Genossin U. B. aus Bremen hat den Artikel "Großverschmutzer Kraftwerk Fechenheim" (KVZ Nr. 5, S. 16) kritisiert. Sie schreibt u. a.:
"Wie könnt ihr in Eurem durch und durch berechtigten Protest gegen den Bau des Großkraftwerkes Fechenheim völlig kritiklos das folgende Zitat aus der (bürgerlichen) Zeitung Offenbachpost, 17.7.73, übernehmen: 'Mit anderen Worten: Rund um das Ballungsgebiet Rhein-Main-Kinzig werden Kernkraftwerke gebaut, die rund 8 400 MW Leistung bringen, ohne die Umwelt zu verseuchen. Was soll unter diesen Umständen in einem Gebiet, das von rund 1,5 Millionen Menschen bewohnt wird, eine solche 'Dreckfabrik'?
Genossen, diese Aussage ist unhaltbar. Noch unhaltbarer ist es, daß eine kommunistische Zeitung so ein Zitat aus der bürgerlichen Presse kritiklos übernimmt! Das ist Irreführung der Massen, Verbreitung falscher Informationen...
Kernkraftwerke stellen keine tragbare Alternative gegen konventionelle Kraftwerke mit direkt sichtbarem und wahrnehmbarem Schadstoffausstoß dar, sie verseuchen sehr wohl die Umwelt und es ist beim jetzigen Stand der Forschung in diesem wissenschaftlichen Bereich unverantwortlich, gerade in Ballungsgebieten solche Kernkraftwerke zu bauen."

Die Kritik ist richtig, das zeigt auch der folgende Artikel zum Kernkraftwerk der BASF.

Ludwigshafen. Die BASF will mitten im Ballungsraum Mannheim-Ludwigshafen ein Atomkraftwerk bauen. Die Pläne dafür sind bereits seit fünf Jahren entwickelt. Doch das Genehmigungsverfahren zieht sich in die Länge. Viele Einsprüche sind vor allem von seiten der Bevölkerung und der Umweltschutzverbände gegen den Bau dieses Atomkraftwerks mitten in Ludwigshafen erhoben worden. Der Widerstand breiter Bevölkerungsteile richtet sich besonders gegen die Auswirkungen, die eine derartige Atomfabrik auf das Leben und die Gesundheit der Bewohner dieses Raumes haben würde, und gegen die akuten Gefahren bei Unfällen in und um den Reaktor (man denke nur an die BASF-Explosionsunglücke, wo z.B. 1948 200 Menschen ihr Leben verloren).

Bei der Verfolgung ihrer Atompläne tun die BASF-Bosse so, als gebe es überhaupt keine Sicherheitsprobleme.

Folgende Tatsachen werden von den Kapitalisten einfach übergangen:
– Gefährdung von 500 000 Menschen bei nicht auszuschließenden Betriebsstörungen des Atomkraftwerks, wie sie zum Beispiel in Norddeutschland auch bei einem "sicheren" Kraftwerk passierten, wenn radioaktive Strahlung frei wird. Es wurde festgestellt, daß nur 1 % der im Reaktor befindlichen Spaltprodukte nach außen dringen müssen, um die radioaktive Verseuchung einer mittleren Atombombe zu bewirken.

Atomkraftwerke machen zwar keinen Gestank, setzen aber unsichtbare radioaktive Gifte frei. Die können die menschlichen Erbsubstanzen verändern und sind nur langsam abbaubar (bis 20 000 Jahre). Die laufend freiwerdenden radioaktiven Abgase, die so ein Werk abläßt, erhöhen die natürliche Radioaktivität und führen zu einer Erhöhung der Krebs- und Leukämiefälle in der Bevölkerung. Forscher der Universität Kalifornien stellten fest, daß bei Ausschöpfung der gesetzlich erlaubten Toleranzdosis pro Jahr in der BRD etwa 4 000 bis 8 000 zusätzliche Krebs- und Leukämiefälle zu erwarten sind. Dazu wäre noch mit 20 000 bis 200 000 Extratodesfällen infolge von Erbschäden zu rechnen.

Das Kühlwasser für ihren Reaktor holen die BASF-Kapitalisten aus dem Rhein, der dadurch noch mehr aufgeheizt, bald so warm und verdreckt sein wird, daß eine biologische Selbstreinigung nicht mehr erfolgt und er "umkippt". Die Folgen für das Leben im und am Fluß wären katastrophal.

Alle Proteste und Widerstände der Bevölkerung in den Wind schlagend, haben Timm (der Vorstandsvorsitzende der BASF) und Gesellen sich jetzt wieder verstärkt daran gemacht, so schnell wie möglich ihr Projekt durchzusetzen. Mit der angeblichen "Energiekrise" im Rücken versuchen sie jetzt der Öffentlichkeit die Notwendigkeit eines Atomkraftwerks in Ludwigshafen zu verdeutlichen.

Dabei haben dieselben Kapitalisten, die jetzt von Energiemangel reden, vor Jahren die Kohleförderanlagen stillgelegt und Zehntausende von Bergarbeitern auf die Straße geworfen. "Kohlekrise" hieß das damals.

Wenn Timm jetzt unverblümt mit der Gefährdung der Arbeitsplätze für den Fall droht, daß das Atomkraftwerk nicht bald genehmigt wird und mit dem Bau begonnen werden darf, dann tut er so, als könnte der schnelle Bau des Kraftwerks eine Garantie für den Arbeitsplatz sein. Darüber sollen alle Betroffenen die Gefahren für das Leben und die Gesundheit von Hunderttausenden von Menschen vergessen.

Warum dieses Atomkraftwerk unbedingt nach Ludwigshafen soll, ist klar. Die BASF erwartet sich davon jährliche Einsparungen von 100 Millionen DM, das wäre eine 15 %-ige Senkung der gesamten Energiekosten des Werkes.

Timm hat auch bereits die Rechnung darüber aufgemacht, was den BASF-Kapitalisten durch das lange Genehmigungsverfahren bis jetzt durch die Lappen gegangen ist: Pro Jahr müsse die BASF deswegen 100 Millionen zuzahlen, das mache bis jetzt (in fünf Jahren) 500 Millionen. Dazu komme noch die Verteuerung der Baukosten um 200 Millionen. Also sei der BASF bis heute ein Verlust von 700 Millionen DM entstanden.

Ginge es nach den BASF-Bossen, dann wäre demnach ein Genehmigungsverfahren im Grunde überflüssig, weil es den Profit schmälert. Wenn es darum geht, Profit zu scheffeln, Kosten zu sparen, dann sollen keine langen Vorreden gehalten werden. Die Lebensinteressen der Menschen, die in der BASF schuften und in der Stadt, deren Luft das Unternehmen, in dem sie arbeiten, verpestet, leben müssen, scheren sie einen Dreck.

Bundesfinanzminister Schmidt und sein Kollege Dohnanyi haben auf dem SPD-Bezirksparteitag in Pirmasens viel Verständnis für die Interessen der BASF entwickelt. Sie haben der BASF eine schnelle Entscheidung über die Genehmigung zugesagt. Schmidt meinte mitfühlend, es sei unerträglich, daß das Verfahren sich bereits über mehrere Jahre hinschleppe. Mehr ist auch von Brandt, wenn er in dieser Woche sein Krisen-Missionszelt in der BASF aufschlägt, über dieses Thema nicht zu erwarten.

KORRESPONDENZ: Polizeistreife mit MPi

Damit ihr bei Berichten über den Ausbau des Polizeistaats praktische Beispiel habt, will ich mal erzählen, was mir bei einem Autounfall passierte:

Auf einem Parkplatz fuhr ich bei der Parkplatzsuche einem Wagen hinten auf. Auf beiden Seiten entstand ein leichter Schaden. Zufällig stand ein Peterwagen (Polizeiwagen) auf dem Parkplatz, und die Polizisten hatten den Unfall gesehen. Einer kam gleich her, war sehr freundlich, gab mir eine gebührenpflichtige Verwarnung von 20 DM und erklärte, daß ich so ein Bußgeld von ca. 100 bis 150 DM sparen könnte.

Plötzlich sagte er, als es sich etwas hinauszögerte: "Warten Sie mal, ich muß mal meinen Kollegen sprechen, ich habe nämlich eine MP im Wagen." Als er wieder da war, fragte ich ihn, ob sie jetzt bei routinemäßigen Streifentouren immer eine MP dabei hätten. "Ja," sagte er, "seit sich die politische Lage so verschärft hat." Ich darauf: "Was hat denn das mit der politischen Lage zu tun?" "Nun," sagte er, "unser persönlicher Schutz ist ja auch was wert!" "Aber 'ne MP brauchen Sie doch höchstens bei Banküberfällen und so." – "Das gehört auch mit dazu," sagt er. Also scheinen Streiks und Demonstrationen, was ja höchstens mit Verschärfung der politischen Lage gemeint sein kann, für die Polizei schon ein Grund zu sein, tagtäglich eine MP mit sich zu führen. Und ich habe sie mir angeguckt, sie lag griffbereit auf dem Rücksitz. Eine andere Möglichkeit wäre, daß Banküberfälle und Geiselnahmen den Linken in die Schuhe geschoben werden sollen, aber selbst das wäre kein Grund, tagtäglich eine MP bei sich zu haben.

Als ich meiner Verwunderung Ausdruck gab und etwa sagte: "Es wird ja immer schlimmer" (oder ähnlich), zuckte er mit den Schultern.

Darauf erzählte ich ihm, daß ich vor ca. 14 Tagen von einem Peterwagen angehalten worden sei, weil ich angeblich eine rote Ampel überfahren hätte. Dabei forderte der Beamte mit gezogener Pistole meine Papiere. Ich war damals vielleicht platt. Man wird an den Kantstein gewunken, der Polizist kommt auf einen zu, macht die Wagentür auf und plötzlich hat man eine Pistole vor sich. Sie war allerdings noch etwas nach unten gerichtet, nicht direkt auf die Brust.

Der Beamte bei dem Unfall sagte nur: "Wieso, glauben Sie, daß sowas in einem freiheitlichen Rechtsstaat nicht möglich ist?" –H.H., Hamburg–

Spitzel vertrieben!

Wiesbaden. Am Freitag, 23.11., fand in der Elly-Heuss-Schule eine Solidaritätsveranstaltung der Ortsaufbaugruppe Wiesbaden des KBW zur Unterstützung des Kampfes der arabischen Völker statt. Neben den Menschen, die sich für die Veranstaltung interessierten, waren auch einige Spitzel des bürgerlichen Staates erschienen. Angeführt von ihrem Häuptling Nehse, der sich besondere "Verdienste" bei der Zerschlagung des Streiks der Kalle-Arbeiter erworben hat, wollten sie ihre Wühlarbeit beginnen. Dies ließen sich die versammelten Kollegen, Schüler und Studenten jedoch nicht gefallen. Nach einer Debatte beschloß die Versammlung, daß die Vertreter der Machtorgane des bürgerlichen Staates sich in die erste Reihe setzen sollten. Damit sollten sie allen Menschen bekannt werden und ihre Aufmerksamkeit wie alle anderen Menschen nur auf die Beiträge konzentrieren können. Zuerst taten sie so, als ob sie garnicht gemeint wären. Nochmals aufgefordert, a dem Beschluß der Versammelten Stellung zu nehmen, fuchtelten sie nur mit den Händen in der Luft herum. Die Initiative der Kollegen verschlug ihnen nicht nur die Sprache, sondern fuhr ihnen so heftig in die Beine, daß sie ihren Platz nicht verlassen konnten. Nachdem die Veranstaltung begonnen hatte, machten sie sich lautlos aus dem Staub.

–OAG Wiesbaden–



Braunschweig, 14.11. Mit Schlagstöcken sichert die Polizei die Durchführung einer Architekturprüfung gegen die Studenten der Technischen Hochschule. Eine ähnliche Situation besteht derzeit auch an der Ruhruniversität Bochum. In Braunschweig hatte die Studentenvollversammlung der Technischen Hochschule den Boykott der Prüfung beschlossen, weil der Architekturprofessor Hecht jede Diskussion in den Lehrveranstaltungen abgelehnt hatte und schon seit über einem Semester überhaupt die Durchführung von Lehrveranstaltungen verweigert. Die Studenten hatten aufgezeigt, wie Hecht mit seiner "Baugeschichte" jeden Bezug zur kapitalistischen Wirtschaft verschweigt. Der VW-Bus auf dem Bild enthält den Rektor Henze der Technischen Hochschule, der die Polizei holte.

Die CDU will wieder ran!

DEN KAMPF GEGEN DIE CDU NICHT VERNACHLÄSSIGEN !

Vor kurzem hat eine Meinungsumfrage ergeben, daß die CDU, wenn jetzt eine Bundestagswahl stattfinden würde, 49 % der Stimmen bekäme. Auf dem Parteitag der CDU Mitte November in Hamburg verkündete der CDU-Vorsitzende Kohl den "Führungsanspruch" der CDU. Die CDU will wieder die Regierung übernehmen. Sie will die Unzufriedenheit vieler Lohnabhängiger über die Politik der SPD auf ihre Mühlen lenken. Die SPD versprach große Reformen zugunsten der Arbeiterklasse und der anderen Lohnabhängigen. Unterm Strich blieb davon nicht viel übrig. Die SPD in der Regierung dieses Staates, der nicht bestimmt wird von den Lohnabhängigen, sondern der beherrscht wird von den Kapitalisten und ihren Interessen, sicherte auf allen Ebenen, daß es den Profiteschefflern gut geht: auf dem Rücken der Lohnabhängigen. Der Druck der verschärften Ausbeutung und der Krisenabwälzung auf das Volk wird nicht leichter dadurch, daß ihn die SPD ausübt.

Jetzt bietet sich die CDU als die Partei an, die alles besser machen wird, und in den CDU- und CSU-Reden wird dem "kleinen Mann" viel versprochen. Die Krisenentwicklung, gegen die die SPD-Politiker nicht richtig antreten, würde von der CDU wirksam bekämpft werden, und die Lohnabhängigen könnten dann wieder aufatmen.

Was ist von all dem zu halten? Die Wirtschaftskrise 1966 machte sehr vielen klar, daß die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Produktion auch durch CDU-Erhards "Wirtschaftswunder" nicht beseitigt war. Es war die stärkste Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik. Hunderttausende wurden auf die Straße geworfen.

Die CDU, seit 17 Jahren an der Regierung, wurde nicht alleine mit der Krise fertig. Die SPD eilte herbei und übernahm die Rolle des Arztes am Krankenbett des Kapitals. Das Kapital erholte sich gut, die Profite stiegen wieder, die Arzneien waren kräftig. Und die Herrschaft der SPD in den Gewerkschaften sicherte das ganze Vorgehen der bürgerlichen Parteien. In der "Konzertierten Aktion" handelten Unternehmer, SPD/CDU-Regierung und SPD-Gewerkschaftsführung die Löhne herunter. Neue Tarifforderungen wurden trotz Auslaufens der Verträge nicht erhoben, bzw. ständig verschoben. Die Kapitalisten bauten die Sozialzuschläge ohne Widerstand der SPD-Gewerkschaftsführung ab. Die Notstandsgesetze, gegen die der DGB und die Einzelgewerkschaften sich über ein Jahrzehnt gewendet hatten, wurden jetzt von SPD und CDU gemeinsam über die Bühne gebracht. Die SPD-Gewerkschaftsführung zog mit. Sie fing jeden weitergehenden Protest gegen die Notstandsgesetze auf. Die SPD wußte, wie wichtig die Notstandsgesetze waren, um in Krisenzeiten die streikenden und kämpfenden Massen wirksam bekämpfen zu können.

SPD und CDU sicherten also gemeinsam das weitere Wohlergehen des Kapitals. Jetzt, wo die Lasten auf den Lohnabhängigen drückender werden, bietet sich die CDU als neuer Besen an, der gut kehren und alles wieder in Ordnung bringen wird.

Auf dem CDU-Parteitag sollte ein neues Bild geboten werden. Eine dynamische Führung mit Generalsekretär Biedenkopf, vorher Persil-Manager bei der Firma Henkel, an der Spitze und Diskussionen auf dem Parteitag sollten den früheren Eindruck des schmierig-glatten Apparats, wie zum Beispiel unter Barzel, und der Honoratioren-Beschränktheit, Kiesinger & Co., vergessen machen. Die CDU sollte demonstrieren, daß in ihr die Probleme des Volkes behandelt werden. Katzer, der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse, rief: "Wir wollen die Union für die Arbeitnehmerschaft wieder wählbar machen!" Und CSU-Strauß forderte eine "ausdrucksstarke Partei", die mit langem Atem die Wachablösung in der Regierung vorbereitet.

Für Katzer schien die Mitbestimmung der Arbeiter über ihre eigene Ausbeutung und die Sicherung des Kapitals der Weg, die Wähler anzulocken. Die große Mehrheit des Parteitages lehnte das ab. Ein besserer Weg, die Arbeiter den Interessen des Kapitals unterzuordnen, erscheint der CDU-Vermögensbildung. Ein Teil der Lohn- und Gehaltserhöhungen soll in Form von Unternehmensbeteiligungen erfolgen. Diese Form von Unternehmensbeteiligungen sollen "ertragsabhängig" sein. Je nachdem, was der Betrieb verdient, wird die Unternehmensbeteiligung größer oder kleiner. Auf diese Weise soll ein Teil des Lohns im Betrieb angelegt werden. Eine Art Zwangssparen auf Kosten des ausbezahlten Lohns.

Wer also genauer hinsieht, bemerkt: Die ganze schön verpackte Schau ist der alte saure Wein.

Die CDU will als "ausdrucksstarke" Opposition die unzufriedenen SPD-Wähler auf sich vereinen. Aber die Wahl zwischen Pest und Cholera, zwischen SPD und CDU, ist keine Wahl für die Arbeiterklasse und die übrigen Lohnabhängigen. Die Wahl zwischen verschiedenen Regierungsmehrheiten im parlamentarischen System soll nur verschleiern, daß doch immer nur einer herrscht, die Kapitalistenklasse. Das aufzuzeigen, ist die Aufgabe der Kommunisten. Dabei darf die Rolle der CDU eben nicht als gespielt angesehen werden. Die parlamentarischen Illusion ist in den Massen nicht gebrochen. Im parlamentarischen System steht die CDU als anderer Weg da und wird auch, wie die Meinungsumfragen der letzten Zeit zeigen, als solcher angesehen. Die Kommunisten müssen das ernstnehmen und den Kampf gegen die CDU entschlossen führen.

Der wirklich andere Weg, der Weg der Volksmassen zum Sozialismus, richtet sich gegen das Schaukelspiel der jeweils wechselnden Oppositionen, die die Massen mit dem: "Wenn wir erst die Regierung haben, wird alles besser" vom entschlossenen Kampf gegen die Herrschaft der Kapitalistenklasse abhalten sollen.

–A.H.–

Der Kampf in der Bundeswehr

„SOLANGE DIE BOURGEOISIE ÜBER BEWAFFNETE FORMATIONEN ZUR VERTEIDIGUNG DES KAPITALISTISCHEN EIGENTUMS VERFÜGT, WIRD DAS PROLETARIAT DIE POLITISCHE MACHT MIT WAFFENGEWALT ERKÄMPFEN MÜSSEN."

Diese Feststellung befindet sich im Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, das bedeutet, daß jeder Genosse, der bei uns Mitglied ist, sich von dieser Feststellung leiten lassen und andersartigen Meinungen entgegentreten muß. Woher nimmt der Kommunistische Bund Westdeutschland nun die Sicherheit, daß es sich so verhält und nicht anders, woher die Gewißheit, daß es notwendig ist, die Grundanschauung in dieser Frage unumstößlich und verpflichtend niederzulegen?

Erstens aus der Erfahrung und Anschauung aller bisherigen Revolutionen. Wenn wir uns umsehen, stellen wir fest, daß jedesmal, wenn die herrschende Klasse nicht mehr weiterkann und das Volk nicht mehr will wie bisher, die herrschende Klasse den Drang der Volksmassen nach Veränderung, Umwälzung, Revolution mit bewaffneten Kräften unterdrückt und zu zerschlagen versucht. So war es in Griechenland, in Spanien, in der Türkei, so war es in Chile, genauso nach dem ersten Weltkrieg im Deutschen Reich. Es gibt überhaupt keinen Fall, wo es anders gewesen wäre. Wer die Macht hat, gibt sie nicht her, weil die Meinung gegen ihn ist, sondern er setzt die Macht ein. Aber, zu welchem Zweck wird die Macht eingesetzt?

Das führt uns gleich zum zweiten Problem. Es könnte ja immerhin so sein, daß bisher die herrschende Klasse zwar immer ihre Herrschaft mit Waffengewalt verteidigt hat, heute und in unserem Land das aber aus irgendwelchen Gründen nicht mehr so ist.

Wir müssen also den Zweck herausfinden, zu dem Macht und bewaffnete Macht eingesetzt und Unterdrückung ausgeübt wird. Finden wir ihn nicht, dann erscheinen Macht, Unterdrückung, Brutalität als Charakatereigenschaften einzelner Menschen, und weil der Mensch bekanntlich veränderlich ist, so kommt man auf die Idee, daß man die einzelnen Menschen nur verändern müßte, und dann könnte eine Umwälzung auch friedlich vonstatten gehen.

Der Zweck des ganzen Macht- und Gewaltapparates, der Staat heißt, ist es, die ökonomische, die wirtschaftliche Macht einer Klasse zu sichern und zu garantieren. Die wirtschaftliche Macht hat in unserem Lande die Klasse, die das Eigentum an den Produktionsmitteln hat. Das ist die Kapitalistenklasse. Die Kapitalistenklasse und ihr ganzer Anhang lebt davon, daß sie die Arbeiter ausbeutet. Das ist deswegen möglich, weil der Arbeiter nichts hat als seine zwei Hände und seinen Kopf. Die muß er den Kapitalisten verkaufen, wenn er leben will. Wenn er sich verkauft, dann muß er nach den Bedingungen leben, die ihm die Kapitalistenklasse bereitet, weil, wenn er sich nicht verkaufen kann, dann hat er gar keine Bedingungen zum Leben mehr, sondern ist für die Kapitalistenklasse ein Stück Dreck, das abgeräumt werden muß. Daher kommt das Elend des Arbeitslosen und Rentnerdaseins in unserer Gesellschaft.



Die Maschinerie zur Unterdrückung der Völker muß rollen. Soldaten müssen den Panzer aus dem Dreck ziehen.

Vorteilhaft ist diese Lage tatsächlich nur für die Kapitalisten und ihren Anhang von Parasiten, die ganze bürgerliche Klasse. Für die Arbeiterklasse und die werktätigen Volksmassen (das sind alle die, die von eigener Arbeit leben und nicht davon, daß sie andere ausbeuten), ist diese Lage elend.

Es ist so, daß die Arbeiterklasse und die werktätigen Volksmassen gut auskommen können ohne eine Parasitenschicht, die ihnen das Mark aus den Knochen schindet, die Parasiten auf sich gestellt können aber gar nichts anfangen. Es ist deswegen zwangsläufig, daß sich die Ausgebeuteten und unterdrückten Volksmassen erheben. Das ist auch der herrschenden Klasse wohlbekannt, und deswegen rüstet sie sich. Um ihre eigene Existenz als Ausbeuter zu sichern, legt die herrschende Klasse um die ganze Gesellschaft eine stählerne Kette. Das ist der Staat. Oberflächlich betrachtet und vor allem in Zeiten der Ruhe sieht es so aus, als ob die Autorität des Staates abhängig wäre von der Meinung der Massen. In gewisser Hinsicht ist das auch so. Bevor nicht die Meinung der Massen sich richtet gegen die Herrschaft der bürgerlichen Klasse und gegen die Maßnahmen ihres Staates, ist gar kein Denken an eine grundlegende Umwälzung der Verhältnisse. Wenn aber – und das ist der Punkt, der uns interessiert, – die bürgerliche Klasse und ihr Staat im Kampf um die Meinung der Massen Niederlagen erleiden, und der Wunsch der Volksmassen nach Änderung ihrer elenden Lage mächtig wird, dann tritt die Grundlage der Autorität des Staates, sein Klassencharakter offen hervor. Polizeiknüppel treffen die werktätigen Massen, Bajonette werden gegen das Volk gerichtet.

Welche Schlüsse muß man aus diesem Sachverhalt ziehen? Es gibt nur zwei Wege. Entweder man macht den Rücken krumm und löffelt geduckt den Brei aus, den einem die bürgerliche Klasse vorsetzt, oder man rechnet ganz bewußt mit diesen Eigenschaften der bürgerlichen Klasse und bereitet sich darauf vor. Wir Kommunisten sind entschiedene Anhänger des zweiten Weges. Weil es aber nicht genügen kann, sich entschiedene Gedanken zu machen, müssen wir jetzt überprüfen, was es zu tun gilt. Dazu ein Schlaglicht auf die aktuelle Lage.

In der gegenwärtigen Weltrohstoffkrise kann man gut sehen, was es bedeutet, daß die BRD ein imperialistisches Land ist. Kurz gesagt bedeutet es, daß die bürgerliche Klasse als Grundlage ihrer Elendswirtschaft nicht nur die Ausbeutung im Innern der Nation hat, sondern genauso auch die Ausplünderung und Unterdrückung anderer Völker. Daher, weil es sich um eine Grundlage ihrer Existenz handelt, muß die bürgerliche Klasse in Westdeutschland nicht nur nach innen die Volksunterdrückung vorbereiten und durchführen, sondern genauso gesetzmäßig auch sich in die Lage versetzen, andere Völker mit Krieg zu überziehen.

Weil es gesetzmäßig so ist, hat der Kommunistische Bund Westdeutschland folgende Festlegung in seinem Programm getroffen:

Gelingt es dem Proletariat nicht, einem weiteren imperialistischen Krieg durch die Revolution zuvorzukommen, so wird es zu seiner Aufgabe, den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg zu verwandeln.

Zu diesem doppelten Zweck – Unterdrückung nach innen und außen –, braucht die bürgerliche ist es Instrumente. Dieser Zweck den Interessen der Volksmassen um 180 Grad entgegengesetzt. Gleichzeitig muß die bürgerliche Klasse große Menschenmassen unter Waffen setzen und unter ihren Befehl und Gehorsam pressen. Weil diese Menschenmassen nur aus den werktätigen Massen gezogen werden können, ist es für die bürgerliche Klasse unumgänglich, erstens den Zweck dieser besonderen Formationen bewaffneter Menschen zu verhüllen und zweitens organisatorisch sicherzustellen, daß die Formationen vom Volk getrennt gehalten werden, keinerlei feste Verbindungen zu irgendwelchen Organisationen oder nur zum Lebensbereich der Arbeiterklasse und der Werktätigen aufweisen, und so als außerhalb und über der Gesellschaft schwebende Macht erscheinen.

An diesen zwei Grundbedingungen dafür, daß die Armee und die bewaffneten Kräfte überhaupt den Zwecken der bürgerlichen Klasse dienlich sein können, gilt es zu rütteln, um sie einzureißen.

Der erste Punkt stellt uns die Aufgabe, die politische Propaganda über den Imperialismus und seine Logik der Völkerunterdrückung auch in allen Fragen der Armee an die erste Stelle zu setzen und zum Ausgangspunkt zu machen. Auf diesem soliden Untergrund des offenen Kampfes um die Meinung der Massen, auch unter den schwierigen und rechtlosen Bedingungen in der Armee nicht aufstecken, sondern klug führen, stellt sich als konkretes Kampfziel die zweite Aufgabe: nämlich auszunutzen, daß die bürgerliche Klasse die Waffen vom Volk trennen muß, um herrschen zu können, und dagegen zu fordern, daß die Waffen in die Hände des Volkes gelegt werden, damit es nicht Material und Spielball der imperialistischen Pläne wird, sondern seiner Meinung entsprechend souverän und selbständig zu handeln im Stand ist.

Daher erhebt der Kommunistische Bund Westdeutschland in seinem Programm die Forderung:

Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung, Wahl der Offiziere; die Arbeiter und Angestellten müssen für die Zeit, die sie in der allgemeinen Volksmiliz verbringen, eine Bezahlung in der Höhe ihres bisherigen Lohnes erhalten.

Der Weg und die Aufgabe aller unserer Genossen, die in der Armee arbeiten, oder sich zur Frage der Armee äußern müssen, ist klar vorgezeichnet:

1. Keinen Zweifel darüber lassen, daß die bürgerliche Klasse, wenn sie die Meinung der Massen verloren hat, die Knute und das Gewehr benutzen wird.
2. Unbedingt erklären, daß der Imperialismus die bürgerliche Klasse immer dazu treibt, ihre Militärstiefel auf fremde Völker zu setzen und Kriege anzuzetteln.
3. Daß es gilt, dem organisierten Einfluß der bürgerlichen Klasse auf die bewaffneten Kräfte entgegenzuwirken und den organisierten Einfluß der Volksmassen auf die bewaffneten Kräfte als Forderung zu erheben.

Die gegenwärtige Lage ist dazu außerordentlich günstig, die öffentliche Meinung kann breit entwickelt werden, weil das Mißtrauen der werktätigen Massen in die politischen Pläne des Imperialismus wächst.

Unter keinen Umständen dürfen die Kommunisten zulassen, daß die werktätige Jugend in der Armee versackt im Kleinkrieg gegen einzelne Maßnahmen der Unterdrückung dort. Es ist unsere Aufgabe, die werktätige Jugend in diesen Kämpfen, an denen unsere Genossen sich mutig beteiligen müssen, für die angeführten Ziele zu gewinnen und zur Lösung der gestellten Aufgabe zu organisieren. Dieser Kampf ist gerecht und im Interesse der werktätigen Massen, die Maßnahmen der bürgerlichen Klasse sind ungerecht und gegen die werktätigen Massen.

M.F.

DEINES–BRUCHMÜLLER–KASERNE:

Schulklasse besucht Einheit

SCHÜLER SPRACHEN OHNE AUFSICHT MIT MANNSCHAFTSDIENSTGRADEN

Am 9. November besuchte eine Schulklasse aus Frankfurt unsere Einheit, die 3./PzArtBtl 155 in der Lahnsteiner Deines-Bruchmüller-Kaserne. Zuerst wurden die Schüler von den Offizieren unserer Batterie begrüßt. Sie erzählten ihnen auch etwas über den Auftrag der Bundeswehr und versuchten den Schülern die Bundeswehr schmackhaft zu machen. Einfache Soldaten waren dabei nicht zugelassen.

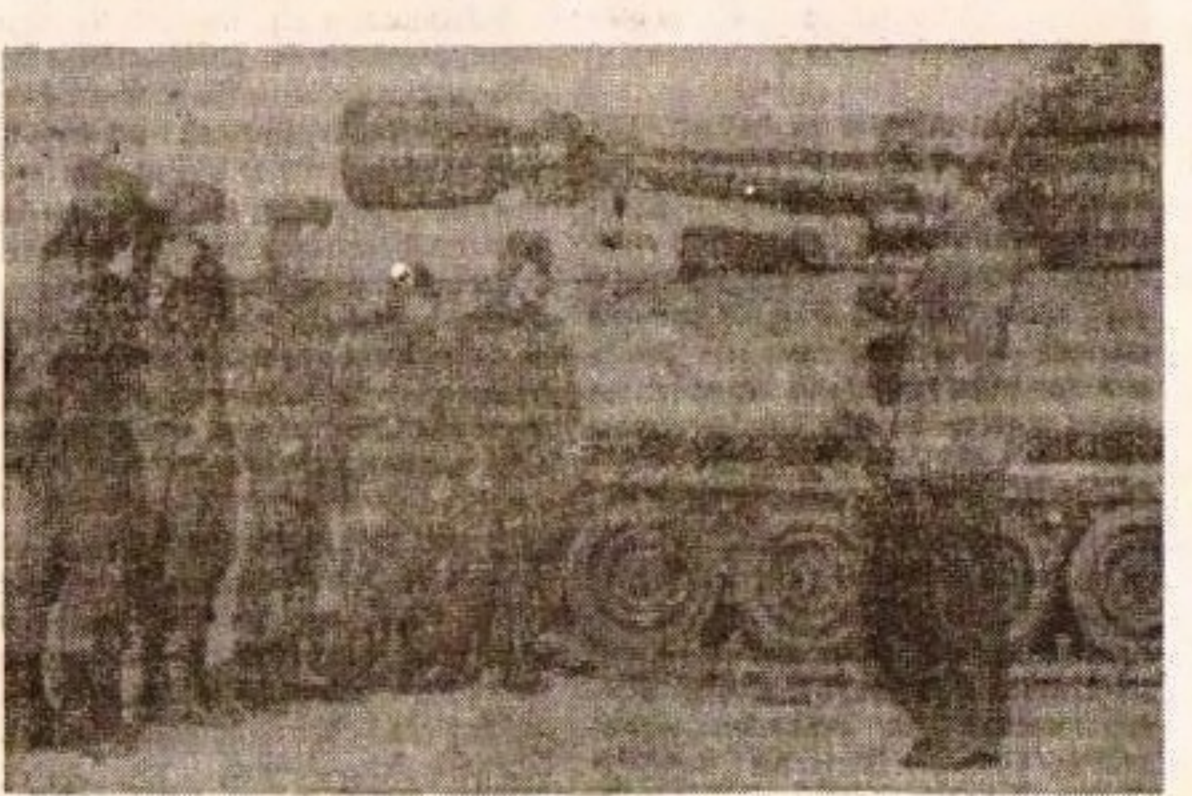
Nach dieser Unterredung wurde die Schulklasse in den Technischen Bereich geführt, wo sie unsere Panzerhaubitzen und Vermessungseinrichtungen vorgeführt bekamen. Wir waren mit Stahlhelm und ABC-Schutzmaske angetreten und wurden auf die Geschütze gehetzt, um den Schülern zu zeigen, wie wir in Rekordzeit die Haubitzen feuerbereit machten. Während der ganzen Zeit strichen einige ausgesuchte Unteroffiziere, der Hauptmann und der Leutnant um uns herum und hinderten die Schüler und uns daran, unbeaufsichtigt miteinander zu sprechen.

Nach dieser Vorführung wartete bereits ein weiteres "Ereignis" auf die Schüler: ein gemeinsames Mittagessen mit allen Soldaten der Batterie. Als wir den Speiseraum betraten, staunten wir nicht schlecht. Die Schulklasse saß an einer Tischreihe und wir sollten an der anderen Platz nehmen. So sollte verhindert werden, daß Schüler und Soldaten miteinander in Berührung kommen. Doch daraus wurde nichts. Einige Soldaten setzten sich einfach auf leere Plätze bei der Schulklasse und Schüler schnappten sich Teller und Besteck und kamen zu uns an den Tisch. Wir nahmen die Gelegenheit wahr und berichteten den Schülern über die wirklichen Zustände beim Bund. So zum Beispiel, daß ein Kamerad 14 Tage Nachtausgangssperre bekam, nur weil er sich in der NATO-Pause aufs Bett gelegt hat. (NATO-Pause = kurze Frühstückspause zwischen 10.00 Uhr und 10.20 Uhr, die für alle NATO-Truppen gültig ist, Red.) Oder daß die Soldaten in der 1. Batterie nun alle Vorgesetzten mit dem Hand-an-die-Kopfbedeckung-Legen militärisch grüßen müssen, sooft sie sie sehen.

Oder daß in den Kasernen fortschrittliche Literatur eingezogen wird. Einige Schüler sagten: "Davon haben uns die Offiziere aber nichts erzählt." Die Offiziere sagten davon selbstverständlich nichts. Sie wollten den Schülern weis machen, daß die Bundeswehr eine demokratische Armee sei und daß es den Soldaten dort gefallen würde. So wollten sie erreichen, daß sich einige Schüler bei der Bundeswehr verpflichten. Und dazu mußten die Offiziere um jeden Preis verhindern, daß die Schüler ungestört mit den Mannschaftsdienstgraden sprechen konnten. Als wir dann aber doch mit den Schülern zusammen saßen, kamen sofort einige Feldwebel und befahlen, wir sollten schneller essen, da bald der Dienst wieder beginne.

Wir bedankten uns dann bei den Schülern. Denn bei dem gemeinsamen Mittagessen war das Essen so gut wie noch nie. Die Kartoffeln waren frisch und gut zubereitet; zum Nachtisch gab es Quarkspeise und eine Tafel Schokolade. Man hätte fast meinen können, wir wären im Offizierskasino.

Nach dem Essen wurde die Schulklasse durch unsere Unterkünfte geführt, die wir zuvor auf Hochglanz bringen mußten. Dabei stellten wir überrascht fest, daß einige Unteroffiziere, die uns sonst nur anbrüllten, auch in einem einigermaßen vernünftigen Tonfall reden konnten. Sobald die Schulklasse allerdings wieder außer Sicht war, brüllten sie wieder los.



Eine Gruppe von Oberschülern, die ein sogenanntes Praktikum bei einer Artillerieeinheit absolvieren. Ein Offizier weist sie an der Panzerhaubitze M 109 ein, mit der atomare Sprengsätze verschossen werden können. Die Militaristen versuchen, Jugendliche mit moderner Waffentechnik zu gewinnen.

Höhepunkt des Kasernenbesuches sollte für die Schüler ein "Gespräch mit Soldaten aller Dienstgrade" sein. Der Hauptmann hatte für dieses "Gespräch" unter den Mannschaftsdienstgraden die Soldaten ausgesucht, die sich länger verpflichtet hatten und selbst einmal Offizier oder Unteroffizier werden wollten oder solche, von denen er annahm, daß sie in Anwesenheit von Vorgesetzten nicht den Mund aufmachen. Bei den letzten hatte sich der Hauptmann freilich getäuscht. Die Kameraden klärten die staunenden Schüler über die wahre Situation bei der Bundeswehr auf.

Uns Soldaten hat es gefreut, daß sich viele Schüler nicht mit dem Gerede der Offiziere zufrieden gaben, sondern von den einfachen Kanonieren und Gefreiten mehr über die wirklichen Zustände beim Bund wissen wollten. Uns freut es auch, daß sich die Schüler nicht von den technischen Einzelheiten für die Bundeswehr haben gewinnen lassen. Ein Kasernenbesuch, bei dem die Schüler nicht ohne Aufsicht mit den Mannschaftsdienstgraden sprechen können, vermittelt stets ein falsches Bild.

Verstärkte Militarisierung

"NEUE WEHRSTRUKTUR" DER BUNDESWEHR VOM BUNDESKABINETT VERABSCHIEDET

Auf der 18. Kommandeurstagung der Bundeswehr Anfang November legte Bundesverteidigungsminister Leber vor 350 Generalen, Admiralen und Obristen den bisher streng geheim gehaltenen Entwurf einer neuen Wehrstruktur vor. Dieser neue Entwurf der Bundesregierung zur Wehrstruktur, der von den Militärs einhellig begrüßt wurde, bedeutet eine weitere Fortführung der Militarisierung und des Aufrüstungskurses:

– Um die Truppenpräsenz der Bundeswehr zu verbessern, wurde beschlossen, in Zukunft den Wochenendurlaub der Soldaten zusammenzustreichen. Bisher konnten am Wochenende weit über 100 000 Soldaten dem Zuchthaus, das man Kaserne nennt, den Rücken kehren, um zu ihren Kumpels und Eltern, ihren Freundinnen oder zu ihren Frauen in die Heimat zu fahren. Den meisten Vorgesetzten war das schon lange ein Dorn im Auge.

– Die Begeisterung der Militärs über den neuen Wehrstruktur-Entwurf wird noch verständlicher, wenn man erfährt, daß auch die Verfügungsbereitschaft nach dem Ausscheiden aus der Bundeswehr von bisher drei auf zwölf Monate erhöht werden soll. Das bedeutet, daß ohne Parlamentsbeschluß durch einen reinen Verwaltungsakt auf einen Schlag mehrere zehntausend Reservisten einberufen werden können.

– Um "zu rationalisieren" wird laut Regierungsentwurf das Territorialheer mit dem Feldheer zusammengelegt. Das Territorialheer war bisher hauptsächlich als Notstandsheer gedacht, das die "Operationsfreiheit" der regulären Streitkräfte (Feldheer der Bundeswehr und NATO-Verbände) zu garantieren hatte. Die drei Korpskommandeure in Münster, Koblenz und Ulm erhalten nun je einen Stellvertreter, der für die Territorialverteidigung (sprich: für den Notstandseinsatz) zuständig sein wird.

– Des weiteren soll der Rüstungsetat der BRD bis 1981 auf die astronomische Summe von 44,3 Milliarden DM (ohne alle Nebenkosten) anwachsen. Was es damit auf sich hat, wird aus einem Artikel aus der "Rheinpfalz" vom 27.10.73 deutlich: Bereits jetzt werden allein die Kosten für die anstehende konventionelle Umrüstung der Bundeswehr "langfristig auf 80 bis 100 Mrd. Mark geschätzt. (...) Die hohen finanziellen Aufwendungen für die inneren Reformen müßten (...) – wie in Fachkreisen betont wird – künftig mehr unter dem Gesichtspunkt der außen- und militärischen Absicherung gesehen werden. Gerade in der kritischen Phase der Verhandlungen über einen ausgewogenen Truppenabzug in Europa, die sich über Jahre erstrecken werden, müsse die Modernisierung der Bundeswehr gezielt vorangetrieben werden. Dabei stehe dem Ausbau der Raketenbasis Priorität zu." Im Klartext heißt das: Mehr Kanonen statt Butter!

Nachdem Bundesverteidigungsminister Leber für diese grandiosen Pläne den Segen seiner Militärs erhalten hatte, fuhr er zu einer Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion, um seine SPD-Kumpanen auf die neue Wehrstruktur einzuschwören. Von den angeblich linken SPD-Abgeordneten war auf dieser Tagung nichts zu vernehmen. Triumphierend stellte die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" fest: "Von etwa vierzig kritisch distanzierten SPD-Abgeordneten traten lediglich zwei oder drei, von grundsätzlicher Gegnerschaft bewegt, in der Debatte auf." Verschiedene SPD-Abgeordnete sprachen nach der Tagung sogar von einem neuen "sicherheitspolitischen Gefühl der SPD als tragender Regierungspartei."

Nach der nun erfolgten Zustimmung der SPD-Fraktion hat das Bundeskabinett die neue Wehrstruktur am 28.11.73 beschlossen. Daß die CDU/CSU dem Gesetzentwurf in den Hauptpunkten zustimmen wird, gilt ohnehin bereits als sicher.

Das gegenwärtige Geschwätz der bürgerlichen Parteien von "Frieden", "Abrüstung", "Völkerverständigung" und "Sicherheit" erweist sich wieder einmal als übler Propagandatrick.

–n.b.–

»Bewaffnete Aufstände«

ÜBUNGSLAGE BEI GRUNDAUSBILDUNG IN BÜCKEBURG

"Heute möchte ich Euch einige Erlebnisse meiner bisherigen Bundeswehrzeit schildern. In der Heeresfliegerwaffenschule (HFlgWaS) in Bückeburg hatten wir auch Unterricht über 'Notstandsrechte.' Der Fahnenjunker, der den Unterricht abhielt, räumte dabei auch die Möglichkeit des Projektschutzes bei VW (als Beispiel) ein. Nicht möglich soll der Einsatz bei 'gewerkschaftlichen Streiks' sein, möglich jedoch bei 'illegalen Streiks' wie damals bei Mannesmann und Hoesch. Bei der Kampfausbildung im Gelände wurde jedesmal eine Feindlage ausgegeben. Bei der letzten Übung während der Grundausbildung in Bückeburg wurde folgende Lage angenommen:

Überall im Bundesgebiet ist es zu bewaffneten Aufständen gekommen. Auch Einheiten der Bundeswehr sind zu den Aufständischen übergelaufen. In den Bückebergen wurden Munitionsdepots von Sabotagetruppen gesprengt. Die Aufgabe der HFlgWaS war es nun, die Bückeberge von Feind zu säubern und den Zustand der Depots zu überprüfen. Dabei war der Kontakt zur Zivilbevölkerung zu vermeiden, da sie durch die Aktionen der Aufständischen, die in Bundeswehruniformen auftraten, der Bundeswehr nicht positiv gegenüberstehen. Für uns galt jedes Fahrzeug und jede Person als Feind.

Bei der Vollausbildung im HFlgBtl 6 in Itzehoe übten wir auch den Häuserkampf und den Kampf gegen Sabotagegruppen.

Alles Übungen für den Einsatz gegen das Volk.

X.X."

BERGEN-HOHNE / LÜNEBURGER HEIDE:

Briten üben für Nordirland

Wer am Dienstag, dem 9.10.73, durch das NATO-Lager Bergen-Hohne fuhr, konnte eine Probe für den Bürgerkriegseinsatz in Nordirland miterleben.

Am Abend des 9.10. fand im englischen Offizierskasino ein Empfang für die Offiziere der vom 24.9. bis 11.10.73 laufenden AMF-Übung (NATO-Feuerwehr) statt. Amerikanische, belgische, italienische und deutsche Offiziere folgten der Einladung.

Auf der Fahrt durch das Camp zum Offizierskasino sah man bis an die Zähne bewaffnete englische Soldaten in Kampfausrüstung am Straßenrand. Die Besucherwagen wurden durch Straßensperren geschleust. Landrover, besetzt mit englischen Soldaten, patroullierten durch die Straßen. Direkt vor dem hellerleuchteten Eingangsportal des Offizierskasinos gingen 4-Mann-Streifen mit angeschlagenem Gewehr. Schüsse, das Geklapper von Blechdosen sowie das gelegentliche Krepieren von Übungshandgranaten stellten die akustische Kulisse für die Straßenkampfprobe. Auf meine Frage nach Sinn und Zweck dieser Übung sagte mir ein englischer Offiziersfahrer: "Nun, sie werden in zwei Monaten nach Nordirland geschickt."

Das NATO-Camp in Hohne ist fast eine kleine Stadt für sich, mit Straßenzügen und mehrstöckigen Häusern. Es bietet sich also für Straßenkampfübungen an. Unbemerkt von der westdeutschen Öffentlichkeit werden hier regelmäßig englische NATO-Soldaten auf den Einsatz gegen das irische Volk vorbereitet.

Die westdeutsche Regierung hindert die Engländer nicht daran, denn im NATO-Vertrag hat man gelobt, "die innere Festigkeit und das Wohlergehen im nordatlantischen Bündnis zu fördern."

Zu gegenseitiger Hilfe sind die Imperialisten aller Länder gern bereit.

Restloser Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland und Aufhebung des Besatzungsstatuts!
Austritt aus allen imperialistischen Militärbündnissen!

–K.N.,Hannover–

SOLDATEN BERICHTEN:

Alltägliches in Btl 2

SCHIKANIERERENEIN IN DER BLÜCHERKASERNE

gen 4-Mann-Streifen mit angeschlagenem Gewehr. Schüsse, das Geklapper von Blechdosen sowie das gelegentliche Krepieren von Übungshandgranaten stellten die akustische Kulisse für die Straßenkampfprobe. Auf

Restloser Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland und Aufhebung des Besatzungsstatuts!
Austritt aus allen imperialistischen Militärbündnissen!

–K.N.,Hannover–

SOLDATEN BERICHTEN:

Alltägliches in Btl 2

SCHIKANIERERENEIN IN DER BLÜCHERKASERNE

Die Artikel, die speziell die Bundeswehr betreffen, finde ich ausgezeichnet und wichtig. Es wird Zeit, daß sich eine Zeitung einmal diesem Thema annimmt. Zu dem Artikel "Soldaten berichten" habe ich einige neue Sachverhalte, die ich in chronologischer Reihenfolge einmal aufzählen möchte:

1. Im gesamten Kasernenbereich sind zahlreiche Bilder aus dem 3. Reich zu sehen, die teilweise die damaligen Zustände in gewisser Hinsicht glorifizieren. Öfters wird auch im Bataillon 2 ein sogenanntes Traditionstreffen für ehemalige "großdeutsche Frontkämpfer" abgehalten. Zu diesen Anlässen müssen die Soldaten ein Wochenende in der Kaserne verbringen, Schießkinos aufbauen und sich Hetzreden gegen die Linken anhören. Die Treffen verschlingen viel Geld, z.B. für Schießkinos, Aufbauen von Geräten, Getränke, Speisen usw.

2. Fast täglich wird den Soldaten vorgeworfen, sie verschlampen auf Grund ihrer "laschen" Arbeitsweise das Geld der Steuerzahler. Oftmals werden Soldaten, nur weil sie nicht schnell genug sind oder einmal kurz in die Kantine gehen, mit dem Verbringen von Wochenenden in der Kaserne bestraft.

Anfang Oktober fand in der Kaserne eine sogenannte Bataillonsübung statt. Die Soldaten durften stundenlang im Regen stehen und im Gleichschritt hinter Panzern (die Unmengen von Sprit benötigen), sich im Kasernenbereich zur Schau stellen. Für Offiziere, Generäle, SPD- und CDU-Bonzen und sonstige Gäste wurde ein erstklassiges Mittagessen zusammengestellt. Am anderen Tag mietete diese Clique eine Burg und es wurden feierlich Speisen und Getränke zusammengestellt – alles vom Steuerzahler.

3. Wer in der 2. Kompanie einmal mit etwas zu langen Haaren erwischt wird, kann bis zu 100 DM Disziplinarstrafe bezahlen.

4. Wer in der 1. Kompanie morgens nur 2 Minuten verschläft und erwischt wird, muß das Wochenende in der Kaserne abbrummen.

5. Wer im Sportwettkampf nicht die erforderlichen 28 Punkte erreicht, muß dies am Wochenende üben.

6. Bei einer Übung in der Lüneburger Heide wurden bei glühender Hitze täglich einige 100 000 DM in die Luft gejagt. Die Soldaten erhielten miserables Essen und hatten täglich nur 4 bis 5 Stunden Schlaf. Die Offiziere wurden von einem Mundschenk bedient.

7. Mannschaften stehen oft 30 Minuten vor der Essensausgabe, während Unteroffiziere vor gedeckten Tischen sitzen und Offiziere noch bedient werden.

8. Wegen geringer Anlasse (hauptsächlich 1., 2. und 4. Kampanie) wird man mit erzieherischen Maßnahmen (zusätzlich Wache und Bereitschaft an Wochenenden usw.) bestraft.

Deshalb die Forderungen:

– Wehrt euch mit Wort und Schrift!
– Haltet Neulinge von Weiterverpflichtungen ab!
– Macht euren Kollegen die miese Situation klar!

–F.F., z.Z. Hess. Lichtenau,
Blücher Kaserne 1./2



Unser Bild zeigt das brennende Bauernhaus nach dem Absturz des Starfighters. Die Unfallstelle wurde unmittelbar nach dem Absturz von bewaffneten Bundeswehrsoldaten hermetisch abgeriegelt. Der Öffentlichkeit sollte verheimlicht werden, daß das Flugzeug offensichtlich scharfe Munition mitführte. Durch den Absturz sind 6 Menschen getötet worden.

Starfighter auf Bauernhaus

Mörsen (Kreis Grafschaft Hoya, Niedersachsen), 13.11.73. Ein belgischer Starfighter stürzte gegen 12 Uhr mittags beim Tiefflug auf ein Wohnhaus und erschlug 4 Personen einer fünfköpfigen Familie. Bei den Rettungsarbeiten wurde ein Feuerwehrmann von einer Hauswand erschlagen. Der Pilot wurde ebenfalls getötet.

Über den Kreis Grafschaft Hoya führt eine NATO-Tiefflugschneise: "Wenn hier Flugzeuge über uns donnern, wackeln die Wände," berichten die Einwohner. Trotz des starken Sturms mit orkanartigen Ausmaßen an diesem Tag übten die NATO-Maschinen Tiefflüge über die Wohnhäuser. Ob**wohl angeblich nur ein Übungsflug, hatte der abgestürzte Starfighter scharfe Munition an Bord.** Der Starfighter soll beim Absturz explodiert sein. Bei den Löscharbeiten explodierte laufend scharfe Munition.

Offensichtlich werden im Rahmen der NATO-Mobilmachungsübungen gegen die arabischen Staaten die NATO-Flugzeuge auch bei Übungsflügen mit scharf gemachter Munition ausgerüstet.

Die Bundeswehr griff sofort ein. Soldaten mit umgehängten Gewehren sprangen aus Militärfahrzeugen und riegelten das Gelände ab. Per Hubschrauber wurden Leute vom Kriegsministerium aus Bonn eingeflogen. Sie verhängten eine sofortige Nachrichtensperre.

Antimilitarismus international

SCHWEDEN

In der schwedischen Armee wächst der Widerstand gegen die Willkür der Offiziere: "In einer Garnison meldeten sich in wenigen Tagen mehrere Hundert Soldaten krank, nachdem der übliche Nachturlaub nicht bewilligt worden war und sie auf Flugblättern zu dieser Art Protest aufgerufen worden waren." Der schwedische Generalstab hat inzwischen auch "eine ziemlich lange Liste von Sabotageakten veröffentlicht, die vom Zucker im Panzertank bis zu beschädigten Flugzeuggeräten reichten." Über die Bildung "politischer Kampfgruppen" innerhalb der Regimenter und über den "heftigen politischen Linksdrall" unter den Soldaten zeigte sich der Verteidigungsstab "besorgt".

SCHWEIZ

Auch in der Schweizer Armee haben sich Soldatenkomitees gebildet. Acht Soldatenkomitees aus allen Landesteilen veranstalteten im Oktober eine Pressekonferenz, in der sie über den antimilitaristischen Kampf in den Rekrutenschulen berichteten:

In der Rekrutenschule von Losone verlangten 150 Soldaten einer Kompanie, daß die Flagge der Kaserne wegen dem Militärputsch in Chile auf Halbmast gesetzt werde. In der nächsten Woche wurde ein Rekrut mit fünfzehn Tagen scharfem Arrest bestraft, weil er seine Kameraden aufgefordert hatte, das Marschtempo zu drosseln. Daraufhin begannen die Kameraden in vier Kompanien mit einem ein- bis zweitägigen Hungerstreik.

In der Rekrutenschule in Eclepens haben 176 Rekruten in einer Petition verlangt, daß ihnen die Gründe der Waffenausbildung dargelegt würden. Da der Petition nicht stattgegeben wurde, weigerte sich eine Rekrutengruppe, eine als Schikane empfundene Arbeit auszuführen. Am nächsten Tag schloß sich die ganze Kompanie an und mißachtete den Befehl zur Tagwacfle. Mehrere Rekruten wurden daraufhin von der Militärjustiz der Meuterei angeklagt, worauf vierzig Rekruten in den Hungerstreik traten. (nach: Schweizer Kasernenzeitungen, "Neue Zürcher Zeitung")

USA

In einer Sonderausgabe ihrer Zeitung "Bond" veröffentlichte die amerikanische Soldatengewerkschaft folgen-

(nach: Schweizer Kasernenzeitungen, "Neue Zürcher Zeitung")

USA

In einer Sonderausgabe ihrer Zeitung "Bond" veröffentlichte die amerikanische Soldatengewerkschaft folgen-

de Erklärung:

"Falls wir Befehle bekommen, auf der Straße gegen die Bevölkerung zu kämpfen, werden wir diese Befehle als absolut ungesetzlich zurückweisen. Wir müssen unsere Pflicht darin sehen, jeden, der solche Befehle gibt, zu verhaften."

Des weiteren warnen die US-Soldaten vor einem möglichen Putsch der Nixon-Clique.

JAPAN

Nach dem Scheitern ihrer Vietnampolitik wollen die USA "im Pazifik, im Indischen Ozean und im Mittelmeer eine Kette von zentralen Flottenstützpunkten ausbauen, die atomar bewaffnet werden sollen." Als erster dieser Stützpunkte wurde der japanische Hafenstadt Jokosuka bestimmt. Gegen die Stationierung des "ersten mit A-Waffen ausgestatteten Flugzeugträgers der Welt", "Midway", demonstrierten in Jokosuka 16 000.
(nach: "Frankfurter Rundschau", "Neue Zürcher Zeitung")

NIEDERLANDE

Im Masohinenraum des Flaggschiffs der holländischen Marine wurden mehrere Sabotageakte verübt. "Im Vorratstank für Schmieröl hatte die Besatzung Zucker, im Öltank Sand und im Wassertank Öl entdeckt. Wie aus der niederländischen Marineleitung in Den Haag bekannt wurde, kommen als Saboteure nur Angehörige der 780-köpfigen Besatzung in Frage" Der Kreuzer hatte Ende Oktober zusammen mit der 6. US-Flotte im Mittelmeer an Seemanövern vor Kreta teilgenommen. (nach: "Welt")

Breite Solidarität mit dem Kampf des griechischen Volkes

OFFENBACH

Griechischer Geheimdienst raus!

Offenbach. Am 24.11.73 bekundeten 250 Menschen in einem Demonstrationszug ihre Solidarität mit dem Kampf der griechischen Arbeiter und Studenten. Die Demonstration wurde auf Initiative griechischer Arbeiter und Studenten aus Offenbach und Frankfurt organisiert.

Wegen des in Offenbach besonders gut organisierten Geheimdienstes nahmen nur wenige Griechen an der Demonstration teil. Auch eine Gruppe spanischer Arbeiter beteiligte sich an der Solidaritätsdemonstration. Unterwegs reihten sich spontan Passanten in den Demonstrationszug ein.

Ziel der Demonstration und Ort der Abschlußkundgebung sollte das griechische Kulturzentrum sein, von dem aus der griechische Geheimdienst seine Spitzeltätigkeit organisiert. Auf Flugblättern und bei der Abschlußkundgebung am Marktplatz wurde die sofortige Schließung des Kulturzentrums verlangt. Die Kundgebung vor dem Kulturzentrum wurde durch ein Großangebot der Polizei verhindert. Der Offenbacher SPD-Magistrat, der Tage zuvor großsprecherisch die Diktatur in Griechenland verurteilt hatte, ließ das Geheimdienstnest gleich mit zwei Wasserwerfern schützen.



Die Offenbacher Polizei verhinderte eine Kundgebung vor dem griechischen Kulturzentrum, einem Nest des griechischen Geheimdienstes.

HAMBURG

Aktionseinheit trotz DKP-Spalter

Hamburg. Am 22.11. demonstrierten über 2 500 Menschen ihre Solidarität mit der Erhebung des griechischen Volkes. Zum ersten Mal schien es gelungen, eine breite gemeinsame Unterstützung der Demonstration zustande zu bringen; neben der Ortsgruppe Hamburg des KBW und der Sozialistischen Studentengruppe (SSG) beteiligten sich: DKP, SDAJ, MSB Spartakus, Allgemeiner Studentenausschuß der Universität Hamburg (MSB Spartakus/SHB), Jungdemokraten, AELA (Lateinamerikanischer Studentenverband), PEF (Türkei), Amnesty International, Arbeitskreis Griechenland, Gruppe Rote Fahne (KPD), Kommunistischer Studentenverband, Liga gegen den Imperialismus, Proletarische Front, Gruppe Internationaler Marxisten an dem Bündnisgespräch, zu dem ein "Solidaritätskomitee der Griechen in Hamburg", das alle griechischen Organisationen und viele fortschrittliche Einzelpersonen in Hamburg umfaßte, aufgerufen hatte. Der von ihnen vorgelegten Plattform hatten alle Organisationen zugestimmt.

Viele Menschen schlossen sich der Demonstration auch gerade deshalb an, weil es hier gelungen war, eine breite gemeinsame Aktion herzustellen.

Doch während sich die Menschen auf dem Abmarschplatz sammelten, verteilten DKP und SDAJ unter den Demonstranten und in der Bevölkerung ein Flugblatt, in dem sie unter der Überschrift "Solidarität mit den griechischen Freiheitskämpfern" erklärten:

"Die DKP und SDAJ distanzieren sich gleichzeitig mit aller Entschiedenheit von ultralinken, maoistischen, trotzkistischen und anarchistischen Spaltergruppen, die mit in übler Weise gefälschten Flugblättern das legitime Anliegen griechischer Demokraten dafür zu nutzen versuchen, eine Gemeinsamkeit mit der DKP und der SDAJ vorzutäuschen, die es zwischen unseren Organisationen und diesen Gruppierungen niemals gegeben hat noch jemals geben wird." (Flugblatt der DKP/SDAJ-Bezirksvorstände vom 22. November).

Die umfangreich zugesagte technische Unterstützung für die Demonstration blieb gänzlich aus (Lautsprecherwagen, 50 Ordner, Transparente usw.). Der Versuch, ihre Mitglieder aus der Demonstration wieder herauszuholen, scheiterte allerdings weitgehend.

Dieses Verhalten der DKP/SDAJ war in mehrfacher Hinsicht schädlich und spalterisch:

1. hatten alle im Komitee der Griechen vertretenen Organisationen darauf bestanden, alle Angriffe auf beteiligte Organisationen in der Vorbereitung und Durchführung der Demonstration fallen zu lassen. Wir hielten diesen Standpunkt für richtig, nicht weil wir die ideologische Auseinandersetzung fürchten, sondern weil hier bereits eine unserer Einschätzung nach richtige einheitliche Grundlage geschaffen war. Die DKP und SDAJ-Bezirksvorstände brachen diese Übereinkunft.

2. versuchte die DKP mit dem Vorwurf, die Aufrufe zur Demonstration seien "in übler Weise gefälschte Flugblätter, die das legitime Anliegen griechischer Demokraten" ausnützten, den Eindruck in der Bevölkerung zu erwecken, als diene die Demonstration falschen Zielen.

3. die üble Taktik, erst zustimmen und mitmachen, dann sabotieren, war ein Anschlag auf das Komitee der Griechen, indem Mitglieder revisionistischer Organisationen mit Demokraten und Kommunisten zusammenarbeiten. Für die Griechen war die Aktionseinheit möglich, weil notwendig, für die DKP und SDAJ-Bezirksvorstände nicht!

Warum nicht? Weil die Sabotage von Aktionseinheiten ein Prinzip der DKP-Politik ist. In ihrer "These 41" legt die DKP nieder, daß sie niemals eine Aktionseinheit mit sogenannten "maoistischen Gruppierungen" eingehen werde. Es ist klar, daß so ein Prinzip dem Interesse der Massen an einer breiten Aktionseinheit entgegenstehen muß. Denn Aktionseinheiten richten sich am Aktionsziel aus, sollen den Protest der Massen an einem Punkt zusammenfassen. Wer also die Frage stellt: Mit wem darf ich, mit wem darf ich nicht, landet dabei, auch den Massen verbieten zu wollen, mit den Kommunisten zu gehen.

Dies Sektierertum hat sich für die DKP nicht ausgezahlt. Ihre Mitglieder und Sympathisanten waren völlig verunsichert, wo denn eigentlich die DKP sei und die meisten Demonstranten schüttelten über das Verhalten der DKP den Kopf.

UND GLEICH NOCH EIN SPALTER – DER KOMMUNISTISCHE BUND (NORD)

Genauso wie die DKP isolierte sich der Kommunistische Bund (Nord). Nachdem er sich eine Woche vorher bei der Aktionseinheit gegen den Besuch chilenischer Junta-Freunde beim CDU-Parteitag einfach totgestellt hatte, wollte er diesmal der "erste" sein und führte schon am 20. November eine Demonstration durch, an der sich 500 Menschen beteiligten. Daraufhin erschien er nicht einmal mehr zu den Bündnisgesprächen mit dem Komitee der Griechen.

So hatte sich der Kommunistische Bund (Nord) wiederum selbst isoliert und die KB-Führer mußten am Rande stehen und ihre Mitglieder zählen, die sich in den Demonstrationszug einreihten.

Tod dem Faschismus in Griechenland!
Nato raus aus Griechenland!
Amis raus aus Griechenland!
Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Nieder mit der Junta!
Griechenland den Griechen!
Keine Unterstützung der Junta durch die Bundesregierung!

H.B., Hamburg

Solidaritätsdemonstrationen

BREITE SPONTANE BEWEGUNG IN VIELEN STÄDTEN DER BRD

Frankfurt. Am Dienstag, 20.11., demonstrierten rund 6 000, darunter viele Griechen, ihre Solidarität mit dem mutigen Kampf der griechischen Arbeiter und Studenten gegen Faschismus und Imperialismus. Schon drei Tage vorher war es auf Initiative griechischer Studenten zu einer spontanen Demonstration gekommen, die auf 1 500 bis 2 000 Teilnehmer wuchs.

Hannover. Am Freitag, 23.11., fand eine Solidaritätsdemonstration mit dem griechischen Volk statt.

An der Demonstration beteiligten sich trotz ungünstiger Zeit und schlechter Vorbereitung 500 bis 600 Menschen.

Köln. Auf Initiative griechischer Genossen fand am Samstag, dem 24.11. in Köln eine Demonstration gegen die faschistische Militärjunta in Griechenland statt. Rund 800, darunter über 100 griechische Kollegen und Genossen, demonstrierten.

Bremen. Am 20.11. führte die Ortsgruppe Bremen eine Demonstration gegen die brutale Zerschlagung des spontanen Volksaufstandes gegen Faschismus und US-Imperialismus in Griechenland durch. Trotz kürzester Vorbereitungszeit konnten ca. 900 Teilnehmer mobilisiert werden.

Mannheim. In der Innenstadt demonstrierten am Samstag, 24.11.73, rund 1 100 gegen den faschistischen Terror in Griechenland.

Wiesbaden. Am Samstag, 24.11., fand eine Demonstration gegen den faschistischen Terror statt, mit welchem die griechische Militärjunta versucht, die Arbeiterklasse und das Volk zu unterdrücken. An der Demonstration beteiligten sich ca. 350 Menschen.

Westberlin. Am 18., 21. und 23. November wurden Demonstrationen durchgeführt, an denen sich jeweils zwischen 2 000 und 3 500 Menschen beteiligten. Eine einheitliche Demonstration scheiterte an den SEW-Revisionisten.

Die Hauptparolen der Demonstrationen waren:

Weg mit der faschistischen Militärdiktatur – Für die Errichtung der Volksdemokratie!
US-Truppen und Nato – raus aus Griechenland!

Machtwechsel rettet nicht das Regime

DER MACHTWECHSEL ZEIGT DIE ERSCHÜTTERUNG DES REGIMES – WER STECKT DAHINTER?

Kaum acht Tage nach der gewaltsamen Niederschlagung der Rebellion der Studenten und der mit den Studenten gemeinsam auf die Straße gehenden Volksmassen, wurde Papdopoulos am 25. November durch einen Militärputsch von der Macht entfernt. Die Führer dieses Militärputsches sind offensichtlich alte Kumpane von Papadopoulos, sie berufen sich ausdrücklich auf die Ziele des Militärputsches vom 21. April 1967, mit dessen Hilfe Papadopoulos an die Macht gekommen war.

Der wichtigste Mann der jetzt an der Macht befindlichen Clique scheint der fünfzigjährige Brigadegeneral Dimitrios Ioannides zu sein, der während der vorhergehenden Jahre die Militärpolizei befehligte und unter Papadopoulos für die Verhaftungen, Verhöre und Folterungen der Regimegegner verantwortlich gewesen ist.

Der neue Staatspräsident ist der General Phädon Gizekis, der bisher nicht weiter in Erscheinung getreten war und als Gallionsfigur der neuen Junta dient. Ministerpräsident ist Adamantios Androutsopoulos, der damit an die Stelle von Markezinis trat. Androutsopoulos war seit dem Militärputsch vom 21. April 1967 bis zu seinem Rücktritt im Mai dieses Jahres ununterbrochen Minister in den verschiedenen Ministerien der Militärjunta von Papadopoulos. Zunächst war er Finanzminister, dann Innenminister. Schon diese Namen zeigen, daß der neue Militärputsch keine Veränderung des faschistischen Regimes bedeutet, sondern einen Austausch der Personen, die in diesem Regime die Macht ausüben.

WARUM WAR DIESER WECHSEL NÖTIG GEWORDEN?

In der letzten Zeit seiner Machtausübung hatte Papadopoulos vor allem versucht, die politische Basis des Regimes zu verbreiten. Dies versuchte er auf zweierlei Weise: erstens durch einen spektakulären Demokratisierungsschwindel, der 1974 durch Parlamentswahlen seinen Höhepunkt erreichen sollte; zweitens durch die Anbahnung eines Bündnisses mit den traditionellen Politikern der griechischen Bourgeoisie, die er mit Hilfe von Markezinis, seinem Ministerpräsidenten, für den Demokratisierungsschwindel gewinnen wollte. Dieses Manöver ist daran gescheitert, daß die Volksmassen auf den Demokratisierungsschwindel nicht hereinfielen und sich folglich die traditionellen Politiker der Bourgeoisie kein Bündnis mit Papadopoulos leisten konnten, ohne endgültig bei den Massen jegliches Ansehen zu verlieren. Verlieren sie aber dieses Ansehen, dann verlieren sie auch jeden Wert für die Bourgeoisie, die sich diese Politiker ständig als politische Alternative zu der offen reaktionären und gewaltsamen Herrschaft mit Hilfe der Militärs bereit halten will.



Panzer sichern die faschistische Militärdiktatur gegen das griechische Volk.

Der Putsch gegen Papadopoulos dient den gleichen Interessen wie der Putsch von 1967 an dessen Spitze Papadopoulos gestanden hatte. Aber mit Papadopoulos war nichts mehr anzufangen, seit seine Manöver durch die Rebellion der Volksmassen zerschlagen worden waren.

DER MACHTWECHSEL ZEIGT DIE ERSCHÜTTERUNG DES REGIMES

Mit dem Militärputsch vom 25. November ist aber die politische Krise des Regimes keineswegs gelöst. Die neue Regierung liquidiert den Demokratisierungsschwindel, weil er nicht verfängt. Aber an die Stelle des Demokratisierungsschwindels treten bloß die alten Phrasen, mit denen schon Papadopoulos vor Einleitung seines Demokratisierungsschwindels gescheitert war. In der ersten Proklamation der Putschisten heißt es:

"Angesichts der gewaltigen nationalen Gefahren, der kritischen Probleme und der völligen Ausweglosigkeit haben die Streitkräfte gemäß dem obersten Gebot der Rettung des Vaterlandes beschlossen, die Verantwortung dafür zu übernehmen, den neuen Drohungen zu begegnen, die vorherrschende Verwirrung aufzuklären und die Situation vollauf zu bereinigen."

Worin bestehen die "gewaltigen nationalen Gefahren", die "kritischen Probleme" und die "völlige Ausweglosigkeit" des Regimes und was hat sich durch den Putsch vom 25. November daran geändert?

Die "gewaltigen nationalen Gefahren" bestehen darin, daß sich die breiten Volksmassen nicht mehr länger durch eine Militärclique unterdrücken lassen, um durch die eigene Bourgeoisie und den Imperialismus ausgebeutet und zugrundegerichtet zu werden. Gegen diese Unterdrückung haben sich die Volksmassen erhoben.

Fortsetzung nächste Seite oben

Machtwechsel (Fortsetzung)

Die "kritischen Probleme" bestehen darin, daß die Unterdrückung des Volkes nicht ständig durch offene Gewalt gewährleistet werden kann und daß die Bourgeoisie gegenwärtig keine anderen Mittel alsoffene Gewalt findet, um die Volksmassen zu unterdrücken. Das ist tatsächlich ein "kritisches Problem" für die Bourgeoisie und den Imperialismus.

Die "völlige Ausweglosigkeit" besteht darin, daß das Volk jegliches Vertrauen in das Regime verloren hat, soweit Teile des Volkes dieses Vertrauen überhaupt jemals besessen haben, und daß das Regime gegenwärtig keine ökonomischen oder politischen Mittel besitzt, um wenigstens eine längerfristige Duldung durch das Volk zu erreichen. Die ökonomische Lage ist miserabel. War die Lage der griechischen Arbeiter und der griechischen Bauern, die die Mehrheit des Volkes bilden, schon vor dem Militärputsch von 1967 äußerst schlecht, so hat die Papadopoulos-Junta eine vorübergehende Scheinblüte der Wirtschaft nur erreichen können durch eine weitere Verschärfung der Ausbeutung, die vor allem mit ausländischem Kapital erfolgt. Aber seit einiger Zeit ist es auch mit dieser Scheinblüte vorbei. Die Lebenshaltungskosten haben sich allein in den letzten zwölf Monaten um über 45 % erhöht. Die Löhne stiegen dagegen nur um 25 %. Stark getroffen von der Inflation werden die Bauern, deren Ausgaben sich ständig erhöhen, ohne daß ihre Einnahmen irgendwie Schritt halten. Der Staat selbst ist völlig verschuldet. Die passive Handelsbilanz hat sich in den Monaten Juli/August noch einmal rapide verschlechtert. Ursache dieser Entwicklung ist die seit dem Militärputsch von 1967 noch größer gewordene Abhängigkeit des Landes von imperialistischen Monopolen vor allem der USA, aber auch der BRD und Großbritanniens. In einer solchen Situation wird es auch der neuen Regierung nicht gelingen, das Regime zu stabilisieren. Unvermeidlich wird es zu weiteren Massenkämpfen kommen und werden die Arbeiter und die Volksmassen weitere Angriffe gegen das Regime vortragen.

WER STECKT HINTER DER NEUEN REGIERUNG?

Wie mehrfach dokumentarisch nachgewiesen und inzwischen selbst von der bürgerlichen Presse nicht mehr bestritten, ist Papadopoulos 1967 mit Hilfe des amerikanischen Geheimdienstes CIA und als Agent des amerikanischen Imperialismus an die politische Macht gekommen. Papadopoulos war der Verbindungsmann zwischen dem amerikanischen Geheimdienst und dem griechischen Geheimdienst KYP, bevor er 1967 an die Spitze der Staatsmacht kam. Heißt das, daß der jetzige Putsch gegen den amerikanischen Geheimdienst gerichtet ist, dessen Vertrauensmann Papadopoulos war? Natürlich nicht! Das zeigt sich schon daran, daß die neuen Putschisten aus der alten Clique von Papadopoulos kommen und daß der heutige Ministerpräsident Androutsopoulos seit langem als Mann des CIA und des US-Imperialismus bekannt ist. Androutsopoulos verbrachte die längste Zeit seines Lebens in den USA und ist unter anderem Mitglied des amerikanischen Juristenverbandes. Daß Jannides als Chef der Militärpolizei feste Verbindungen zu den USA und ihrem Geheimdienst unterhält und nichts gegen dessen Willen unternimmt, versteht sich von selbst. Seit der amerikanische Imperialismus in Griechenland an die Stelle des britischen Imperialismus getreten ist und dort den größten Einfluß ausübt, geschieht keine Maßnahme der Konterrevolution und Reaktion ohne direkte Anregung und Mitwissen des amerikanischen Geheimdienstes.

DIE NEUE REGIERUNG WIRD EBENFALLS DEN AUSGLEICH MIT DEN TRADITIONELLEN POLITIKERN UND PARTEIEN DER BOURGEOISIE SUCHEN

Eine breitere Basis kann das Regime nur gewinnen, wenn es sich mit Teilen der traditionellen Politiker und Parteien der Bourgeoisie verbindet, die noch einen gewissen Einfluß auf die griechischen Volksmassen haben. Nicht umsonst vermuten zahlreiche bürgerliche Zeitungen, daß die neue Putschregierung an einem Bündnis mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Karamanlis arbeitet. Nicht umsonst war eine der ersten Taten der neuen Regierung die Aufhebung des Hausverbotes gegen Kannelopoulos (ebenfalls ehemaliger Ministerpräsident und Mitglied der ERE, der Partei von Karamanlis) und die beiden rechten Zentrumspolitiker Zigidis und Mavros (letzterer Direktor der griechischen Nationalbank, der größten Institution des griechischen Finanzkapitals). Tatsächlich ist der einzige Ausweg aus der Krise des Regimes ein offenes oder verdecktes Bündnis mit geeigneten Kräften der alten bürgerlichen Parteien, die auf Grund ihres angeblichen Widerstandes gegen das Regime ein gewisses Vertrauen im Volk genießen. Nur durch ein solches Bündnis ließe sich jene Sammlung der Kräfte der Bourgeoisie erreichen, die eine Spaltung des griechischen Volkes und seine weitere Niederhaltung vorübergehend festigen könnten. Unter dem Schlagwort der Regierung der Nationalen Einheit wird diese Lösung in zahlreichen bürgerlichen Zeitungen erörtert. Es ist von größter Bedeutung, sich keinerlei Illusionen über eine solche Regierung der "Nationalen Einheit" zu machen. Für die griechische Arbeiterklasse und das griechische Volk wird es notwendig sein, auch dieses Manöver zu durchkreuzen wie sie bereits die Manöver der angeblichen Demokratisierung von Papadopoulos und Markezinis durchkreuzt haben. Das bedeutet, daß die Massen fortschreiten müssen im Kampf für die Volksdemokratie und ihre sozialen Interessen, die den Interessen der Bourgeoisie diametral entgegengesetzt sind, und sich zunächst vor allem gegen US-Imperialismus und die imperialistischen Monopole richten, ohne deren Hilfe sich die griechische Bourgeoisie keinen Tag am Ruder halten könnte. Das internationale Proletariat und die breite Solidaritätsbewegung mit dem kämpfenden griechischen Volk darf sich durch die zu erwartenden neuen Manöver der Bourgeoisie und des Imperialismus genausowenig übertölpeln lassen, wie sie sich durch den Putsch vom 29. November hat betrügen lassen. Die Parolen des griechischen Volkes "Nieder mit der faschistischen Diktatur!" "Amis raus aus Griechenland", "Nato raus aus Griechenland" können durch keinerlei bürgerliche Regierung erfüllt werden sondern nur durch die Herrschaft des Volkes selber, durch die Errichtung der bewaffneten Volksmacht unter Führung der Arbeiterklasse.

G.S.

BRD-Waffen für griechische Militärs

EXPORTGENEHMIGUNG FÜR MASCHINENGEWEHRE UND HANDFEUERWAFFEN

Trotz vielfacher Beteuerungen von führenden SPD-Politikern sind die Waffenlieferungen der BRD an das Militärregime in Griechenland verstärkt fortgeführt worden. Diese Waffen in der Hand der Militärdiktatoren dienen schließlich dazu, das westdeutsche Kapital in Griechenland gegen die bewaffnete Revolution zu schützen und selbstverständlich schützt die SPD-Regierung das westdeutsche Kapital und die Herrschaft der Bourgeoisie und des Imperialismus in Griechenland genauso wie in Westdeutschland selber. Nur geben das die SPD-Politiker nicht gern offen zu. Eine neue Enthüllung von umfangreichen Waffenlieferungen der BRD-Regierung an die griechische Militärdiktatur hat jüngst die Illustrierte "Stern" veröffentlicht. Obwohl ein Sprecher des Auswärtigen Amtes ein halbherziges Dementi versucht hat, bleibt der Stern bei seinem Bericht, "daß der Bundessicherheitsrat am 10. September unter Vorsitz von Bundeskanzler Brandt für Rheinmetall in Düsseldorf sowie Heckler und Koch in Oberndorf eine Genehmigung für den Export von 100 000 Handfeuerwaffen, 3 000 Maschinenpistolen und Munition nach Griechenland erteilt habe. Der Bundessicherheitsrat habe sich eingeschaltet, nachdem zuvor eine Exportgenehmigung im Kabinettsumlaufverfahren durch die Intervention eines Staatssekretärs gescheitert sei." (Süddeutsche Zeitung, vom 29.11.73). Es sollte sich niemand darüber wundern, daß ausgerechnet der humanitätstriefende Willy Brandt für diese Waffenlieferungen eintrat. Nicht umsonst mehren sich gerade unter diesem Kanzler auch die Manöverübungen der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes gegen streikende Arbeiter und besetzte Fabriken. Es ist nur natürlich, daß eine Regierung, die in Deutschland den Kampf gegen die Arbeiter übt, diesen auch dann mit Maschinenpistolen unterstützt, wenn er außerhalb der Landesgrenzen stattfindet, wo ja die gleichen Blutsauger am Werk sind wie in der BRD. In Griechenland z. B. Krupp. Um so wichtiger ist die Solidarität der deutschen und griechischen Arbeiter, die ein gemeinsames Interesse verbindet: **Zerschlagung des Imperialismus, Sturz der Ausbeuterherrschaft.**

G.S.

Großer Aufschwung in Südkorea

DAS PARK CHUNG HEE–REGIME GEHT UNWEIGERLICH DEN WEG DES UNTERGANGS

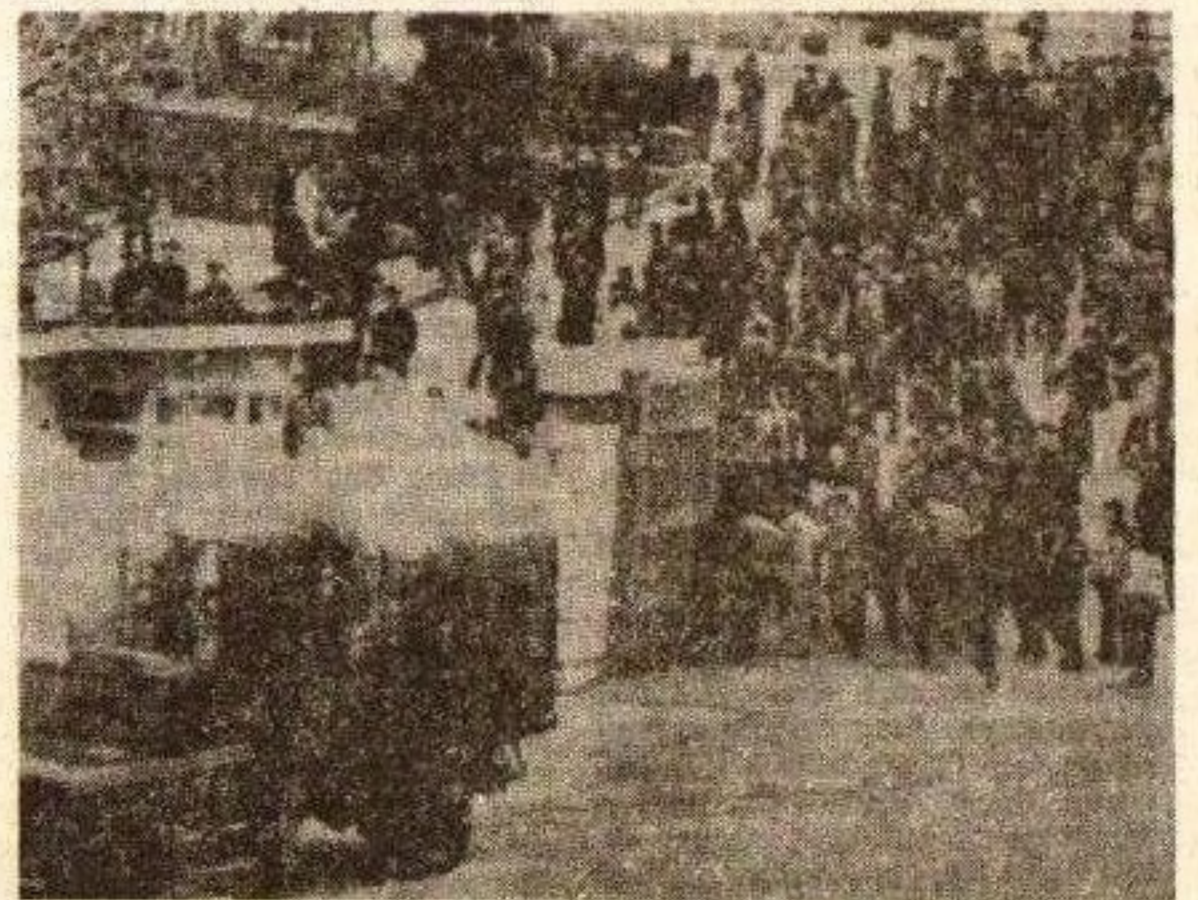
Am 27. Oktober versuchte ein sechsköpfiger Stoßtrupp des KCIA (koreanischer Geheimdienst) den Frankfurter Doktoranden Kim Sung-Soo aus seiner Wohnung zu entführen und nach Südkorea zu verschleppen. Kim Sung-Soo ist erster Vorsitzender der "deutsch-koreanischen Arbeitsgemeinschaft" und unterstützt den Kampf des koreanischen Volkes gegen die faschistische Diktatur, für demokratische Rechte, nationale Unabhängigkeit und friedliche Wiedervereinigung mit Nordkorea. Dieser Kampf hat in den letzten Monaten einen sichtbaren Aufschwung erfahren. Mit immer neuen großen Demonstrationen gelingt es den Arbeitern, Fischern und besonders den Studenten das seit zwei Jahren über das Land verhängte Kriegsrecht erfolgreich zu durchbrechen.

Ähnlich wie 1967, als der Geheimdienst 17 oppositionelle Koreaner aus der BRD entführte, versucht der KCIA jetzt wieder die Opposition gegen die Park Chung Hee-Tyrannei mundtot zu machen, indem er die Aktivsten verschleppt, foltert, auf Jahre ins Gefängnis wirft oder ermordet. Der Verschleppungsversuch ist Teil einer Säuberungswelle, die der KCIA in der ganzen BRD ausführt. Überall in der Welt, wo sich der Widerstand der Koreaner gegen die US-Marionette Park Chung Hee regt, tauchen die Agenten des KCIA auf, teils in der Maske des Kulturattaches der südkoreanischen Botschaft oder anderer Botschaftsangehöriger, teils als Karatespezialisten, um die Oppositionsbewegung einzuschüchtern. So wurden im April dieses Jahres zwei südkoreanische Arbeiter aus Norddeutschland verschleppt. Der Geheimdienst und seine Auftraggeber, die Park Chung Hee-Clique, wollen jede oppositionelle Regung im südkoreanischen Volke zertreten. Dieses gelingt ihnen aber nicht.

DER KAMPF DER ARBEITER UND STUDENTEN

An der Ostküste von Südkorea kämpfen 100 000 Fischer für ihre legitimen Rechte in den von der Regierung an Japan verschacherten Gewässern Fischfang zu treiben. In immer größeren Demonstrationen verleihen die Studenten ihren Forderungen Nachdruck: Auflösung des faschistischen Geheimdienstes, Abschaffung der Diktatur und nationale Unabhängigkeit. Seit Anfang Oktober reißen die Studentenunruhen nicht mehr ab, immer neue Universitäten und Städte werden in den Kampf mit einbezogen. Der Polizei gelingt es trotz brutalstem Terror nicht, den einmal in Flammen geschlagenen Funken wieder auszutreten.

Erst am Mittwoch, den 28.11. demonstrierten wieder Tausende Studentinnen der Frauenuniversität von Seoul gegen das volksfeindliche Regime. Immer klarer wird die Perspektive des Sturzes der Marionettenregierung, der Herstellung demokratischer Rechte und der nationalen Unabhängigkeit in diesen Kämpfen von den Studenten erkannt. Die Marionettenregierung wird immer mehr isoliert. Größere Teile der katholischen Kirche, die 1945 als willfähriger Handlanger und ideologischer Wegbereiter des US-Imperialismus ins Land gekommen war, gehen auf die Seite des Volkes über, wie z. B. der Bischof von Wonju, Chi Hak Soon, der Pastor Park Hyung Kyu und der Geistliche Kim Su Han.



Trotz brutalstem Polizeiterror breiten sich die Unruhen in Süd'`orea aus.

DIE BUNDESREGIERUNG IST EINE ZUVERLÄSSIGE UNTERSTÜTZUNG DER FASCHISTISCHEN MARIONETTENREGIERUNG

Die Regierung der Bundesrepublik hielt es nicht für nötig, auch nur mit einem Ton auf die Forderung der Frankfurter Professoren Fetscher, Clemens und Schmidt einzugehen.

Diese forderten die Bundesregierung auf einer Pressekonferenz mit Kim Sung-Soo auf, den Chef der Geheimdienstabteilung der südkoreanischen Botschaft in Bonn, Han Yong-Taek und dessen Vorgesetzten Lim Soon Hoo aus der BRD auszuweisen, da diese KCIA-Agenten nachweislich an dem Verschleppungsversuch beteiligt waren. Wen wundert dies, steckt doch die SPD/FDP-Regierung mit der Faschistenregierung in Seoul und deren Geheimdienst unter einer Decke. Erst vor kurzem hatten die Beauftragten der Bundesregierung Ernst und Fingerhut 10 000 weitere Krankenschwestern, darunter 75 pro Jahr für westdeutsche Militärkrankenhäuser, bei Park Chung-Hee eingekauft. Park Chung-Hee verkauft seine Landsleute für dringend benötigte Devisen und der westdeutsche Staat kauft vollausgebildete Krankenschwestern und Bergarbeiter, die in besonders gesundheitsgefährdete Betriebe gesteckt werden und nach drei Jahren wieder mit ihrer Staublunge nach Korea geschickt werden. Als Gegenleistung hält die SPD-Regierung dann schützend ihre Hand über die Umtriebe des KCIA, der als einer der brutalsten und verbrecherischsten Geheimdienste der ganzen Welt bekannt ist, selbst dann noch, wenn der KCIA sämtliche Gesetze der Diplomatie mißbraucht.

Kampf der Kumpanei der SPD-Regierung mit der faschistischen Regierung in Seoul!

L.H.

BRD-Behörden stützen türkischen Geheimdienst

VERFOLGUNG VON FORTSCHRITTLICHEN TÜRKEN

In der Nacht zum 19. November durchsuchte die Polizei Wohnung und Arbeitsplätze von zwei türkischen Arbeitern, Yildirim Dagyeli in Frankfurt und Himmet Subasi aus Konstanz und eröffnete ein Ermittlungsverfahren. Als Grund wurde angegeben der "Verdacht der Zugehörigkeit zu einer ‚kriminellen Vereinigung." Obwohl die beiden Türken sich nicht kennen und nichts miteinander zu tun haben, wurden sie im Beschluß des Amtsgerichts in Verbindung gebracht.

Auf die Frage der Rechtsanwälte nach den Gründen für dieses Vorgehen, erklärte die Abteilung 931 des Frankfurter Amtsgerichts, die den Durchsuchungsbefehl ausgestellt hatte, daß sie "bis jetzt keine Akten zur Beantwortung dieser Fragen" habe. Ein unbegründetes Ersuchen der westdeutschen Polizei, die ihrerseits nur auf Anschuldigungen des türkischen Geheimdienstes MIT handelt, genügt, um fortschrittliche türkische Arbeiter zu Kriminellen zu machen. Yildrim Dagyeli ist als entschiedener Gegner der faschistischen Militärdiktatur in der Türkei bekannt.

Bei der Durchsuchung war ein bekannter Agent der türkischen Geheimpolizei, die verantwortlich ist für brutale Folter- und Terrormaßnahmen gegen die antifaschistischen Kämpfer in der Türkei, anwesend. Die türkische Geheimpolizei MIT unterhält mit Unterstützung der westdeutschen Behörden eine Zentrale in Trier, die nur oberflächlich getarnt ist als Ausbildungsstätte für türkische Verkehrspolizisten.

Heute befindet sich der westdeutsche Imperialismus in der Rangliste der Ausbeuter und Unterdrücker des Volkes der Türkei an 2. Stelle. Es ist die NATO, die das blutige Militärregime in der Türkei aufrechterhält.

Der Anschlag auf die beiden türkischen fortschrittlichen Arbeiter ist nur ein Bruchteil des üblen Komplotts der westdeutschen Imperialisten mit dem faschistischen Militärregime.

Für die sofortige Aufhebung des Ermittlungsverfahrens!

Schluß mit der Unterstützung des türkischen Geheimdienstes MIT in der Bundesrepublik! MIT raus aus der BRD!

BESUCH IN DER PEKINGER MITTELSCHULE Nr. 35

Die Erziehung der Fortsetzer der Revolution

In der ersten Septemberhälfte besuchte eine Reisegruppe von Mitgliedern des Kommunistischen Bundes Luxemburg, des Kommunistischen Bundes Westdeutschland und der befreundeten Kommunistischen Hochschulgruppen die Volksrepublik China. In der letzten Nummer der KVZ wurde sie irrtümlicherweise als KBW-Reisegruppe bezeichnet. Die Reisegruppe wurde von den chinesischen Genossen außerordentlich freundlich aufgenommen und sorgfältig mit den Problemen und Errungenschaften des chinesischen Volkes bekanntgemacht.

Wir durchfahren das Eingangstor und überqueren den großen Hof der Schule. Der ist derzeit eine "Großbaustelle". Schüler sind dabei ein Fundament auszuheben, ein kleiner Schaufelbagger wird von einer Rotgardistin bedient, am Rand der Grube wird das Erdreich gesiebt. Vor dem langgestreckten, dreistöckigen Schulgebäude erwartet uns die Schulleitung – das Revolutionskomitee.

Der Empfang ist, wie überall, wo wir uns in China aufhielten, herzlich und temperamentvoll-fröhlich, die Atmosphäre völlig ungezwungen und wir fühlen uns sofort "wie zu Hause". Im Sitzungsraum versorgt man uns mit Tee und Zigaretten, dann gibt die Vorsitzende des Revolutionskomitees eine kurze Einführung zur Entwicklung und gegenwärtigen Situation der Schule. Diese Mittelschule ist eine von über 800 Mittelschulen der Stadt Peking. Vor der Befreiung war sie eine Privatschule, die zu besuchen außerordentlich kostspielig war. Kinder der Werktätigen durften nicht in die Mittelschule gehen. Heute hat die Pekinger Mittelschule Nr. 35 1 900 Schüler, die von 150 Lehrern unterrichtet werden. Der Schulbesuch ist natürlich kostenlos, und arme Eltern (z. B. Kinderreiche) bekommen Zuschüsse. Mehr noch: der Besuch der Mittelschule ist obligatorisch. Alle Kinder besuchen heute bereits, nach der 5-jährigen Grundschule, die 3-jährige Unterstufe der Mittelschule. Rund 50 % der Schüler gehen weiter in die 2-jährige Oberstufe. Bis 1975 wird auch diese Oberstufe der Mittelschule obligatorisch sein. Eine einheitliche und gleiche Volksbildung ist in China keine Zukunftsmusik mehr; sie ist weitgehend verwirklicht. Alle Kinder bekommen eine Ausbildung, erhalten die Qualifikationen vermittelt, die auf der Ebene der schulischen Ausbildung ein Studium an der Universität ermöglichen. Die Mittelschüler sind zwischen 12 und 18 Jahre alt. Sie werden in folgenden Fächern unterrichtet: Politik, chinesische Sprache und Literatur, Mathematik, Physik, Chemie, Geschichte, Geographie, Zeichnen und Musik und dazu natürlich Sport. Zusätzlich werden Grundkenntnisse der Landwirtschaft vermittelt. Eine Fremdsprache ist Pflicht, in der Regel Englisch oder Russisch. Es gibt aber auch Mittelschulen, an denen andere Sprachen gelehrt werden, u. a. auch Deutsch. Um den theoretischen Unterricht besser mit der Praxis verbinden zu können, hat die Schule eine kleine Fabrik eingerichtet. In ihr werden Ölfilter für Traktoren und Relais für Autos hergestellt.

Wir einigen uns darauf, nachdem wir mit diesen Fakten vertraut gemacht worden waren, die Schule zu besichtigen und unsere Fragen anschließend zu diskutieren. Als wir auf dem Weg zur Fabrik wieder an der Baustelle vorbeikommen, erklärt ein Mitglied des Revolutionskomitees, daß hier die Schüler mit Unterstützung der Volksbefreiungsarmee unterirdische Klassenzimmer anlegen, die im Kriegsfall und als Bunker benutzt werden können. Er verweist auf die vietnamesischen Erfahrungen und auf den Truppenaufmarsch der Sozialimperialisten an der chinesischen Grenze.

"Vorsitzender Mao fordert uns auf, tiefe Tunnels zu graben, überall Getreidevorräte anzulegen, nie nach Hegemonie zu trachten. Wir setzen das auch hier in die Praxis um. Die Erziehung der Fortsetzer der Revolution muß unter allen Umständen gesichert sein."

In der Fabrik der Schule ist die Arbeit in vollem Gang. Wir sind überrascht von der guten Ausstattung der einfachen ebenerdigen Räume. Die Schüler arbeiten an soliden Drehbänken, es gibt Bohrmaschinen und Fräsen. Hier wird tatsächlich produktiv gearbeitet! Natürlich ist das nicht vergleichbar mit Kinderarbeit und der brutalen Ausbeutung der Kinder in den frühen Tagen des Kapitalismus. Es gibt kein Antreiben und keine Hetze. Das, was in den Klassenräumen gelernt wurde, wird hier in der Praxis angewendet, und aus der Praxis werden wieder neue Erfahrungen gezogen: In einem bestimmten Turnus kommt jede Klasse im Schuljahr eine bestimmte Zeit in diese kleine Fabrik, wobei die tägliche Arbeitszeit dann früh und nachmittags jeweils drei Stunden beträgt. So werden die Kinder auch frühzeitig auf ihre späteren Aufgaben vorbereitet und mit der Arbeitswelt vertraut.

Die Lehrkräfte in der Fabrik sind erfahrene Arbeiter aus den Betrieben, die nicht nur ihr reiches Fachwissen an die Kinder weitergeben, sondern durch ihre Berichte über ihr Leben in der alten Gesellschaft das Bewußtsein der Schüler schärfen und sie anspornen zur Bewältigung ihrer Aufgaben. Die Disziplin in den Klassenzimmern ist ausgezeichnet, obwohl die Klassen nach den Vorstellungen unserer "modernen Reformpädagogen" viel zu groß sind, und demzufolge das schiere Chaos herrschen müßte. Diese Disziplin ist alles andere als eine "Kasernendisziplin", die auf "Kasernenhofdrill" gründet. Es herrscht die selbstverständliche Disziplin von selbstbewußten Menschen, die wissen wofür sie lernen, und daß sie das, was sie lernen, auch gebrauchen können. Es herrscht keine Angst in den Klassenzimmern und keine Unterdrückung durch "Autoritäten", deren sich die Schüler mit kindlicher Bosheit, jede Gelegenheit nützend, erwehren müßten. Schüler und Lehrer lernen miteinander und aneinander, vom selben Interesse geleitet.

Nach dem Besuch einiger Klassen überraschen uns die Schüler mit einer Vorstellung tänzerischer und musikalischer Darbietungen. Das, was die 13,14-jährigen Mädchen und Burschen uns zeigen, das hätte auf jeder Bühne Bestand! Ich weiß nicht, was mehr zu bewundern ist, die Anmut und Aussagekraft der Tänze oder die Frische und Kraft, in der die kleinen Solisten auf teilweise traditionellen Instrumenten ihre Stücke spielen. Und das ist kein aufgesetzter, unechter Folklorekrampf und keine effekthaschende "Kunst der Kunst wegen" Spielerei. Die Tänze und die Musik schildern das Leben der Arbeiter und Bauern, ihre Schwierigkeiten und Probleme, ihre Fehler und deren Überwindung, ihre fröhlichen Feste, ihr revolutionäres Bewußtsein und ihre glückliche Zukunftsperspektive. Diese Tänze und diese Musik sind mit dem Leben der Volksmassen verbunden, sie erwachsen daraus und beziehen daraus ihre Kraft. Jeder kann sie verstehen, kann daraus lernen und sich daran freuen.

Wieder beim Tee entfaltet sich sofort ein lebhaftes Gespräch, in das jederzeit die anwesenden Schüler korrigierend, ergänzend, die Fragen beantwortend eingreifen:

Wie wird die Verbindung von Unterricht und produktiver Arbeit über die eingerichtete Fabrik hinaus vorangetrieben?

Das ist wirklich eine zentrale Frage. Früher wußten die Schüler nicht, wie die Arbeiter und Bauern arbeiten. Die Ausbildungsstätten waren von der Gesellschaft getrennt. Schüler und Lehrer hatten keine Beziehung zu den Werktätigen. Die Schüler wurden mit einer Menge theoretischem Zeug vollgestopft, das sie dann prompt wieder vergessen haben. Die Lehrer pflanzten im Klassenzimmer an und betrieben Maschinen an der Tafel. Von einer Erziehung zu einem allseitig ausgebildeten Werktätigen mit sozialistischem Bewußtsein konnte keine Rede sein. Diese Fehler wurden unter dem Einfluß der bürgerlichen Linie im Erziehungswesen und der sowjetischen Pädagogik gemacht. Die Kulturrevolution hat damit aufgeräumt. Heute verbinden wir die Theorie mit der Praxis, wenden die erlernten Elementarkenntnisse in der Praxis an und lernen aus der Praxis. Wir achten auch darauf, daß die Verbindung mit den Arbeitern und Bauern stets enger wird. Deshalb gehen sowohl Schüler als auch Lehrer in jedem Schuljahr längere Zeit in die Fabriken und aufs Land. Zum Beispiel einen Monat in die Industrie, einen Monat in die landwirtschaftlichen Kommunen. Umgekehrt kommen Arbeiter und Bauern in die Schule, um dort in Spezialfächern zu unterrichten und ihre Erfahrungen den Fortsetzern der Revolution mitzuteilen. Niemand soll nur lernen, niemand soll nur arbeiten. Die Trennung von Kopf und Hand muß aufgehoben werden.

Der Kampf zweier Linien ist mit der Kulturrevolution nicht beendet; welche Probleme habt ihr, und wie sorgt ihr dafür, daß bürgerliche Einflüsse im Erziehungswesen ausgeschaltet werden und die Führung des Proletariats in allen Fragen gefestigt wird?

Nach der Kulturrevolution haben wir alle Lehrbücher durchgesehen. Einen Teil konnten wir weiter verwenden, ein Teil mußte überarbeitet werden, der Rest war unbrauchbar. Kurz, wir sind darangegangen, bürgerliche, reformistische Inhalte aus den Lehrbüchern zu entfernen. Aber in Bezug auf neue Lehrbücher und Mittel stehen wir noch vor großen Aufgaben. Ein anderes Problem ist, daß es Lehrer gibt, die immer noch "Autoritäten" spielen und in bürgerliche Fehler zurückfallen. Ihnen muß man helfen, sich umzuerziehen. Das Wichtigste freilich ist die politische Schulung von Lehrern wie Schülern. Dabei findet die Schulung in den verschiedensten organisatorischen Formen statt. Z.B. können Lehrer und Schüler zusammen studieren, wie dies mit den Erziehungstheorien Liu schao-tschis geschah, die dann von Lehrern und Schülern gemeinsam kritisiert wurden. (Liu favorisierte die sowjetische Pädagogik, in der "Leistung" und "gute Noten" an erster Stelle standen.)

Lehrer organisieren sich selbst in Studiengruppen zum Studium des Marxismus-Leninismus und der Mao tse-tung-Ideen. Sie haben zwei Nachmittage in der Woche und zusätzlich einen Abend, um gemeinsam sich die proletarische Weltanschauung anzueignen. Zur Zeit lesen wir den "Anti-Dühring" und die "Dialektik der Natur". Natürlich werden wir jetzt vor allem die Dokumente des 10. Parteitages studieren, Lehrer und Schüler, und sie breit in der Schule diskutieren. Auch im politischen Unterricht ziehen wir die Klassiker heran, so z. B. das "Manifest", "Staat und Revolution" oder "Über den Widerspruch" von Mao tse-tung.. Wir verbinden das Studium des Marxismus-Leninismus mit der Praxis, z. B. in der Kritik und Auseinandersetzung mit Lin Biao. Die roten Garden organisieren die Schulung für die Mittelschüler was die Freizeit betrifft. Natürlich benutzen wir auch die Form der intensiven Selbstschulung.

Welche Aufgaben haben die Roten Garden?

Die roten Garden arbeiten nach den Weisungen der Partei, sie packen die Probleme an, die gerade anstehen. Neben ihren Schulungsaufgaben, organisieren sie auch Freizeitgruppen der Mittelschule mit. So gibt es Freizeitgruppen für Modellbau, Kunstgewerbe, Sport, Musik usw. In den Schulferien organisieren sie die Arbeit der Schüler in Fabriken und auf dem Land. Sie sind auf drei Ebenen organisiert: in der Schulbrigade, der Klassenbrigade und der Klassengruppe. Die Rotgardisten sind in allem vorbildlich. Sie sind politisch bewußt, haben eine gute Disziplin, sind "gute Schüler" und körperlich gesund, denn wer sich mit der Revolution befaßt, muß in guter Verfassung sein. Sie sind den Schulkameraden Vorbild und Ansporn. Sie sind wirklich gute Fortsetzer der Revolution!

Nach diesem Lob sind die Rotgardisten keineswegs verlegen, sie lachen selbstbewußt und fröhlich und die Lehrer mit ihnen.

Die Zeit drängt, eigentlich müßten wir längst aufgebrochen sein, und so schließen wir unseren Besuch mit einer Frage nach den Prüfungen an der Schule ab.

Da wir nicht Buchwissen eintrichtern, das dann hinterher wieder abgefragt wird, sondern es uns darauf ankommt, daß die Schüler das Analysieren und Lösen von Problemen erlernen, müssen unsere Prüfungsmethoden entsprechend sein. Früher fanden die Prüfungen überfallartig statt. Man behandelte die Schüler nach Methoden, wie man sie einem Feind gegenüber verwendet, den man überraschen will. Die Schüler lernten ihre Notizbücher auswendig, ohne etwas zu begreifen. Heute verbinden wir auch die Prüfung mit der Praxis; beispielsweise lassen wir in Physik ein Radio zusammensetzen. Die Schüler können auch bei den Prüfungen Bücher und Hilfsmittel benützen, es gibt kollektive Prüfungen, in denen die Aufgaben diskutiert und gemeinsam gelöst werden, weitgehend führen wir mündliche Prüfungen durch und solche, in denen das Gelernte in der Praxis angewendet werden muß. Bei alldem aber wird der politische Faktor, also das politische Bewußtsein des Schülers, seine Entwicklung als Nachfolger und Fortsetzer der Revolution, die entscheidende Rolle spielen.

Wir haben die Mittelschule Nr.35 in Peking mit gemischten Gefühlen verlassen. Einerseits waren wir froh über das, was wir hier gesehen und erfahren hatten, die Bedingungen zum weiteren Ausbau des Sozialismus sind, soweit sie vom Ausbildungssektor abhängig ist, wirklich ausgezeichnet, aber wenn wir an die Jugend zu Hause in der BRD dachten, waren wir doch auch betrübt. Denn der direkte Vergleich (und das ging uns überall so, wo wir mit Kindern zu tun hatten während unserer Reise) machte geradezu schmerzhaft deutlich, wie ziellos, arm, unterdrückt und verkrüppelt große Teile unserer Jugend unter der kapitalistischen Herrschaft leben. China ist ein armes Land, aber die chinesische Jugend ist, verglichen mit unseren Verhältnissen, unermesslich reich!

W.P.

Heilung bei 90% Verbrennungen?

LESERBRIEF ZU "IM CHINESISCHEN KRANKENHAUS"

Betrifft: KVZ Nr. 6: "Im chinesischen Krankenhaus"

Die Reisegruppe berichtete, daß Patienten mit Verbrennungen von 90 % bzw. 95 % der Körperoberfläche geheilt wurden. Nach meinen Informationen stirbt man, wenn nur 40 bis 50 % der Haut zerstört sind.

Der Kommentar einiger fortschrittlicher Mitschüler: "Ihr schreibt ja einen Scheiß!" Mir kommt diese Angabe ebenfalls unglaubwürdig vor.
Ich fordere euch auf, in der nächsten Ausgabe dazu Stellung zu nehmen.
Wir haben es als Kommunisten nicht nötig zu übertreiben.

A.K.
Osnabrück

ANTWORT: NEUE SCHWERPUNKTE DER BEHANDLUNG

Es ist richtig, daß die chinesischen Erfolge "jeder wissenschaftlichen Erkenntnis" bei uns widersprechen. Dennoch ist die Heilung von Patienten mit über 90 % verbrannter Körperoberfläche in China längst kein Einzelfall mehr.

Der als Arzt in China lebende Engländer **Horn** schreibt in seinem Buch "Arzt in China": "Ich selbst sah unlängst einen Patienten, der geheilt worden war, obwohl bei ihm lediglich die Haut der einen Fußsohle und die Kopfhaut unverbrannt geblieben waren."

Der erste Patient, an dem das sozialitische China zeigte, daß es "trotz seiner technischen Rückständigkeit in der Lage war, die Verbrennungen eines Arbeiters besser zu behandeln als die westlichen Länder die eines Monarchen oder Millionärs", war der Stahlarbeiter Chiu Tsai Kang aus Schanghai.

Flüssiger Stahl hatte sich über ihn ergossen seine Kleider hatten Feuer gefangen, 89 % seiner Haut waren zum Teil schwer verbrannt. Das war 1958, in der Zeit des "Großen Sprungs nach Vorn", einer Zeit also, wo im ganzen Land die Stahlproduktion im Vertrauen auf die eigene Kraft erlernt wurde.

Es gelang, Chiu Tsai Kang zu retten. Aufbauend auf diesen Erfahrungen wurden in vielen Krankenhäusern Verbrennungsabteilungen eingerichtet. Mit den Methoden des dialektischen Materialismus untersuchte man in jedem Einzelfall die auftretenden Schwierigkeiten und entwickelte daraus neue Schwerpunkte der Behandlung. Eine solche Schwierigkeit ist z.B., daß ausgedehnte Verbrennungen eine große Wundfläche darstellen, die das Eindringen von Bakterien begünstigt. Die Gefahr einer Blutvergiftung ist sehr groß. Betrachtet man diese Frage undialektisch, so folgert man, daß die ausreichende Gabe von bakterientötenden Mitteln diese Schwierigkeit löse. Aber die Erfahrung zeigt, daß trotz dieser Maßnahme viele Patienten an Blutvergiftung sterben. Davor kapituliert die westliche Medizin.

Die chinesischen Genossen haben diese Probleme untersucht. Sie fragten sich, warum manchmal die Blutvergiftung plötzlich eintritt, in anderen Fällen gar nicht, obwohl immer Bakterien in den Wunden gefunden werden. Warum Blutvergiftungen auch bei kleinen Verbrennungen von nur 1 % auftreten.

In einer chinesischen Medizinzeitschrift von 1965 berichten sie:

"Bei den Bemühungen, eine Antwort auf diese Fragen zu finden, leistete uns der Aufsatz 'Über den Widerspruch' unschätzbare Dienste. Mao lehrt, daß **die grundlegende Ursache für die Entwicklung einer Sache nicht außerhalb, sondern innerhalb derselben sich befindet. . . Die äußeren Ursachen sind die Bedingungen der Veränderung, und die inneren Ursachen bilden die Grundlage der Veränderung, woraus folgt, daß die äußeren Ursachen ihre Wirksamkeit vermittels der inneren Ursachen entfalten.**

Als wir dieses Prinzip auf unsere klinische Praxis anwandten, wurde uns klar, daß die Einheit der Gegensätze durch die Einwirkung der Keime und die Abwehrreaktion des Körpers gebildet wird, da beide gleichermaßen imstande sind, das Auftreten und die Entwicklung von Infektionen bei Brandverletzungen zu beeinflussen., Die Keime sind dabei die äußere Ursache, wohingegen die Widerstandsfähigkeit des Körpers die innere Ursache darstellt. Zwar kann die gesamte Oberfläche der Wunde mit Bakterien infiziert sein, ob es aber zu einer Blutvergiftung kommt, hängt entscheidend von der Widerstandsfähigkeit des Individuums, dem ausschlaggebenden Faktor, ab."

Daraus zogen sie die Lehre: "Bei der Behandlung von Blutvergiftungen müssen Widerstandsfähigkeit und Kräftigung des Körpers zweifelsohne im Zentrum der ärztlichen Bemühungen stehen, zugleich aber ist darauf zu achten, daß die bakterielle Infektion bekämpft und eingedämmt wird." "Während der ganzen Behandlung gilt die Hauptsorge der Schonung und Kräftigung des Körpers, die durch verschiedene Maßnahmen gewährleistet werden: Man sorgt für eine angenehme Umgebung, viel Ruhe und Schlaf sowie für gutes Essen und ist bestrebt, den Patienten in seinem Vertrauen auf das Endergebnis der Behandlung zu bestärken."

Die Erfolge geben den chinesischen Genossen recht. Sie zeigen die Überlegenheit des dialektischen Materialismus über die mechanistischen und idealistischen Untersuchungs- und Behandlungsmethoden der westlichen Medizin.

A.M.

Schweden: Sieg der SAAB-Arbeiter

UNBEUGSAME ARBEITERSOLIADRITÄT / BREITE UNTERSTÜTZUNG DES VOLKES

Stockholm. Im SAAB-Konzern, einem der größten schwedischen Unternehmen, werden Kraftfahrzeuge und militärische Fahrzeuge produziert. Das Hauptwerk befindet sich in Trollhättan/Westschweden, eine der Zweigniederlassungen in Oskarshamn/Südostschweden. In diesem Werk, in dem LKWs produziert werden, haben Ende August / Anfang September die Arbeiter selbständige Streiks durchgeführt, um Lohnerhöhungen durchzusetzen. Die Arbeiter wollten eine Anpassung an die Löhne im Hauptwerk und forderten deshalb eine Krone mehr pro Stunde.

Die Kapitalisten wollten sich erst mit einem schäbigen Angebot von 58 Öre aus dem Staube machen. Die Arbeiter lehnten dieses Angebot auf einer Gewerkschaftsversammlung, auf der 400 Kollegen anwesend waren, ab, beschlossen jedoch, die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn endlich – wie sie schon lange gefordert hatten – zentral verhandelt würde. Die Verhandlungen ergaben eine Lohnerhöhung von 70 Öre.

Die Kollegen konnten nun aber ihren Kampf nicht beenden. Denn kaum war das Ergebnis zustandegekommen, schlichen sich die Kapitalisten hinterrücks zum Arbeitsgericht und verklagten 361 Kollegen auf Schadenersatz. Die zwei Prozeßtermine sollten in Stockholm, dem zuständigen Gerichtsort, stattfinden, immerhin etwa 350 km vom Arbeitsplatz entfernt.

Die Kollegen beschlossen, alle 361 vor Gericht aufzutreten, und leiteten eine Spendensammlung für Reise und Unterhalt ein. Mit diesem solidarischen Akt hatten sie bereits einen neuen Sieg über die Kapitalisten von SAAB errungen. Denn ein Auftritt in Stockholm hätte einen mehrtägigen Produktionsausfall bedeutet. Also versuchten die Kapitalisten, sich ihre Rechtsordnung zurechtzubiegen. Sie beantragten, Oskarshamn zum Gerichtsort zu erklären. Dies wurde jedoch abgelehnt. Der nächste Schritt im Rückzugsgefecht angesichts der ungebrochenen Solidarität der Arbei-

richtsort zu erklären. Dies wurde jedoch abgelehnt. Der nächste Schritt im Rückzugsgefecht angesichts der ungebrochenen Solidarität der Arbei-

ter war folgendes Angebot: Wir nehmen die Klage zurück, wenn ihr 12 unbezahlte Überstunden leistet! Die Kollegen lehnten diese Bauernfängerei ab und führten ihre Aktion weiter. Da zogen die Kapitalisten von SAAB nach Rücksprache mit dem Arbeitgeberverband den Schwanz ein und die Klage zurück.

Nun versuchte die Unternehmerseite, sich an einem einzelnen Kollegen zu rächen. Peter Bergkvist, der aktive Sekretär der fortschrittlichen Betriebsgewerkschaftsgruppe, Mitglied des Verhandlungs- und "Gerichtskomitees" der Kollegen und einer der 361, sollte an Stelle aller bestraft werden. Die Kapitalisten warfen ihm Faulheit, Fehlen und politische Betätigung am Arbeitsplatz vor und wollten ihn auf einen schlechteren und schlechter bezahlten Arbeitsplatz versetzen. Während die Betriebsleitung mit Bergkvist verhandelte, brachten die Kollegen ihre Solidarität mit Bergkvist in einem neuen Streik zum Ausdruck und forderten: Bergkvist bleibt, wo er ist! Als die Betriebsleitung von dem Streik erfuhr, reagierte sie erst mit fristloser Kündigung gegen Bergkvist, dann besann sie sich eines "Besseren" und bot Bergkvist eine Angestelltenstelle mit höherem Gehalt. Aber weder Peitsche noch Zuckerbrot halfen. Bergkvist selbst verlangte, auf seinen alten Arbeitsplatz in die Montagehalle gelassen zu werden.

Zuckerbrot halfen. Bergkvist selbst verlangte, auf seinen alten Arbeitsplatz in die Montagehalle gelassen zu werden.

Die Betriebsleitung streckte die Waffen und die Kollegen hatten einen vollständigen Sieg errungen

"WIR KÖNNEN UNS NICHTS WOHLTÄTIGERES DENKEN, ALS UNSERE STREIKENDEN KOLLEGEN BEI RITSEM ZU UNTERSTÜTZEN."

Die Kollegen waren von eiserner Solidarität und fanden in ihrer Gewerkschaftsgruppe im Betrieb eine gute Stütze. (Nur der Vorsitzende dieser Gruppe stimmte gegen die Kollegen.) Dazu kommt, daß sie all ihre Schritte auf Versammlungen diskutiert und beschlossen hatten. Schließlich hätten sie es verstanden, eine außerbetriebliche Solidaritäts- und Unterstützungsaktion zu organisieren, an der die Kommunistische Partei Schwedens (KPS) großen Anteil hatte.

Viele Belegschaften und Gewerkschaftsgruppen, auch innerhalb des SAAB-Konzerns selbst, diskutierten den Kampf der Kollegen und sammelten Geld für sie. Aus dem ganzen Land gingen hohe Geldspenden ein, bis Anfang November allein an das Komitee 32 000 schwedische Kronen.

Die bürgerliche Presse in Schweden hat den Arbeitern von SAAB den Rat gegeben, das Geld für "wohltätige Zwecke" zu spenden. Ein Arbeiter aus dem "Gerichtskomitee" meinte dazu: "Wir können uns nichts Wohltätigeres denken, als unsere streikenden Kollegen bei Ritsem zu unterstützen!" Ritsem ist ein Ort genau am anderen Ende Schwedens, in Lappland. Dort wird zur Zeit ein staatliches Wasserkraftwerk gebaut und die Kollegen verlangen da höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Dafür streiken sie. M.N.

ches Wasserkraftwerk gebaut und die Kollegen verlangen da höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Dafür streiken sie. M.N.

Zwei Linien in der Solidarität mit Chile

Die Chile-Solidaritätsbewegung in Westberlin hat schon längst Massencharakter erlangt, drei große Demonstrationen seit dem Putsch, mehrere Solidaritätsveranstaltungen, Stände in der Stadt, breite Geldsammlungen in den Betrieben und die große Sympathie in der Bevölkerung zeugen davon.

Vorläufiger Höhepunkt war die Demonstration am 3.11. von über 20 000. Aufgerufen hatte das Komitee "Solidarität mit Chile" und über 30 demokratische und sozialistische Organisationen, darunter die Jusos, Falken, mehrere Jugendgruppen in der Gewerkschaft, Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW), mehrere fortschrittliche Ausländerorganisationen sowie die Kommunistische Gruppe Westberlin und die Kommunistische Hochschulgruppe.

Während die letzte Demonstration am 14.9. fast ganz unter den Parolen "Es lebe die Unidad Popular", "Solidarität mit der Unidad Popular" und "Allende, Allende, dein Kampf ist nicht zu Ende" unter der Führung der SEW (DKP) stand, hat sich das Bild nun mächtig verändert.

Dies wurde in den Blöcken der Demonstration deutlich, die unterschiedliche und einander entgegengesetzte Parolen trugen. An der Spitze ging das "Chile Komitee" unter Parolen, die den Aubau der Organe der Volksmacht in Chile und den Sieg der chilenischen Revolution propagierten. Auf den Plakaten in diesem Block war überall kurz vor der Demonstration die Propagierung der bewaffneten Volksmacht überklebt worden; dies hatten die SEW und die Jusos gefordert als Vorbedingung der Aktionseinheit. Während der Demonstration jedoch war fast nirgends der Aufkleber mehr zu sehen, überall stand: "Die bewaffnete Volksmacht wird siegen". Der Block des "Chile Komitees" stellte über die Hälfte der Demonstration.

Am Ende der Demonstration ging ein von der Kommunistischen Gruppe und Kommunistischen Hochschulgruppe organisierter Block unter der Hauptparole: "Für den Aufbau der bewaffneten Volksmacht in Chile".

Zwischen diesen Blöcken ging die SEW unter der Hauptparole "Freiheit für Luis Corvalan, den Generalsekretär der KP Chile" und "Schluß mit dem faschistischen Mordterror". Dieser Block war ganz ausgerichtet auf die Propagierung des "dritten", des friedlichen Weges zum Sozialismus

Jedoch diese Politik der SEW, die Solidarität mit einer reformistischen Regierung (UP) und der bürgerlichen Demokratie und nicht die Solidarität mit den Kämpfen des Volkes um die Macht, diese Politik muß die SEW auch zunehmend mit Gewalt gegen die Massen organisieren. So wurde ihr Block durch Ordner streng sauber gehalten, der "friedliche" Weg mit drei dichten Schlägerketten vor der Realität geschützt. Bei einer Chileveranstaltung der SEW wurden Besucher von Schlägern an der Tür gewarnt: "Wer hier diskutieren will, kriegt ein's in die Wäsche."

t.w.

Westdeutscher Verfas-

Westdeutscher Verfassungsschutz in Chile

Die Solidarität, die sich überall in der Welt mit dem Kampf des chilenischen Volkes gebildet hat, veranlaßte den Weltkirchenrat, Druck auf die faschistische Militärjunta auszuüben; sie mußte die Errichtung von Auffanglagern für Flüchtlinge zulassen. Der Weltkirchenrat rechnet mit weit über 20 000 Flüchtlingen bis zum Jahresende. Wer es geschafft hat, in eines der Lager zu gelangen, ist vor den Häschern der Junta jedoch keineswegs sicher: Augenzeugen berichten, daß immer wieder bewaffnete Militärs in diese Lager eindringen und Menschen verhören und verschleppen.

In der Bundesrepublik war es vor allem durch die Bemühungen der vielen Solidaritätskomitees mit Chile möglich, daß bisher ca. 1 300 Wohnplätze für Flüchtlinge aus Chile sichergestellt werden konnten. Etwa die Hälfte davon wurde spontan von Familien oder Wohngemeinschaften bereitgestellt, die andere Hälfte mußten zahlreiche Stadtverwaltungen aufgrund der Arbeit der Komitees bereitstellen. Zunächst reagierte die Bundesregierung überhaupt nicht. Dann nahm sie den Mund sehr voll und redete davon, unbegrenzt Flüchtlinge aufzunehmen. Nach und nach jedoch schrumpfte die Zahl immer mehr zusammen und es wurden immer mehr Einschränkungen gemacht. So wurde bis heute noch kein einziger Flüchtling aufgenommen; aus Drittländern (Lateinamerikaner, die in Chile während Allende politisches Asyl gefunden hatten) werden grundsätzlich keine aufgenommen. Ein Brasilianer beispielsweise, der in Chile lebte und der über Mexiko in die BRD gelangte, wurde zwei Tage lang in Bundesgrenzschutzhaft gehalten und dann zurückgeschickt.

Anfang November flog dann eine dreiköpfige Delegation der Bundesregierung nach Santiago. Ihr gehören je ein Vertreter des Außenministeriums der Bundesanstalt für Arbeit und des Verfassungsschutzes an. Offiziell lautet ihr Auftrag: Vorbereitung der Flüchtlingsaufnahme. Die Wahrheit jedoch kam bald ans Licht: sie sollte aus den zig Tausenden 100 heraussuchen. Die Auswahlkriterien sind inzwischen von Vertretern der Bundesregierung klar formuliert worden: es sollen keine "schweren" Fälle (Gesuchte, Angeklagte, Inhaftierte) aufgenommen werden; Menschen, die die "Gewalt" befürworten, kommen nicht in Frage. Genscher selbst redete davon, daß man die freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen chilenische Linksextremisten "schützen müsse". Diese "Linksextremisten" auszusondern, das ist die Aufgabe des Verfassungsschutzes in Chile. Augenzeugen berichten, daß der Verfassungsschutzmann in den Lagern die Verfolgten der Junta stundenlang verhört. Wird ein Verhörter nicht angenommen, so trägt er den Stempel "linksradikal" und ist für die Häscher der Junta leicht auszumachen. Angesichts dieser Praxis haben sich überhaupt erst 30 Menschen gemeldet, die in die BRD wollen. Für die anderen stellt das Verhör ein zu großes Risiko dar: die Delegation der Bundesregierung nimmt den Faschisten die Arbeit ab.

WAS SIND DAS FÜR ARGUMENTE, DIE DIESES SCHMUTZIGE GESCHÄFT RECHTFERTIGEN SOLLEN?

Die "Linksextremisten" – das sind Arbeiter, Bauern und Intellektuelle, die während der Regierungszeit Allendes in vorderster Front auf der Seite der Arbeiterklasse und gegen die Faschisten kämpften. Weil die Erfahrung lehrt, daß der Faschismus mit allen Mitteln das chilenische Volk unterjochen wollte, kämpften sie mit dem Gewehr in der Hand. Unzählige starben in den Tagen des Putsches beim Versuch, die Faschisten zu bekämpfen und die Errungenschaften des Volkes zu verteidigen. Die Behandlung dieser Menschen als Menschen zweiter Klasse stellt eine Verhöhnung dieses Kampfes dar; sie zeigt, daß die "Bestürzung" der Bundesregierung über das Massaker in Chile pure Heuchelei war. In Wirklichkeit trägt die Bundesregierung dazu bei, daß dieses Massaker vervollständigt werden kann.

Sofortige und unbegrenzte Aufnahme von Flüchtlingen!
Keine Auswahl der Flüchtlinge durch den Verfassungsschutz!
Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittländern! P.F.

Streik der Bergleute in England

London. Die Überstunden-Verweigerung der britischen Bergarbeiter hat in Großbritanien zu einer Verminderung der Kohleförderung um 25 % geführt. (Süddeutsche Zeitung vom 27.11.73). Weiter ist zu erfahren, daß die Lohnverhandlungen zwischen den Kraftwerksingenieuren und den Arbeitgebern festgefahren sind und daß die 300 000 Kraftwerksarbeiter streikbereit sind, um ihre Lohnforderungen durchzusetzen. Die britische Regierung hat den Bergarbeitern inzwischen Lohnerhöhungen zwischen 13 und 16 % angeboten. Die Kollegen haben das Angebot abgelehnt. (Le Monde, 25./26.11.73). Sie lassen sich durch das Geschrei von der Energieverknappung, durch Verhängung des Notstandes, durch die Ausgabe von Benzingutscheinen und Stromrationierung nicht beeinflussen. Sie sind nicht bereit, die wirtschaftliche und politische Krise der britischen Kapitalisten auszulöffeln. Die britischen Arbeiter lassen sich durch all die Maßnahmen der britischen Regierung zur Bewältigung dieser Krise nicht in die Notgemeinschaft mit den Kapitalisten und ihrem Staat zwingen. Sie verzichten nicht auf den Kampf für ihre Interessen, – das ist das Wesentliche in dieser Situation. Kampf für die eigenen Interessen – das ist einmal der Lohnkampf, den die Bergarbeiter führen. Das ist der Kampf gegen das Anti-Streik-Gesetz, das die Regierung Heath vor 2 Jahren im Parlament beschließen ließ. Mit diesem Gesetz kann die britische Staatsgewalt jeden Streik verbieten, die Gewerkschaften, die Kampforgane der Arbeiter, wurden mit diesem Gesetz registrierpflichtig gegenüber dem Staat und den Kapitalistenverbänden gemacht und können mit Geldstrafen belegt werden, wen sie einen nicht erlaubten Streik unterstützen.

Die Automobilarbeiterstreiks bei Chrysler, Ford und General Motors, die während der letzten 3 Monate andauerten, sind allesamt für illegal erklärt worden. Die Metallarbeitergewerkschaft wurde zu einer Geldstrafe von umgerechnet 450 000 DM verurteilt (Mündener Allgemeine vom 6.11.73). Die Metallarbeiter aller Branchen beantworteten dieses Urteil mit einem 24 stündigen Streik Anfang November. Sie wandten sich gegen die Einschränkung der gewerkschaftlichen Betätigung und forderten die Aufhebung des Gesetzes. D.T.

Der Kampf gegen den faschistischen Terror in Spanien

Die im Sondergefängnis für Priester in Zamora festgehaltenen sechs baskischen Priester traten am 6. November in den Hungerstreik, nachdem sie zuvor Türen und Fenster demoliert und das Mobiliar angezündet hatten, um gegen die unmenschlichen Haftbedingungen zu protestieren. Sie forderten gleichzeitig die Auflösung dieses Sondergefängnisses und die Zusammenlegung mit anderen politischen Gefangenen. Bisher konnten sie ihre Forderung trotz der breiten Protest- und Solidaritätsbewegung der Priester in ganz Spanien und der Unterstützung ihrer Forderung durch die Bischofskonferenz nicht durchsetzen. Nach kurzem Aufenthalt im Gefängnislazarett von Madrid wurden sie wieder nach Zamora zurückgebracht, wo sie ihren Hungerstreik fortsetzen.

Die Priester waren zu 6 und mehr Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil sie die Kämpfe der Arbeiter in den Industriezentren Bilbaos für höheren Lohn und politische Freiheiten unterstützt, Flugblätter verteilt, von der Kanzel Solidarität mit dem Kampf der Arbeiter gefordert und die Kirchenräume den Arbeitern zur Verfügung gestellt hatten.

Die Einzelhaft unter unmenschlichen Bedingungen, wie sie im Gefängnis von Zamora herrschen, ist Folter. Die Haftbedingungen der Priester in Zamora sind die aller politischen Gefangenen in Spanien, der Hunderte von Arbeitern, Studenten, Männern und Frauen. Seit Monaten treten die politischen Gefangenen in vielen Gefängnissen in den Hungerstreik, um gegen ihre unmenschliche Behandlung zu protestieren.

Die Folter beginnt sofort nach der Festnahme in den Polizeikommissariaten, um "Geständnisse" zu erpressen. Durch Lichteinstrahlung – sehr oft werden die Gefangenen gezwungen, direkt in das helle Licht zu sehen – hindern Francos Bluthunde die Gefangenen tage- und nächtelang am Schlaf. Nicken sie ein, werden sie getreten und mit harten, eisernen Gegenständen geschlagen. Oder die Schergen hängen die Gefangenen mit den Füßen an eine Kordel gebunden stundenlang aus dem Fenster eines hohen Stockwerks und drohen, die Kordel durchzuschneiden, wenn nicht bald ein Geständnis käme. Auf diese Weise ist 1968 der Student Ruano von der Polizei getötet worden. Er wurde tot auf dem Pflaster des Innenhofs eines Madrider Polizeikommissariats aufgefunden. Die Polizei behauptete hinterher, er habe, aus dem Fenster springend, flüchten wollen. Im August wurde ein Arbeiter in der Madrider Oberpolizeidirektion zu Tode gefoltert.

Die Klassenkämpfe in Spanien spitzen sich zu, aus den Streiks und Kämpfen der Arbeiter entfalte sich eine breite Volksbewegung in den Städten (Vigo im September 1973, Pamplona im Mai 1973), die demokratische Bewegung erfaßt immer breitere Teile des Volkes und das katalanische Volk hat sich in der "Versammlung von Katalonien" zusammengeschlossen und fordert demokratische Freiheiten. Und nachdem nun schon Teile des niederen Klerus sich auf die Seite des Volkes stellen und mitkämpfen, ist selbst die katholische Hierarchie, die zu den Hauptstützen des Regimes gehört, gezwungen, Forderungen nach Versammlungs- und Meinungsfreiheit, Streikrecht usw. offen zu vertreten.

K.S.

Der Befreiungskampf in Südarabien

DIE ERFOLGE DER PFLOAG UND DER VÖLKER SÜDARABIENS WAREN NUR DURCH DEN VOLKSKRIEG MÖGLICH

Wenige Tage nach der Anerkennung der Waffenstillstandsresolution der UNO durch Ägypten, Syrien und Israel schrieb eine in Aden in der Demokratischen Volksrepublik Jemen (im südwestlichen Teil der arabischen Halbinsel) erscheinende Zeitung:

"Die arabischen Volksmassen waren nicht zufrieden mit der Feuereinstellung Sie wünschten die Fortsetzung des gerechten Krieges, der vom ägyptischen, syrischen und palästinensischen Volk geführt und von den arabischen Völkern unterstützt wird. Sie wünschten die Fortsetzung des Krieges zur Rückgewinnung der dem ägyptischen, syrischen und palästinensischen Volk entrissenen Rechte auf die besetzten Gebiete und zur Rückgewinnung der nationalen und demokratischen Rechte des palästinensischen Volkes." (Stimme der Revolution, Nr. 75, 27.10.73)

WIE KOMMT EINE ARABISCHE ZEITUNG ZU EINER SOLCHEN EINSCHÄTZUNG?

Diese Zeitung ist das Organ einer Befreiungsorganisation, der Volksfront für die Befreiung Omans und des arabischen Golfs (PFLOAG).

Seit 1965 kämpfen die Völker von Oman und am Arabischen Golf mit der Waffe in der Hand gegen die britischen Kolonialherren, die seit mehr als 100 Jahren ihr Land besetzt gehalten und die Reichtümer ausgebeutet haben. Mit Hilfe zahlreicher bestochener Sultane und Stammesfürsten war es den britischen Kolonialisten bis zur Mitte des letzten Jahrhunderts gelungen, den gesamten Raum um den arabischen Golf in ihre Hand zu bringen, was die völlige Entrechtung und brutale Unterdrückung der Völker dieser Länder bedeutete. Schon sehr früh begannen diese, sich gegen die Fremdherrschaft zur Wehr zu setzen und organisierte Widerstandsaktionen durchzuführen.

Schließlich begann am 9. Juni 1965 in den Bergen Dhofars, der westlichsten Provinz Omans, der bewaffnete Aufstand, der inzwischen zur Befreiung der gesamten Provinz mit Ausnahme ihrer Hauptstadt Salalah geführt hat. Salalah gleicht heute einem Konzentrationslager. Die noch in der Stadt verbliebenen Menschen sind in ihr eingesperrt, sie dürfen die Stadtgrenzen nicht verlassen. Viele Häuser sind zu Gefängnissen gemacht worden. Dort werden Tausende von Menschen gequält und umgebracht, die sich am Kampf gegen die Kolonialisten beteiligt oder mit ihm sympathisiert haben. Vor den Toren der Stadt liegen britische Militärbasen. Bis auf diese letzte Zufluchtsstätte, in die sich die Kolonialisten mit ihren arabischen Lakaien zurückgezogen haben, ist die gesamte Provinz befreit.

WIE WAR DIESER GROSSE ERFOLG MÖGLICH?

Die PFLOAG schreibt dazu in einem politischen Dokument vom April 1973:

"Die bewaffneten Streitkräfte, die den Kampf mit neun Gewehren begonnen hatten, wurden weiter ausgebaut. Darüberhinaus wurden die alten Stammesstrukturen zerschlagen, die Sklaverei wurde abgeschafft und die Möglichkeiten der Frauen, am bewaffneten Kampf teilzunehmen, wurden verbessert. Es wurden Komitees gebildet für die Aufklärung der Massen und zur Lösung ihrer Sozial- und Stammesprobleme, sowie landwirtschaftliche Komitees, um die Massen an eine kollektvie Landwirtschaft heranzuführen. Die Revolution führte den Kampf gegen das unter der Landbevölkerung weitverbreitete Analphabetentum. Sie errichtete für die Befreiungsarmee und die Bevölkerung Alphabetisierungszentren und eröffnete sowohl Schulen für die Kinder als auch Ausbildungslager für die Revolutionskader. Ebenso baute sie die erste Straße im befreiten Gebiet und gründete eine Sanitätseinheit, zusätzlich zum 'Habkuk'-Krankenhaus (Name eines gefallenen Genossen, d.Red.)." (Politisches Dokument der PFLOAG, abgedruckt in: FRONT, Nr. 2/72, S.27)



Seit 1965 kämpfen die Völker in Oman und Dhofar, unterstützt von der DVR Jemen.

Heute hat das Volk von Dhofar sein Land fest in der eigenen Hand. Es hat die Ölgesellschaften zum Teufel gejagt, die auf seinen Äckern nach Öl zu bohren begonnen hatten, und über sie verfügten, wie über eigenes Land: so die Dhofar Cities Petroleum Company, die "aufgrund von Guerillatätigkeit die Ölsuche einstellen mußte". Es hat begonnen, eine neue Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung aufzubauen.

DIE GEFAHREN FÜR DEN AUFBAU DER NEUEN GESELLSCHAFT

Dieser Aufbau ist jedoch täglich gefährdet durch die Aggressionen der britischen Söldner und die Truppen der reaktionären Scheichs und Sultane. Die britische Luftwaffe "Royal Air Force" belegt Häuser, Äcker und Viehherden mit Napalm- und Brandbomben, immer wieder werden die befreiten Gebiete neuen Vernichtungsfeldzügen ausgesetzt.

Wie gelingt es den Volksmassen in Dhofar dennoch, die Errungenschaften des Aufbaus in ihrer befreiten Provinz erfolgreich zu verteidigen?

– Sie haben den Weg des langandauernden Volkskrieges gewählt, d.h. sie verteidigen ihre errungenen Positionen mit der Waffe in der Hand.

– Die im Westen an Dhofar grenzende Demokratische Volksrepublik Jemen (DVRJ) unterstützt mit aller Kraft den Kampf um die Erhaltung des befreiten Dhofar. Dem jemenitischen Volk gelang es unter Führung seiner Befreiungsorganisation NLF (Nationale Befreiungsfront) nach langjährigem bewaffnetem Kampf, sich 1967 von der Herrschaft des britischen Kolonialismus zu befreien und die Briten aus dem Land zu jagen. Danach hat das Volk von Südjemen den Weg der nationaldemokratischen Revolution beschritten.

An der Nordgrenze der DVRJ, in Saudi-Arabien und in der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) befinden sich amerikanische Militärstützpunkte. Immer wieder ermuntern die US-Imperialisten diese Länder, Agressionen gegen die DVRJ auszuführen, und unterstützen sie dabei. Fast täglich gibt es an den Grenzen bewaffnete Überfälle. Alle diese Aggressionen sind von der revolutionären Volksarmee und den Volksmilizen erfolgreich zurückgeschlagen worden.

DIE ARABISCHEN VÖLKER WOLLEN VOLKSBEWAFFNUNG UND VOLKSKRIEG

Diese Erfolge sind nur möglich, weil diese Völker in Südarabien den Weg der Volksbewaffnung, des langandauernden Volkskrieges, eingeschlagen haben. Zusammen mit dem palästinensischen Volk stehen die revolutionären Völker von Südjemen und Oman an der Spitze des Befreiungskampfes in Südarabien, die nationaldemokratische Revolution in Südjemen und der Aufbau im befreiten Dhofar sind leuchtende Beispiele, die den arabischen Volksmassen immer mehr Kraft und Selbstvertrauen geben werden, um ihren Wunsch nach endgültiger Befreiung in die Tat umzusetzen und den Krieg gegen ihre Unterdrücker bis zum endgültigen Sieg zu führen. Deshalb schreibt die PFLOAG:

"Die arabischen Massen wünschen keinen kurzen Krieg, denn der kurze Krieg entspricht nicht den Bedingungen, unter denen die arabische Nation gegenwärtig lebt. Er entspricht nicht den ungeheuren Unterdrückungsinstrumenten, die der Imperialismus anwendet, um die um Befreiung ringenden und Krieg führenden Völker niederzuhalten." ("Stimme der Revolution", wöchentlich in Englisch erscheinende Zeitung der PFLOAG, Nr.75, 27.10.73)

U.T.

„DIE VÖLKER DER WELT UND DIE FÜHRER DER WELT..."

Breschnew besuchte Indien

Während der letzten Novemberwoche hielt sich der Generalsekretär der KPdSU, Breschnew, zusammen mit dem sowjetischen Außenminister und etwa 150 weiteren Militär- und Wirtschaftsberatern zu einem Besuch in Indien auf. Der sowjetische Parteichef gab sich in Indien betont leutselig und lärmend. Überhaupt wurde um den Besuch besonders in der Sowjetunion ein Rummel entfaltet, wie selten zuvor bei ähnlichen Anlässen.

Eingeleitet wurde der Besuch durch eine Voraussendung von 2 Millionen Tonnen Weizen.

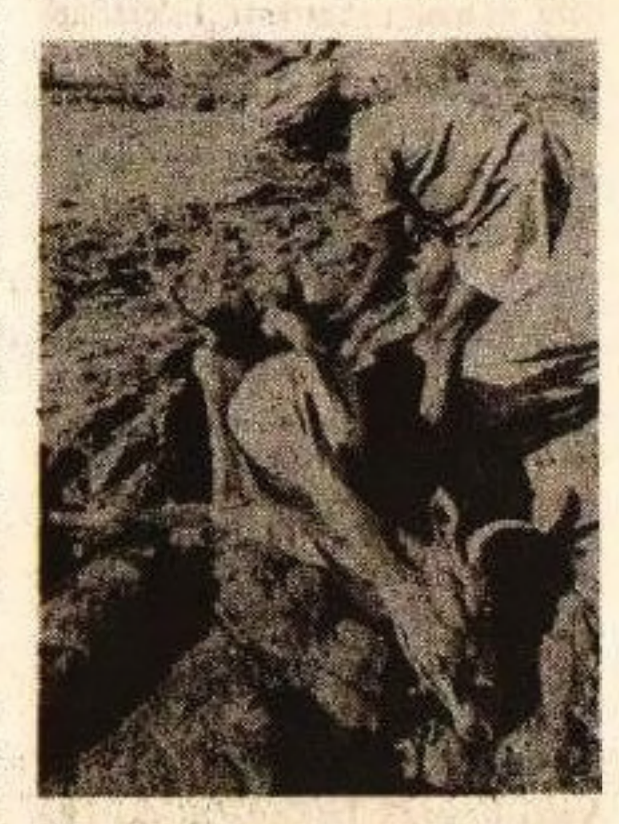
Indien muß diese Weizenlieferung in den kommenden 7 Jahren mit Warenlieferungen abgelten. Der Weizen sollte die Atmosphäre der Freundschaft und der Dankbarkeit in Indien verbreiten. Während noch im vergangenen Jahr die Sowjetunion selber große Mengen Weizen aufkaufen mußte, fällt es ihr dieses Jahr nicht schwer, Weizen abzugeben, denn die Ernteerträge lagen um 28 % über denen des Vorjahres. Da andererseits in den Gebieten der unterdrückten Völker und besonders in Indien die Weizenernte wegen der anhaltenden Dürre oder der Überschwemmungen ausgesprochen schlecht ausgefallen ist und Hunderttausende vom Hungertod bedroht sind, eignet sich der Weizen besonders gut, um vorteilhafte Geschäfte zu machen.

DIE SOWJETREVISIONISTEN UND DIE INDISCHE REGIERUNG BESCHWÖREN "FREUNDSCHAFT" UND "ZUSAMMENARBEIT"

Diese Gelegenheit haben die Sowjetrevisionisten beim Schopf ergriffen. Auf dem Flugplatz waren bei Breschnews Ankunft 150 Gardesoldaten aufgestellt worden, Blumengirlanden wurden ihm um den Hals gelegt, Zehntausende von Jubelindern hatte die indische Regierung eigens für den Empfang befohlen. Das ganze Theater wird live über das russische Fernsehen gesendet, damit den Völkern der Sowjetunion die Verbrüderung der sowjetischen Führer mit der indischen Regierung gegenwärtig ist.

Die "Times of India" schrieb: "Die ganze Nation heißt Breschnew willkommen als einen wahren und bewährten Freund", die Regierungschefin Indiens, Indira Ghandi begrüßte Breschnew als jemanden, der zu den Begründern der indisch-sowjetischen Freundschaft zählt und Breschnew meint, daß die in der Tat engen Beziehungen zwischen beiden Ländern "sehr wichtig für den Frieden und die Sicherheit in Asien" seien und somit die Grundlage für eines der Hauptziele sowjetischer Politik bildeten.

Wie die Neue Zürcher Zeitung weiter berichtet, erklärte Breschnew, die Völker der Welt erwarteten von den Führern der Welt, daß sie sich für Freundschaft und Zusammenarbeit einsetzen, und es sei genau dieses Ziel, das ihn nun auch ein weiteres Mal nach Indien geführt habe. Zum ersten Mal war Breschnew 1961 in Indien. (Neue Zürcher Zeitung vom 28.11.73).



Einst reichstes Weizenland der Welt – heute Ausbeutungsobjekt der Supermächte, von Hungerkrisen geplagt.

DIE AUFRÜSTUNG INDIENS ZUM ZWECK DER EXPANSION

Seit 1961 hat deshalb die Sowjetunion ihre wirtschaftliche, militärische und politische Präsenz in Indien ständig verstärken können. Indien ist in immer größere Abhängigkeit von der Sowjetunion geraten. Gegenwärtig werden in Indien 70 Industrieobjekte mit russischer technischer und finanzieller Hilfe gebaut. 51 Bauvorhaben sind teilweise fertig oder stehen vor dem Abschluß. Die wichtigsten Projekte sind die Stahl- und Eisenwerke in Bhilai und Bokaru, Fabriken für Schwermaschinenbau in Randschi, für Bergwerksausrüstungen in Durgapure sowie Kraftwerke, Raffinerien und Rüstungsobjekte. Die Eisen- und Stahlproduktion in den genannten Werken soll die größte in ganz Südostasien werden, sie steht zu 80 % unter russischer Leitung. Indien hat zusammen mit der Sowjetunion einen Entwicklungsplan zur Förderung und zur Verarbeitung von Erdöl für den Zeitraum 1973 bis 1983 entwickelt. Danach wird Indien jährlich 13 Millionen Tonnen Erdöl fördern, zwei Raffinerien sind bereits fertiggestellt, sie stehen unter russischer Kontrolle. Die Planung und Durchführung dieser Projekte läuft über die sowjetisch-indische Planungsgesellschaft Mekong und über die gemischte Regierungskommission. Das alles teilte I. Nesterenko in der russischen Zeitschrift "Ekonmitscheskaja Gaseta" mit. Nesterenko ist Mitarbeiter im Regierungskomitee für Wirtschaftsverbindungen mit dem Ausland (Abteilung Südostasien).

Seit langem werden die indischen Truppen mit sowjetischen Kriegsmaterial ausgerüstet. 80 % der Waffen und des übrigen Materials der indischen Armee schicken die Sowjetrevisionisten. 1970 hatten die Waffenlieferungen etwa einen Wert von 1 Milliarde US-Dollar erreicht, geliefert werden nach wie vor Kriegsschiffe, Raketen, Panzer, Artilleriegeschütze und moderne Flugzeuge. Drei Fabriken wurden inzwischen gebaut zur Herstellung von MIG-21-Kampfflugzeugen in Indien. Seit dem "indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag" vom August 1971 sind besonders die Waffenlieferungen verstärkt worden. Das war die Grundlage für die indische Aggression gegenüber Pakistan im Dezember 1971. Der pakistanische Vertreter in der UNO enthüllte damals: "Modernes Rüstungsmaterial wie Flugzeuge, MIG-23, Panzer und andere militärische Ausrüstung wurde eiligst nach Kalkutta und anderen indischen Häfen transportiert", was Indien ermutigte, "unter dem Vorwand der Selbstverteidigung eine militärische Invasion gegen Pakistan zu unternehmen". (Peking Rundschau, 2/1972).

Seit langem verfolgen die indische Bourgeoisie und die Sowjetrevisionisten gemeinsame Ziele in Südostasien: Die Sowjetrevisionisten haben den Wunsch eine "asiatische Macht" zu sein, sie machen sich breit in dieser Region in ihrem unersättlichen Drang nach Weltherrschaft. Und die Expansionspolitik der indischen Regierung ist seit den Tagen des indisch-chinesischen Grenzkrieges und des indisch-pakistanischen Krieges 1971 jedem Menschen bekannt.

DAS KOLLEKTIVE SICHERHEITSSYSTEM IN ASIEN – NACKTE MACHTPOLITIK

Durch diese wirtschaftliche und militärische Hilfe ist Indien zum größten Kreditstaat der Sowjetunion geworden. Indien, das keinerlei Devisen zur Verfügung hat, muß mit seinen landwirtschaftlichen Produkten, die es zur Versorgung der eigenen Bevölkerung bitter nötig braucht, diese "Hilfe" bezahlen. Außerdem haben die Sowjetrevisionisten das Recht erhalten, die indischen Naturreichtümer rücksichtslos auszuplündern und die Arbeitskraft des indischen Volkes auszubeuten. So verbessern die Fabriken, die die Sowjetrevisionisten in Indien bauen, nicht die Lage der indischen Völker. Die Sowjetrevisionisten behalten die Verfügungsgewalt über die von den indischen Arbeitern hergestellten Waren. Die Waren wandern verstärkt in die Sowjetunion. Diese "Hilfe", die die Sowjetrevisionisten an Indien leisten, ist also tatsächlich Kapitalexport, wie ihn jedes imperialistische Land betreibt.

Die Preise, die für die Waren angerechnet werden, liegen 30 % unter den Weltmarktpreisen. Indien wird so immer mehr der Rohstofflieferant der sowjetischen Verarbeitungsindustrie. Das Ziel, das die Sowjetunion damit verfolgt, ist, ihren Einfluß auf jeglichem Lebensgebiet Indiens zu vergrößern und zu verstärken. Die politische, wirtschaftliche und militärische Abhängigkeit Indiens soll jetzt noch größer werden. Das meint Breschnew, wenn er von "Freundschaft" und "Zusammenarbeit" redet. Die indische Regierung soll noch mehr zum willfährigen Handlanger der Wahrnehmung und Ausführung sowjetischer revisionistischer Interessen gegenüber den indischen Völkern und den Völkern Südostasiens werden.

Breschnew hat deshalb der indischen Regierung das Projekt eines "kollektiven Sicherheitssystems für Asien" vorgeschlagen.

Unter dem Deckmantel von "Freundschaft" und "Zusammenarbeit", von "Weltfrieden" und "Entspannung", dem ein solches Sicherheitssystem dienen soll, bereiten die Sowjetrevisionisten ihren nächsten Coup vor: sie wollen mit Hilfe der indischen Regierung und der indischen Armee den ganzen indisch-pakistanischen Subkontinent den indischen Ozean unter ihre Kontrolle bringen, um die VR China einzukreisen, um die Basis zu verstärken für das Ringen um die Weltherrschaft mit dem US-Imperialismus.

Das ist nackte Machtpolitik unter der Maske der Freundschaft. So sieht die sozialimperialistische Politik aus. Nachdem vor Monaten in Afghanistan ein Regime an die Macht kam, das von den Gnaden der Sozialimperialisten ist, soll jetzt der Druck auf Pakistan verstärkt werden und schon jagt eine Meldung die andere, wonach mit dem totalen Zerfall des pakistanischen Staates in nächster Zeit zu rechnen sei. Das zu erreichen ist das gegenwärtige Ziel der Sozialimperialisten, um so die Front mit der anderen Supermacht im nahöstlichen Raum von der anderen Seite her aufzurollen.

D.T.

Freiburg:

7 Metaller sollen Unvereinbarkeitsbeschluß unterschreiben!

Vor einer Woche flatterten in Freiburg 7 Kollegen Briefe der Ortsverwaltung Freiburg der IG Metall ins Haus. Darin hieß es unter andrem: "Der Ortsverwaltung ist deine Zugehörigkeit zum Kommunistsichen Bund Westdeutschland in Verbindung mit der Zeitschrift "Klassenkampf" (Betriebszeitung der OG Freiburg)-d.V.) bekannt. Wir teilen dir mit, dass der Beirat der IG Metall ... die linksextremen Gruppen und die von ihnen getragenen Publikationen zu gegnersichen Organisationen erklärt hat. Wir bitten dich deshalb, uns durch Unterzeichnung der beiliegenden Erklärung verbindlich mitzuteilen, dass du dem KBW nicht mehr angehörst, und für die Zeitung Klassenkampf nicht mehr tätig sein wirst. Für den Fall, dass innerhalb von 14 Tagen deine Erklärung nicht vorliegt, musst du mit einem Ausschluß ohne Verfahren rechnen."

~~Um was für Kollegen handelt es sich, die die Ortsverwaltung aus der Gewerkschaft heraussäbeln will? Der Kollege Franz Keldermann ist der Vorsitzende des Ortsjugendausschußes, und wurde vor wenigen Wochen einstimmig auf 2 Jahre ernent für diese Funktion gewählt. Die 6 anderen Kollegen sind Vertrauensleute in der Uhrenfabrik BLESSING in Waldkirch bei Freiburg.~~

Um was für Kollegen handelt es sich, die die Ortsverwaltung aus der Gewerkscaft hinaussäbeln will?

Kollege Franz Keldermann wurde vor wenigen Wochen vom OJA der IG Metall einstimmig für weitere 2 Jahre zum Ortsjugend-Ausschuß-Vorsitzenden gewählt. Bis April 1973 war er Jugendvertreter bei der Firma Kromer, wo er nach der Lehre auf die Strasse gesetzt wurde. Bei Intermetall-Freiburg wurde er am letzten Tag seiner Probezeit am 26. September wegen seiner gewerkschaftlichen und politjschen Einstellung entlassen und "ab sofort von seiner Arbeit freigestellt". Keine 2 Monate danach kommt jetzt die Ausschlußdrohung der Gewerkschaft, deren aktives Mitglied er seit Jahren ist.

Die 6 anderen Kollegen, die ebenfalls unterschreiben sollen, sind Vertrauensleute in der Uhrenfabrik BLESSING in Waldkirch bei Freiburg. Die Kollegen bei Blessing hatten im Frühjahr einen V-leute-Körper gebildet, damit die gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb vorankommt. Im "Roten Wecker", der Betriebszeitung des KOMMUNISTISCHEN JUGENDBUNDES Waldkirch/Freiburg, wurde mehrfach gefordert, dass dieser V-Körper auch wirklich aktiv werden muß. Das meinten auch die 6 Kollegen und schickten einen Brief an den ersten Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle, in dem sie eine V-Leute-Sitzung forderten, und dies mit ihrer Unterschrift bekräftigten. Die Antwort : jene 6 Briefe mit der Ausschlußdrohung.

Die Ortsverwaltung der IGM ist damit die erste Einzelgewerkschaft in Freiburg, die die Unvereinbarkeitsbeschlüße in Freiburg anwendet, um unliebsamen Kollegen das Maul zu verbieten. In einer Situation, in der die Tarifrunden ansteht, und die ersten Mitgliederversammlungen zur Aufstellung der Forderungen stattfinden, weiss sich die Gewerkschaftsführung nicht anders zu helfen, als jeden Kollegen mit Ausschluß zu bedrohen, der sich unter aktiver Interessensvertretung der Arbeiter etwas anderes vorstellt als die Gewerkschaftsführung. 7 sollen stellvertretend für alle fortschrittlichen Gewerkschaftler gemassregelt werden.

Aber diese Kollegen stehen nicht allein. Inzwischen hat sich die Postjugend, die DGB-Jugend Waldkirch, die Jugend der Bau-Steine-Erden solidarisiert. Auf einer Veranstaltung der IG Druck Jugend wurden 200 Unterschriften gesammelt. Auf der IGM-Mitgliederversammlung in Emmendingen wurde ebenfalls über den Fall aufgeklärt.

WEG MIT DEN UNVEREINBARKEITSBESCHLÜSSEN !

B.H.

...st, und für die Zeitung ...
... Fall, dass innerhalb von 14 Tagen deine ...
... du mit einem Ausschluß ohne Verfahren rechnen."

... für Kollegen handelt es sich, die die Ortsverwaltung aus der Gewerkschaft heraussäbeln will? Der Kollege Franz Keldermann ist der ... Vorsitzende des Ortsjugendausschußes, wurde vor wenigen Wochen ... immig auf 2 Jahre ernent für diese Funktion gewählt. Die 6 anderen ... sind Vertrauensleute in der Uhrenfabrik BLESSING in Waldkirch ... Freiburg.

... für Kollegen handelt es sich, die die Ortsverwaltung aus der ... schaft hinaussäbeln will?
... Franz Keldermann wurde vor wenigen Wochen vom OJA der IG Metall ... immig für weitere 2 Jahre zum Ortsjugend-Ausschuß-Vorsitzenden ... lt. Bis April 1973 war er Jugendvertreter bei der Firma Kromer, wo ... ch der Lehre auf die Strasse gesetzt wurde. Bei Intermetall-Freiburg ... er am letzten Tag seiner Probezeit am 26. September wegen seiner ... schaftlichen und politjschen Einstellung entlassen ... ab sofort von seiner Arbeit freigestellt". Keine 2 Monate danach ... jetzt die Ausschlußdrohung der Gewerkschaft, deren aktives Mitglied ... eit Jahren ist.
... anderen Kollegen, die ebenfalls unterschreiben sollen, sind Ver... ensleute in der Uhrenfabrik BLESSING in Waldkirch bei Freiburg. ... Kollegen bei Blessing hatten im Frühjahr einen V-leute-Körper gebil... damit die gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb vorankommt. Im "Roten ... er", der Betriebszeitung des KOMMUNISTISCHEN JUGENDBUNDES Waldkirch/ ... burg, wurde mehrfach gefordert, dass dieser V-Körper auch wirklich ... werden muß. Das meinten auch die 6 Kollegen und schickten einen ... f an den ersten Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle, in dem sie ... V-Leute-Sitzung forderten, und dies mit ihrer Unterschrift bekräft... n. Die Antwort : jene 6 Briefe mit der Ausschlußdrohung.
... Ortsverwaltung der IGM ist damit die erste Einzelgewerkschaft in ... burg, die die Unvereinbarkeitsbeschlüße in Freiburg anwendet, um un... samen Kollegen das Maul zu verbieten. In einer Situation, in der die ... ifrunden ansteht, und die ersten Mitgliederversammlungen zur Aufstel... der Forderungen ..., weiss sich die Gewerkschaftsführung nicht ... ers zu helfen, als jeden Kollegen mit Ausschluß zu bedrohen, der sich ... er aktiver Interessensvertretung der Arbeiter etwas anderes vorstellt ... die Gewerkschaftsführung. 7 sollen stellvertretend für alle fortschritt... hen Gewerkschaftler gemassregelt werden.